

Nach der Diktatur

Die Aufarbeitung von Gewaltherrschaften

Herausgegeben von
Peter Hoeres und Hubertus Knabe

DE GRUYTER
OLDENBOURG

Originalausgabe: Peter Hoeres und Hubertus Knabe (Hrsg.), After Dictatorship. Instruments of Transitional Justice in Post-Authoritarian Systems, © 2023 bei den Autoren, Zusammenstellung © 2023 Peter Hoeres und Hubertus Knabe.

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

ISBN 978-3-11-125083-0
e-ISBN (PDF) 978-3-11-125267-4
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-125290-2
DOI <https://doi.org/10.1515/9783111252674>



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitung 4.0 International Lizenz. Weitere Informationen finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>.

Library of Congress Control Number: 2023934903

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2023 bei den Autorinnen und Autoren, Zusammenstellung © 2023 Peter Hoeres und Hubertus Knabe, publiziert von Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston. Dieses Buch ist als Open-Access-Publikation verfügbar über www.degruyter.com.

Einbandabbildung: GAPS / iStock Unreleased / Getty Images

Satz: bsix information exchange GmbH, Braunschweig

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

www.degruyter.com

Inhalt

Vorwort der Herausgeber — 1

Einleitung

Peter Hoeres

Transitional Justice in historischer Perspektive — 5

Afrika

Tadesse Simie Metekia

Äthiopien: Der Aufarbeitungsprozess nach der Derg-Ära — 23

Julia Viebach

Ruanda: Vergangenheitsbewältigung nach dem Genozid — 85

Hugo van der Merwe

Südafrika: Die offenen Rechnungen der Apartheid — 161

Europa

Jonila Godole

Albanien: Die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur — 227

Südamerika

Veit Straßner

Argentinien: Nunca Más – Der lange Weg zu Wahrheit, Gerechtigkeit und Erinnerung — 281

Ricardo Brodsky

Chile: Der demokratische Übergangsprozess nach Pinochet — 345

Veit Straßner

Uruguay: Vergangenheitspolitik – Die Dialektik von Vergessen und Erinnern — 391

Resümee

Hubertus Knabe

Was wirkt? Aufarbeitungsinstrumente im internationalen Vergleich — 477

Abkürzungen — 531

Bibliografie — 539

Die Autoren — 573

Register — 575

Tadesse Simie Metekia

Äthiopien: Der Aufarbeitungsprozess nach der Derg-Ära

Äthiopien, angeblich der älteste unabhängige Staat in Afrika, befindet sich nach fast drei Jahrzehnten relativen Friedens wieder im Bürgerkrieg. Der Krieg, der im November 2020 im Norden des Landes ausbrach, ist noch nicht beendet. Die Hauptkriegsparteien, die *Tigray Peoples Liberation Front* (TPLF) und die Bundesregierung, haben sich noch nicht darauf verständigt, ihre Differenzen friedlich zu lösen. In den westlichen und südlichen Landesteilen hat sich die Regierung auf einen zwar sporadischen, aber andauernden bewaffneten Konflikt mit der *Oromo Liberation Front* (OLF) eingelassen.

Bewaffnete Konflikte, seien sie intern oder international, sind nicht neu in Äthiopien.¹ Die politische Geschichte des Landes ist gekennzeichnet durch eine Abfolge von Diktaturen, wobei neue Regierungen an die Macht kamen und das Land verfassungswidrig regierten.² Doch die aktuellen Konflikte haben ihre Wurzeln in der Art und Weise, wie Äthiopien 1991 den Übergang vom Provisorischen Militärverwaltungsrat (Derg) bewältigte, einem diktatorischen Regime, welches das Land von 1974 bis 1991 regierte.³ Die TPLF, die OLF und die *Eritrean People's Liberation Front* (EPLF) waren die wichtigsten Kriegsparteien, die nach einem langen und blutigen Bürgerkrieg – dem längsten im postkolonialen Afrika – den Derg stürzten.⁴ Während die EPLF Eritreas Unabhängigkeit als neuer Staat erklärte, errichteten TPLF und OLF zusammen mit anderen kriegführenden und nichtkriegführenden Gruppierungen im Juli 1991 in Äthiopien eine Übergangsregierung.⁵

Diese Übergangsregierung war ein beispielloser Versuch, die Frage des Umgangs mit der Gewalt und den Gräueltaten, die während des diktatorischen Regimes begangen worden waren, zu beantworten. Nach ihrer Einsetzung übernahm die Übergangsregierung verschiedene Elemente der Aufarbeitung. Diese Fallstudie untersucht die

¹ Für Details zu Äthiopiens Kriegsgeschichte siehe Tadesse Simie Metekia, *Prosecution of Core Crimes in Ethiopia: Domestic Practice vis-à-vis international standards*. Leiden 2021, S. 308–310.

² Tola, ein Mitglied der Äthiopischen Revolutionären Volkspartei (EPRP), bemerkte treffend: „Gewalt war in Äthiopien fast immer das Medium der Beziehungen zwischen Regierung und Bevölkerung. Die Geschichte des Landes ist angefüllt mit zahlreichen Seiten und Kapiteln der Unterdrückung und der Massaker, begangen von den Machthabern an ihrem Volk.“ Siehe Babile Tola, *To Kill a Generation: The Red Terror in Ethiopia*. 2. Auflage, Washington DC 1989, S. 3. Der Historiker Baharu Zewde stimmt zu, dass „die Geschichte des Landes voll ist von Kriegen und Gewaltakten“. Siehe Bahru Zewde, „The history of the Red Terror: Contexts and Consequences“, in *The Ethiopian Red Terror Trials: Transitional Justice Challenged*, herausgegeben von Kjetil Tronvoll et al., Martlesham 2009, S. 17–32, 20.

³ Zu Details über den Derg siehe Abschnitt 1.

⁴ Siehe Gebru Tareke, *The Ethiopian Revolution: War in the Horn of Africa*. New Haven 2009, S. 59.

⁵ Siehe die Übergangscharta für Äthiopien: Proklamation Nr. 1/1991, in Kraft getreten am 22. Juli 1991.

Erfolge und Misserfolge der in Äthiopien nach der Bildung der Übergangsregierung 1991 erstmals durchgeführten Aufarbeitungsmaßnahmen.

Abschnitt 1 stellt Äthiopiens Erfahrungen mit der Diktatur vor, liefert den politischen Kontext der Errichtung und strukturellen Funktionsweise des Derg-Regimes und zeigt den Charakter und das Ausmaß der von ihm ausgeübten Gewalt. Abschnitt 2 bewertet die in der Nach-Derg-Ära ergriffenen Aufarbeitungsmaßnahmen. Hier werden die Details der verschiedenen Mechanismen untersucht, welche die Übergangsregierung von 1991 bis 1995 und dann die äthiopische Bundesregierung eingeführt haben. Abschnitt 3 beurteilt, ob die nach 1991 durchgeführten Aufarbeitungsmaßnahmen erfolgreich waren. Hier werden die Erfolge und Misserfolge der Bemühungen Äthiopiens, mit der Vergangenheit umzugehen, benannt und erörtert.

1 Diktaturerfahrung

Anfang 1974 begannen Streitkräfte, Lehrer, Studenten, Gewerkschaften und Beamte eine Reihe von Streiks und Demonstrationen gegen das Regime Haile Selassies.⁶ Nach und nach schlossen sich zahllose Gruppen dem Aufstand an und forderten, dass das *Ancien régime* die politischen und wirtschaftlichen Probleme beendet.⁷ Zwar wurden die Volksaufstände von diversen Koordinationskomitees organisiert, die verschiedene Teile der revoltierenden Bevölkerung repräsentierten, doch wurde am 28. Juni 1974 ein robusteres Komitee eingesetzt, das „Koordinationskomitee der Streitkräfte, Polizei und Territorialarmee“, auch Derg genannt. Bestehend aus 106 jüngeren Offizieren (Majore, Unteroffiziere und Gefreite), wurde der Derg vor allem gegründet, um das Führungspersonal des alten Regimes zu verhaften.

Obwohl er die Funktionsträger des Haile-Selassie-Regimes verachtete und beschuldigte, öffentliches Eigentum geplündert und die Bevölkerung in den Ketten der Armut gehalten zu haben, betonte der Derg in seinem Aufruf vom Juli 1974 unter dem Motto *Ethiopia Tikdem* (Äthiopien zuerst) seine Treue zu Kaiser und Vaterland. Dieses Motto tauchte erstmals im Anfangsstadium der 1974er-Revolution als Slogan auf, Shifaw zufolge gegen Korruption und korrupte Beamte des Haile-Selassie-Regimes gerichtet.⁸ Schon bald wurde *Ethiopia Tikdem* zu einem Motto, das darauf abzielte, die Interessen des Landes über alles und jeden zu stellen.⁹

⁶ Teferra Haile-Selassie, *The Ethiopian Revolution 1974–1991: From a Monarchical Autocracy to a Military Oligarchy*. London 1997, S. 30–64; Tesfeye Dinka, *Ethiopia during the Derg Years: An Inside Account*. Los Angeles 2016, S. 28–29.

⁷ Haile-Selassie, *The Ethiopian Revolution 1974–1991*; Dinka, *Ethiopia During the Derg Years*.

⁸ Es wurde zum Titel eines ausführlicheren Manifests des Derg vom 1. November 1974. Siehe Dawit Shifaw, *The Diary of Terror: Ethiopia 1974–1991*. Bloomington 2012, S. 16.

⁹ Shifaw, *The Diary of Terror*.

Allmählich jedoch begann der Derg mit der Einführung einer Reihe von abgestimmten Maßnahmen mit dem Ziel, die Regierung und die Rolle des Kaisers in der politischen Verwaltung des Landes zu untergraben, ein Prozess, der gemeinhin als schleichender Staatsstreich bezeichnet wurde.¹⁰ Dieser schleichende Staatsstreich erreichte sein ultimatives Ziel am 12. September 1974. Der Derg setzte sich selbst als Provisorische Militärregierung (PMG) von Äthiopien ein, suspendierte die revidierte Verfassung von 1995, setzte den Kaiser ab und löste die Abgeordnetenkammer (Parlament) und den Senat auf.¹¹

Die Machtübernahme des Derg ging einher mit der Einrichtung eines Militärgerichtshofs am 12. September 1974, dessen Aufgabe es war, diejenigen zu bestrafen, die das Verbot von Streiks, Demonstrationen, Versammlungen oder jedweder mutmaßlichen Verschwörung gegen das *Ethiopia Tikdem*-Prinzip verletzt hatten.¹² Zwei Monate nach ihrer Einsetzung vollzog die PMG eine Wendung zur Gewalt, als sie am 23. November 1974 59 höhere Beamte des Haile-Selassie-Regimes im Schnellverfahren hinrichten ließ. Als Zeichen des Beginns einer Verfolgung, die während der gesamten 17-jährigen Herrschaft des Derg anhalten sollte, verkündete dieser die standrechtliche Hinrichtung offiziell im nationalen Fernsehen und Rundfunk. Im Folgenden behandeln wir die Zeitspanne der Verfolgung durch den Derg, den politischen Hintergrund, die ideologische Rechtfertigung, die Strukturen, das Ausmaß und die Formen der Verfolgung, die Opfergruppen, die Täter und die von der äthiopischen Bevölkerung angewandten Methoden, um die Verfolgung zu überwinden.

1.1 Relevanter Zeitabschnitt

Die Experten der politischen Geschichte Äthopiens sind sich über den Beginn der während des Derg-Regimes begangenen Gewalt nicht einig. Während Bahru Zewde, Professor für äthiopische Geschichte, behauptet, der Rote Terror habe an dem Tag begonnen, als der Derg die Beamten des Haile-Selassie-Regimes hinrichten ließ,¹³ begrenzen andere Autoren den Roten Terror auf die späten 1970er-Jahre. Der Hauptgrund für diesen Dissens liegt offenkundig in der Tatsache, dass der Großteil der Literatur über die Derg-Gewalt auf die Erörterung des Roten Terrors fokussiert ist. Der Schwerpunkt der Debatte liegt auf der Frage, wer zuerst schoss – der Derg oder die Opposi-

10 Haile-Selassie, *The Ethiopian Revolution 1974–1991*, S. 30–64; Dinka, *Ethiopia during the Derg Years*, S. 28–29.

11 Siehe die Proklamation Nr. 1 über die Einsetzung einer Provisorischen Militärregierung, in Kraft getreten am 12. September 1974.

12 Proklamation Nr. 1 über die Einsetzung einer Provisorischen Militärregierung von 1974, Artikel 8 und 9.

13 Siehe Zewde, „The History of the Red Terror: Contexts and Consequences“.

tion.¹⁴ Überwiegend mit der Diskussion dieser Frage beschäftigt, hat die einschlägige Wissenschaft die Periode vor und nach dem Roten Terror nahezu vollständig ausgeblendet und damit die Zeitspanne der Derg-Gewalt auf die späten 1970er-Jahre reduziert. Und dennoch ist der Stand der Wissenschaft bezüglich des Roten Terrors „belastet mit den Vorurteilen, dem beschränkten Fokus und einer Reproduktion der Polemiken, Anschuldigungen und Rechtfertigungen der Zeit“, wie Jacob Wiebel 2012 in einem Aufsatz schrieb.¹⁵

Offenbar in dem Versuch, die Dinge richtigzustellen, schrieb das Sonderermittlungsbüro (*Special Prosecution Office*, SPO), das durch ein 1992 erlassenes Gesetz (SPO-Proklamation)¹⁶ geschaffen wurde, in seinem Abschlussbericht an das Volksrepräsentantenhaus:

„Unbestreitbar bezieht sich der ‚Rote Terror‘ auf die Jahre 1977/78, als die Gräueltaten des Derg ihren Höhepunkt erreichten. Roter Terror war eine Bezeichnung des Derg für seine Übergriffe. Doch es ist ein Fehler zu glauben, dass die während der Derg-Ära begangenen Gräueltaten nur in der Zeit des Roten Terrors geschahen oder dass die EPRP das einzige Opfer des Roten Terrors war.“¹⁷

In der Tat zeigen Gerichtsakten, dass der Derg für Verbrechen vor Gericht stand, die erst 1989 und 1990 begangen wurden, mehr als ein Jahrzehnt nach dem Ende der Zeit des Roten Terrors.¹⁸ Im gesamten Derg-Verfahren und sogar im *Mengistu et al.*-Fall, den Kommentatoren für gewöhnlich als den Hauptprozess in Sachen Roter Terror bezeichnen, ging es nicht nur um Verbrechen, die während der Zeit des Roten Terrors begangen wurden. Im *Mengistu*-Fall verklagte das SPO die Topbeamten des Derg für Akte des Genozids, die sie angeblich zwischen 1974 und 1983 geplant und abgestimmt

14 Siehe Melakou Tegegn, „Mengistu’s Red Terror“, in *African Identities* (2012) 10(3), S. 249–263; Pietro Toggia, „The Revolutionary Endgame of Political Power: The Genealogy of ‚Red Terror‘ in Ethiopia“, in *African Identities* (2012) 10(3), S. 265–280; Marshet Tadesse Tessema, *Prosecution of Politicide in Ethiopia*. Den Haag 2018, S. 36–49. Für relevante Hinweise zur Rechtsprechung siehe FHC, *SPO v. Hailu BurrayyuSima et al.* (Gerichtsurteil, 31. Oktober 2015), Akte Nr. 03119, S. 86.

15 Siehe Jacob Wiebel, „The State of Scholarship on the Ethiopian Red Terror“, in ERTDRC, *Documenting the Red Terror: Bearing Witness to Ethiopia’s Lost Generations*. Ottawa 2012, S. 89–96.

16 Siehe Proklamation Nr. 22/1991 zur Einrichtung eines Sonderermittlungsbüros, in Kraft getreten am 8. August 1992; im Folgenden: SPO-Proklamation.

17 Siehe Büro des Sonderermittlers, *Dem Yazele Dossie: Begizeyawi Wotaderawi Dergue Weyem Mengist Abalat Benetsuhan Zegoch Laye Yetefetsem Wenjel Zegeba*. Addis Abeba 2010, S. 122; im Folgenden: *Dem Yazele Dossie*. Übersetzung durch den Verfasser.

18 Siehe ASC, *SPO v. DagnenetAyalew et al.* (Anklageschrift), 23. Dezember 1997, Akte Nr. 13/90, S. 6–9; FHC, *SPO v. GetahunZenebeWoldeselassie et al.* (revidierte Anklageschrift), 16. Juni 1999, Akte Nr. 962/89, S. 3–7; FHC, *SPO v. Teshome Kebede et al.* (Anklageschrift), 23. Dezember 1997, Akte Nr. 931/89, S. 2; FHC, *SPO v. Tesfaye Belayeneh et al.* (Anklageschrift), 23. Dezember 1997, Akte Nr. 934/89, S. 2; FHC, *SPO v. Colonel Tesfaye Woldeselassie Eshetie et al.* (Anklageschrift), 8. Oktober 2000, Akte Nr. 206/93, S. 8–9.

hatten.¹⁹ Die Gewalt des Derg aber auf die Zeit des Roten Terrors zu beschränken hieße, die Kriegsverbrechen unberücksichtigt zu lassen, die im Verlauf der anhaltenden bewaffneten Konflikte begangen wurden und nichts mit der Kampagne des Roten Terrors zu tun hatten. Im *Legesse Asfaw et al.*-Fall ging es um Kriegsverbrechen, die zwischen 1983 und 1988 in Äthiopien begangen wurden.²⁰

Alles in allem waren die gesamten 17 Jahre der Derg-Herrschaft durch systematische und weit verbreitete Verfolgung gekennzeichnet. Einige Autoren haben behauptet, dass der Derg bei seinem Amtsantritt keine Neigung zur Gewalt gehabt habe, sondern erst von der zivilen Linken zur Diktatur gedrängt und radikalisiert worden sei.²¹ Doch das Oberste Bundesgericht von Äthiopien hat festgestellt, dass der Derg sich schon vor September 1974 auf eine diktatorische Machtausübung vorbereitet hatte. Er hatte Unterdrückungsorgane geschaffen, von denen einige dem alleinigen Zweck dienten, politische Gruppierungen zu zerstören, andere wiederum reorganisiert wurden, um die Umsetzung eines Plans zur Vernichtung von Individuen und Gruppen zu beschleunigen, die sich der Derg-Revolution in den Weg stellten. Die erste dieser Institutionen war die Kampagnen- und Sicherheitsabteilung des Derg (DCSD), die Anfang Juli 1974 gebildet wurde, um die Streitkräfte zu koordinieren und auf Kampfhandlungen vorzubereiten.²² Die DCSD besaß eine Todesschwadron²³ und eine Schnelle Reaktions-einheit (DSFU).²⁴

Was allgemein als Derg-Regime bezeichnet wird, umfasst zwei signifikante Regierungsperioden: die Provisorische Militärregierung (PMG) 1974 bis 1987 und die Demokratische Volksrepublik Äthiopien (PDRE) 1987 bis 1991. Die PMG regierte das Land durch eine Reihe von Verordnungen ohne eine Verfassung. Die PDRE wurde nach der Verabschiedung einer sozialistischen Verfassung im Jahr 1987 etabliert. Im Wesentlichen blieben dieselben Derg-Mitglieder, die das Land während der PMG regierten, auch nach Etablierung der PDRE an der Macht.

19 Siehe FSC, *SPO v. Colonel Mengistu Hailemariam et al.* (revidierte Anklageschrift vom 28. November 1995), Akte Nr. 1/87, S. 11.

20 Siehe FHC, *SPO v. Legesse Asfaw et al.* (Gerichtsurteil), 4. März 2008, Akte Nr. 03116.

21 Messay Kebede, „The Civilian Left and the Radicalization of Dergue“, in *Journal of Developing Societies* 24(2) (2008), S. 159–182.

22 Siehe Kebede, „The Civilian Left and the Radicalization of Dergue“, S. 6. Die Abteilung bestand aus neun Militärangehörigen, darunter Oberstleutnant Fisseha Desta.

23 Kebede, „The Civilian Left and the Radicalization of Dergue“, S. 10. Die Todesschwadron bestand aus Soldaten, die auf Befehl von Oberst Mengistu Hailemariam aus verschiedenen Armeeeinheiten handverlesen wurden. Das Bundesgericht stellte auch fest, dass die Todesschwadron und die Sicherheitseinheit der DCSD häufig ausgeschiedt wurden, um Revolutionsfeinde anzugreifen, was sie in Zusammenarbeit mit den *Kebeles* und der Polizei taten. Es gibt übrigens keinen Hinweis darauf, dass die Todesschwadron nur vorübergehend zum Einsatz kommen sollte. In einem im Februar 1978 erstellten Dokument hieß es, dass sie solche Aufträge seit ihrer Einrichtung durchgeführt habe.

24 Kebede, „The Civilian Left and the Radicalization of Dergue“, S. 10.

1.2 Politischer Hintergrund

Die Revolution von 1974 resultierte aus einer starken Opposition gegen die kaiserliche Monarchie, die zwar nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen hatte, das Land zu modernisieren, die Bevölkerung aber in extremer Armut hielt, wobei zwei Drittel des Bodens vom Adel und der Kirche kontrolliert wurden. Dennoch verfolgte der Derg anfangs keine klare Politik oder Ideologie. Für etwa sechs Monate nach seinem Amtsantritt hielt er an dem *Ethiopia-Tikdem*-Slogan fest, den er anfangs als Philosophie, dann als politische Ideologie neu definierte. So gesehen entwickelte sich der Inhalt dieses Mottos im Zuge des schleichenden Staatsstreichs weiter. Im November 1974 wurde *Ethiopia Tikdem* als eine umfassendere Philosophie neu definiert, um nach der Absetzung des Kaisers und der Übernahme der Kontrolle über die gesamte Staatsmacht durch den Derg den Beginn einer neuen Ära abzubilden. Zu diesem Zeitpunkt umfasste die Philosophie elf Prinzipien, die vom „Vorrang für die Interessen der Vielen“ bis zur Bildung einer „Regierung des Volkes, durch das Volk, für das Volk“ reichten.²⁵

Ende 1974 trat der Derg mit einer relativ klaren politischen Ideologie auf, dem *Hibretesebawinet* oder äthiopischen Sozialismus. Nach Aussage von Selassie Wogderess, einem Derg-Funktionär, der als Ministerpräsident der PDRE diente, ging die ursprüngliche Entscheidung, die Ideologie des Sozialismus anzunehmen und ihr zu folgen, nicht auf den Derg zurück. Sie wurde von der Studentenschaft der Addis-Ababa-Universität befördert, die erkannte, dass es dem bereits verkündeten Motto des *Ethiopia Tikdem* an handfesten ideologischen, wirtschaftlichen oder politischen Grundlagen fehlte. Die Studenten erklärten unmissverständlich, dass sie sich nicht an der vom Derg dringend benötigten Arbeitskampagne im ländlichen Äthiopien²⁶ beteiligen würden, solange der Derg nicht die spezifische politische Ideologie, der er folgen wollte, verkünden würde.²⁷ In der Tat war am Ende der 1960er-Jahre oder zumindest zu Beginn der Siebziger „der Marxismus-Leninismus zur dominanten Ideologie der Studentenbewegung sowohl im In- als auch im Ausland geworden“.²⁸

Überlegungen hinsichtlich der Frage, ob Äthiopien den marxistischen, leninistischen und maoistischen Sozialismus als Modell nehmen oder eine andere, eigene Version entwickeln sollte, beherrschten die damalige Politik. Oberst Mengistu, seinerzeit

²⁵ Haile-Selassie, *The Ethiopian Revolution 1974–1991*, S. 135–136.

²⁶ Zu einem detaillierten Aufbau und Programm bezüglich der Arbeitskampagne siehe die Proklamation Nr. 11/1974 für Entwicklung durch Kooperation, Aufklärung und Arbeit. Siehe auch Andargachew Tiruneh, *The Ethiopian Revolution, 1974–1987: A transformation from aristocratic to a totalitarian autocracy*. Cambridge 1993, S. 171, wo es heißt, dass die Kampagne darauf abzielte, der ländlichen Bevölkerung (durch Bildung und Aufklärung) ihre Rückständigkeit „auszutreiben“, d. h. ihren Mangel an Bildung und Moral sowie das bestehende ungerechte Landpacht-System.

²⁷ Fikreselassie Wogederes, *EgnanaAbiyotu* [Wir und die Revolution]. Los Angeles 2014, S. 158.

²⁸ Siehe zum Beispiel Bahru Zewde, *The Quest for Socialist Utopia: the Ethiopian Student Movement c. 1960–1974*. Addis Ababa 2014, S. 127–138, 128. Siehe auch Paul B. Henze, *Rebels and Separatists in Ethiopia: Regional Resistance to a Marxist Regime*. RAND Corporation, 1985, S. v–vii.

Major, überzeugte die Regierung, ein aus verschiedenen Intellektuellen zusammengesetztes Komitee einzuberufen, das die Frage beantworten sollte, ob man den Sozialismus einführen sollte oder nicht.²⁹

Die Mehrheit der Derg-Mitglieder war mit den Grundlagen des „wissenschaftlichen“ Sozialismus nicht vertraut.³⁰ Es ist schwer vorstellbar, dass die wenigen Übrigen, darunter Oberst Mengistu, ein angemessenes Verständnis dieser Idee hatten.³¹ Es hat den Anschein, dass die Mehrheit des Derg sich einer weniger konfusen Ideologie anschließen wollte, die wenigstens mit den in dem Motto *Ethiopia Tikdem* verankerten Prinzipien konform ging.³² Sich dessen bewusst, erklärte Oberst Mengistu gegenüber den Derg-Mitgliedern, dass „der äthiopische Sozialismus *Ethiopia Tikdem* bedeutet. Der Sozialismus verändert das Leben der Armen; stellt Gleichberechtigung her; bringt innerhalb kurzer Zeit Wohlstand; befreit unser Land von Armut und Rückständigkeit; Ausbeutung und Veruntreuung jedweder Art werden verschwinden; Hunger und Mangel werden ausgemerzt“.³³

Nachdem die Derg-Mitglieder den äthiopischen Sozialismus als „ausgefeilte Form des *Ethiopia Tikdem*“ akzeptiert hatten,³⁴ bediente sich der Derg einer simplen Propaganda, um die äthiopische Öffentlichkeit zur Unterstützung seiner politischen Ideologie zu bewegen. Entsprechend erklärte er den äthiopischen Sozialismus zu einer politischen Idee, die den religiösen Traditionen des Christentums und des Islams in Äthiopien entstammte.³⁵

Nach und nach begann der Derg zu klären, was er tatsächlich unter Sozialismus verstand. Am 11. März 1975 veröffentlichte er die Proklamation Nr. 26/1975, mit der eines der Hauptmerkmale des „Sozialismus“ in Äthiopien eingeführt wurde, nämlich

29 Henze, *Rebels and Separatists in Ethiopia*, S. 159. Siehe auch Taffara Deguefe, *Minutes of Ethiopian Century*. Addis Abeba 2006, S. 428.

30 Henze, *Rebels and Separatists in Ethiopia*, S. 159.

31 Ebd. Siehe auch US-Außenministerium, *Ethiopia: Radicals Stave off New Challenges* (Bureau of Intelligence and Research, 1976), 4, verfügbar unter: <https://2001-2009.state.gov/r/pa/ho/frus/nixon/e6/66783.htm> (letzter Zugriff: 27.04.2022). Dort heißt es: „Es ist zu bezweifeln, dass er die marxistische oder maoistische Ideologie völlig versteht, aber einige kommunistische Ideen – etwa der Klassenkampf, die nationale Bourgeoisie und der Imperialismus – lieferten ihm ein dringend benötigtes politisches Rezept für Äthiopiens aktuelle Entwicklungsstufe.“

32 Tiruneh jedoch stellt fest, dass „Äthiopiens Sozialismus“ offenbar vom Derg als Kompromiss zwischen den Forderungen der radikalen Linken nach einem marxistisch-leninistischen Programm und denen der moderaten Interessengruppen und Stimmen angesehen wurde. Siehe Tiruneh, *The Ethiopian Revolution, 1974–1987*, S. 88.

33 Wogederes, *EgnanaAbiyotu*, S. 159–160. Übersetzung durch den Verfasser.

34 Siehe etwa Haile-Selassie, *The Ethiopian Revolution 1974–1991*, S. 159. Ihm zufolge wurden die Grundprinzipien in der Erklärung absichtlich wiederholt, um zu zeigen, dass die Philosophie von *Ethiopia Tikdem* mit dem äthiopischen Sozialismus sowohl inhaltlich als auch der Form nach identisch war.

35 Eine solche Behauptung konnte nur ein Versuch sein, von der seinerzeit sehr religiösen Mehrheit der äthiopischen Bevölkerung ideologische Unterstützung zu erhalten. Siehe Haile-Selassie, *The Ethiopian Revolution 1974–1991*, S. 151.

das öffentliche Eigentum an den Produktionsmitteln. Das Gesetz legte fest, dass Ressourcen, die für die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend sind und der Gemeinschaft einen wesentlichen Dienst erweisen, der Regierung zu übertragen sind.³⁶

Um die Politik des *Ethiopia Tikdem* zu vollziehen, gründete der Derg mit Unterstützung von Parteimitgliedern aus den sozialistischen Ländern, etwa aus der DDR, die Arbeiterpartei Äthiopiens (*Workers' Party of Ethiopia*, WPE). Er wollte die WPE zur alleinigen sozialistischen Partei machen, die das Land führen sollte.³⁷ Offensichtlich war es der Plan des Regimes, einen einheitlichen Willen der breiten Masse auszubilden und sodann die Diktatur zu errichten, um den Status quo zu erhalten.³⁸ Da es in der Natur der breiten Masse liegt, dass es ihr an einem einheitlichen Willen mangelt, musste der Derg eine Reihe von Maßnahmen ergreifen, die unabdingbar waren, um eine allein herrschende politische Partei zu schmieden. Doch der wichtigste Schritt, mit dem abweichende politische Meinungen verboten wurden und der die Unverletzlichkeit des äthiopischen Sozialismus sicherstellte, war bereits im November desselben Jahres durch die Bekanntgabe des Sonderstrafgesetzes (*Special Penal Code*, SPC) veröffentlicht worden. Der SPC betraf „Vergehen gegen den nationalen Fortschritt und die öffentliche Sicherheit“ sowie „Vergehen gegen das Motto *Ethiopia Tikdem*“.³⁹ Entsprechend hieß es in Artikel 35, dass, wer immer einen Verstoß gegen den äthiopischen Sozialismus begeht, mit strenger Freiheitsstrafe von fünf bis zehn Jahren belegt wird.⁴⁰ Die Todesstrafe war für ernstere Fälle vorgesehen, die über die Äußerung einer abweichenden politischen Meinung hinausgingen und eine Gefährdung der Institution des Derg durch Gewalt, Bedrohung, Verschwörung oder sonstige rechtswidrige Mittel darstellten.⁴¹

Weitere gesetzliche Maßnahmen, die vermutlich dazu dienen sollten, dem Derg bei der Herstellung eines einheitlichen Willens der breiten Masse zu helfen, waren u. a. 1) die Gründung einer politischen Schule, um durch eine auf den wissenschaftlichen Sozialismus fokussierte Ausbildung die breiten Massen zu politisieren und zu or-

36 Proklamation Nr. 26/1975, Eigentum und Kontrolle der Produktionsmittel durch die Regierung, in Kraft getreten am 11. März 1975. Siehe dort, Präambel, Absatz 2.

37 Die offizielle Gründung der Arbeiterpartei erfolgte 1984 mit Mengistu Hailemariam als Generalsekretär.

38 Zu Details der WPE-Gründung siehe Rachel Warner, „The Workers' Party of Ethiopia.“ (Ein Bericht der Federal Research Division der Library of Congress aufgrund einer Interinstitutionellen Vereinbarung, Washington DC, 12. Oktober 1984), S. 1–17, verfügbar unter: <https://apps.dtic.mil/sti/pdfs/ADA303418.pdf> (letzter Zugriff: 7. Juni 2022).

39 Siehe SPC, Artikel 35, Vergehen gegen das Motto *Ethiopia Tikdem*, wo es heißt: „Wer immer die Proklamationen, Erlasse, Verordnungen oder Vorschriften nicht befolgt, die erlassen wurden, um das populäre Motto ‚Ethiopia Tikdem‘ zu verankern, oder deren Einhaltung durch mündliche oder schriftliche öffentliche Anstiftung oder auf andere Weise behindert [...]“.

40 SPC, Artikel 35.

41 Siehe SPC, Artikel 9 bezüglich Verstöße gegen die Institution des Derg. Siehe auch ebd., Artikel 7, 8, 10, und 11.

ganisieren;⁴² 2) die Verbreitung der Ideologie des Marxismus-Leninismus in den Massenorganisationen und Berufsverbänden, die infolge der Proklamation 119/1977 gegründet wurden;⁴³ und 3) die Verpflichtung höherer Bildungseinrichtungen, den Sozialismus zu lehren, zu erklären und bekannt zu machen.⁴⁴

1.3 Ideologische Begründung

Die Gewalt während der Derg-Herrschaft basierte mutmaßlich auf ideologischen Differenzen zwischen Tätern und Opfern. Der Derg stempelte seine Opfer als Volksfeinde, Antirevolutionäre, antisozialistische Imperialisten oder reaktionäre Kräfte ab. Doch nicht alle Opfer waren Mitglieder oder Anhänger oppositioneller politischer Gruppierungen. Zum Beispiel wurde „der Kaiser aufgrund des irrigen Glaubens des Derg ermordet, sein Fortleben könnte die unschuldige Öffentlichkeit in der Hoffnung wiegen, dass er an die Macht zurückkehren würde“, und somit nicht aufgrund einer spezifischen politischen Ideologie.⁴⁵

Vor allem aber hingen die wichtigsten vom Derg verfolgten Oppositionskräfte dem Sozialismus als politischer Ideologie an. Die EPRP (Äthiopische Revolutionäre Volkspartei) war eine prokommunistische Organisation, die vor allem deshalb gegen den Derg opponierte, weil er ein Organ des Militärs war. Eine zumeist unter ihrem amharischen Namen MEISON bekannte Organisation – eine sozialistische Partei, die sich selbst als Pan-äthiopische Sozialistische Bewegung bezeichnete – war eine kurzfristige Allianz mit dem Derg eingegangen, um den Sozialismus von innen zu stärken. Von diesen und anderen Oppositionsgruppierungen wurde angenommen, dass sie von Gruppen radikaler Intellektueller organisiert und geführt worden waren, die „dem Marxismus in den 1960er-Jahren [verfallen] waren und sich dem Studium seiner Anwendung in Äthiopien verschrieben hatten“.⁴⁶ Die sozialistischen Ideale gingen nicht auf den Derg zurück, sondern auf die Studentenbewegungen der 1960er-Jahre.

Was Organisationen betraf, die in bewaffnete Konflikte mit dem Derg verwickelt waren, so war die TPLF eine prokommunistische Organisation, die ausdrücklich ihre Parteinarbeit für den Kommunismus albanischer Couleur erklärte. Eine der Hauptsorgen der Amerikaner 1991 war sicherzustellen, dass die neuen Kräfte sich vom Sozialismus als Ideologie lossagten, was die TPLF auf der Londoner Konferenz vom Mai 1991 tat. Gemäß ihrem Prinzip „Keine Demokratie, keine Zusammenarbeit“ teilten die Ame-

⁴² Proklamation Nr.120/1977 zur Gründung einer politischen Schule, in Kraft getreten am 14. Juli 1977.

⁴³ Proklamation Nr. 119/1977 zur Einrichtung eines Provisorischen Büros für Angelegenheiten der Massenorganisation und Verfahrensoptimierung, in Kraft getreten am 14. Juli 1977, Artikel 8 (11).

⁴⁴ Proklamation Nr.109/1977 zur Verwaltung von höheren Bildungseinrichtungen, in Kraft getreten am 13. Januar 1977, Artikel 3 (1).

⁴⁵ *Colonel Mengistu Hailemariam et al.* (Berufungsurteil), S. 71.

⁴⁶ John Markakis, „Garrison Socialism: The Case of Ethiopia“, *MERIP Reports*, Nr. 79, 1979.

rikaner mit, dass ihre Unterstützung für die TPLF von deren Bereitschaft abhängen würde, sich an demokratische Prinzipien zu halten anstelle der sozialistischen Ideale, die sie sich während des bewaffneten Konflikts auf die Fahne geschrieben hatte.

Alles in allem wurden die als Weißer gegen Roten Terror bezeichneten urbanen Konflikte und die bewaffneten Auseinandersetzungen in den ländlichen Gebieten der nördlichen, östlichen und westlichen Landesteile zwischen Gruppen ausgetragen, die von sich behaupteten, für sozialistische Prinzipien zu stehen. So gesehen gab es keinen fundamentalen ideologischen oder philosophischen Unterschied zwischen den Konfliktparteien während des Derg-Regimes. Der Derg nahm die Mitglieder und Anhänger der Oppositionskräfte nicht wegen ihrer Opposition gegen seine sozialistischen Ideale ins Visier, sondern weil sie die Mittel und Methoden ablehnten, mit denen der Derg den Sozialismus einführen wollte. Wie Stefan Brüne, ein westdeutscher Politikwissenschaftler, der während des Derg-Regimes in Äthiopien tätig war, bemerkt hat, war es die vom Derg betriebene „militärische Einführung [des Sozialismus], die Kritik und Widerstand provozierte, nicht die Verstaatlichung der Industrie, sondern das Fehlen ziviler Beteiligung am Entscheidungsprozess, nicht die Ideen, sondern die diktatorischen Mittel, mit denen das Regime diese in die Praxis umsetzte“.⁴⁷

In Ausnahmefällen gab es jedoch ideologische Differenzen zwischen dem Derg und den Gruppierungen, die er als reaktionäre Kräfte bezeichnete. Zu diesen Reaktionskräften zählten jene, die das Haile-Selassie-Regime und die Feudalherren unterstützten, gegen die die Studenten, Bauern und Arbeiter in den 1960er-Jahren zu demonstrieren begannen. Die Reaktionäre hielt man für Imperialisten und einheimische Aristokraten, die das Land trotz der von ausländischem Kapital beherrschten Industrialisierung und Kommerzialisierung in Armut hielten. Doch was die Ermordung des Kaisers betrifft, dürfte die Bezeichnung „Reaktionär“ unzutreffend sein; allem Anschein nach hatte er letztlich dem Wandel zugestimmt. Bekanntlich hatte er gesagt: „Wenn die Revolution gut für das Volk ist, dann unterstütze auch ich sie.“

Ungeachtet des Fehlens signifikanter ideologischer Differenzen zwischen den Konfliktparteien – Tätern und Opfern – ist festzuhalten, dass die Gewalt während der Derg-Herrschaft politische Gewalt war. In seinem Abschlussbericht an das Volksrepräsentantenhaus stellte das SPO fest:

„Der Derg tötete keinen einzigen Jungen aufgrund der [ethnischen, rassischen, nationalen oder religiösen] Gruppe, der er angehörte, oder aufgrund dessen, welche Schule er besuchte, sondern allein aufgrund der angeblichen Zugehörigkeit des Jungen zu bestimmten politischen Gruppierungen wie die EDU [Äthiopische Demokratische Union] oder die EPRP.“⁴⁸

⁴⁷ Stefan Brüne, „Ideology, Government and Development: The People’s Democratic Republic of Ethiopia“, *Northeast African Studies* 12(2) (1990).

⁴⁸ Übersetzung durch den Verfasser. Siehe die Dokumentation des äthiopischen Fernsehens über Erkenntnisse zu Menschenrechtsverletzungen während der Zeit des Roten Terrors – Teil 1 (ETV-Dokumentation Teil 2, 2010), verfügbar unter: <http://www.ethiotube.net/video/8194/documentary-findings-of-human-rights-abuses-during-Red-Terror-era-part-2> (letzter Zugriff: 27.04.2022). Siehe z. B. auch FHC,

1.4 Strukturen der Verfolgung

1.4.1 Strukturen der Gewalt: Einbeziehung des gesamten Staatsapparates

Am 15. September 1974 erklärte sich der Derg zum „Kopf des Staates“; mit dem Gebrauch des Singulars wollte er anzeigen, dass sämtliche Derg-Funktionäre diesen Status kollektiv und unteilbar innehatten.⁴⁹ Die meisten Entscheidungen zur Eliminierung von Mitgliedern oppositioneller politischer Gruppierungen galten als von allen Derg-Mitgliedern gemeinsam getroffen. Der Derg, der sich bereits in eine Generalversammlung, einen Ständigen Ausschuss und Unterausschüsse gegliedert hatte, etablierte neue Institutionen der Gewalt und strukturierte die bestehenden um.

Bereits am 7. Juli 1974 hatte der Derg damit begonnen, Militärdirektiven auszugeben, um nicht identifizierte Individuen und Gruppen zu zerstören, die sich gegen die Aktivitäten des Derg erhoben. Dies geschah unter Federführung der Kampagnen- und Sicherheitsabteilung des Derg (DCSD), die Anfang Juli 1974 gegründet wurde, um die Streitkräfte zu koordinieren und auf Kampfhandlungen vorzubereiten.⁵⁰ Die DCSD hatte ein Tötungskommando und eine schnelle Reaktionseinheit (Daily Situations Follow-up Unit, DSFU).⁵¹ Sie wurde im Februar 1975 als Derg-Militärkomitee (DMC) reorganisiert mit dem Auftrag, Individuen und Gruppen mit einer antirevolutionären Agenda zu vernichten.⁵²

Im Oktober 1974 gründete der Derg das Zentrale Untersuchungsgefängnis Maekelawi, dessen Leitung hochrangige Regierungsbeamte in Zusammenarbeit mit dem Derg-Ermittlungsteam (DIT) übernahmen.⁵³ Letzteres wurde ursprünglich gegründet, um Ermittlungen zu den bereits inhaftierten und verdächtigen Beamten des alten Regimes durchzuführen.⁵⁴ Später wurde die Ermittlungsbefugnis des DIT auf Mitglieder der Verteidigungskräfte ausgeweitet, die das *Ethiopia-Tikdem*-Motto des Derg nicht akzeptierten, sowie auf Personen, die sich an der Politik des Derg zuwiderlaufenden Aktivitäten beteiligten.⁵⁵

Im August 1976 wurden den Gewaltinstitutionen des Derg vier weitere Organisationen hinzugefügt. Diese waren 1) die Einheit zur Auswertung und Verbreitung von

SPO v. Colonel Mengistu Hailemariam et al. (Revidierte Anklageschrift), 28. November 1995, Akte Nr. 1/87. Es gab keine einzige Anklage des Genozids an rassischen, religiösen, ethnischen und nationalen Gruppen. Siehe *Dem Yazele Dossie*, S. 137.

⁴⁹ Siehe die Proklamation Nr. 2/1974 „Definitionen der Macht des Provisorischen Militärverwaltungsrates und seines Vorsitzenden“, in Kraft getreten am 15. September 1974, Artikel 2 und 3.

⁵⁰ Siehe FHC, *SPO v. Colonel Mengistu Hailemariam et al.* (Gerichtsurteil), 23. Januar 2003, Akte Nr. 1/87, S. 6, 10. Die Abteilung bestand aus neun Militärangehörigen, darunter Oberstleutnant Fisseha Desta.

⁵¹ FHC, *SPO v. Colonel Mengistu Hailemariam et al.*, S.10.

⁵² FHC, *SPO v. Colonel Mengistu Hailemariam et al.*, S. 10.

⁵³ Ebd., S. 11.

⁵⁴ Ebd., S. 10.

⁵⁵ Ebd.

Information (IEDU);⁵⁶ 2) das Komitee für den Schutz der öffentlichen Sicherheit (PSPC);⁵⁷ 3) die Revolutionäre Informationseinheit (RIU);⁵⁸ und 4) die Sonderermittlungseinheit der Polizeikräfte (PFSIU).⁵⁹ Diese Institutionen waren darauf ausgerichtet, koordinierte Angriffe auf diejenigen durchzuführen, die vom Derg als gegen Revolution und Einheit eingestellt identifiziert wurden.⁶⁰ Die Gründung dieser Institutionen der Gewalt bedeutete, dass der Derg ein ganzes System errichtet hatte, um oppositionelle politische Gruppierungen zu vernichten.

In den späten 1970er-Jahren begann der Derg, die Institutionen der Gewalt zu reorganisieren, um die Maßnahmen zu koordinieren und zu intensivieren, die er gegen die Antirevolutionäre ergriffen hatte. Im Mai 1977 wurden durch Beschluss des Ministers für Stadtentwicklung und Wohnen Stadtbewohner-Vereinigungen (Higher Urban Dwellers Associations, HUDAs) gegründet.⁶¹ Um seinen Angriff auf die Antirevolutionäre zu koordinieren und die Beteiligung von öffentlichen und Berufsorganisationen an der Gewalt sicherzustellen, gründete der Derg einen Koordinationsausschuss der Einheiten zum Schutz der Revolution (*Revolution Protection Units Coordination Committee*, RPUCC).⁶² Es wurden auch Anstrengungen unternommen, als Teil der Koordination der laufenden Maßnahmen gegen die Antirevolutionäre die *Kebeles* (die unterste Verwaltungseinheit) zu bewaffnen.⁶³ Eine Einheit zur Bekämpfung der

56 Die IEDU wurde auf Befehl von Oberst Mengistu Hailemariam gegründet und hatte den Auftrag, Personen zu verfolgen und zu melden, die versuchen könnten, die Kontrollfunktionen, die Arbeitsprogramme und die *Ethiopia-Tikdem*-Ideologie des Derg zu untergraben. FHC, *SPO v. Colonel Mengistu Hailemariam et al.*, S. 11.

57 FHC, *SPO v. Colonel Mengistu Hailemariam et al.*, S. 11. Der PSPC wurde gegründet, um mit dem DIT und der IEDU zusammenzuarbeiten und die Ermittlungsergebnisse an den Derg oder seinen Vorsitzenden zu melden.

58 Die RIU war befugt, Meinungen darüber einzuholen, ob Antirevolutionäre zu verhaften, freizulassen oder revolutionären Maßnahmen zu unterziehen seien. Siehe FHC, *SPO v. Colonel Mengistu Hailemariam et al.*, S. 11.

59 Die PFSIU wurde innerhalb der Polizeikräfte gebildet, mit ähnlichen Befugnissen wie die RIU. Siehe FHC, *SPO v. Colonel Mengistu Hailemariam et al.*, S. 11.

60 FHC, *SPO v. Colonel Mengistu Hailemariam et al.*, S. 11.

61 Der Grund für die Gründung der HUDAs war dem Gericht zufolge, die Revolutionsoffensive voranzubringen. Siehe FHC, *SPO v. Colonel Mengistu Hailemariam et al.*, S. 11.

62 Hauptmann Legesse Asfaw arbeitete in dem Ausschuss und war u. a. damit befasst, beim Derg Anträge zu stellen mit dem Ziel, den Koordinationsausschuss zu bewaffnen. Siehe FHC, *SPO v. Colonel Mengistu Hailemariam et al.*, S. 15.

63 Der Derg lieferte Waffen, bildete die *Kebeles* aus und half ihnen, sich selbst zu organisieren. Dem Gericht zufolge geschah dies infolge des anfänglichen Versprechens des Derg, den *Kebeles* und HUDAs die Waffen zu liefern, die notwendig waren, um gegen die Antirevolutionäre revolutionäre Maßnahmen zu ergreifen. Doch das Gericht erwähnte nicht, wann und durch wen dieses Versprechen abgegeben wurde. In den 1970er-Jahren wurde in mehreren Sitzungen des Derg darüber gesprochen, dass die *Kebeles* in Addis Abeba begonnen hatten, Häftlinge in örtlichen Gefängnissen zu töten, und dass man an verschiedenen Plätzen und auf den Straßen Leichen hat liegen sehen. In den Sitzungen wurde auch zur Kenntnis genommen, dass es die verbreitete Praxis gab, Verhöre mit Auspeitschen und Schlägen zu begleiten, wie im Tagebuch von Oberst Tesfaye Woldeselessie festgehalten wurde (dem Vorsit-

Antirevolutionäre wurde gegründet, um die Feinde der Revolution aus den Schulen zu entfernen.⁶⁴ Im Januar und Mai 1978 wurden Befehle erlassen, um sicherzustellen, dass die *Kebeles* und HUDAs Verhöre gemeinsam mit den Ermittlungseinheiten des Derg durchführten.⁶⁵

Im August 1978 wurde die am höchsten entwickelte Gewaltinstitution gebildet, die Zentrale Revolutionäre Ermittlungsabteilung (CRID), ein Zusammenschluss von DIT und PFSIU.⁶⁶ CRID wurde ausgestattet mit modernen Kommunikationssystemen, Sicherheitsüberprüfung und einem eigenen Killerkommando, um antirevolutionäre Gruppen auszuschalten.⁶⁷ Sie etablierte eine direkte Kommunikation mit den *Kebeles* und HUDAs, um ihre Ermittlungen gegen Antirevolutionäre durchzuführen, wodurch sie ein bereits zentralisiertes Ermittlungssystem stärkte. Das Nachrichtensystem wurde mit Hilfe des sowjetischen KGB und der ostdeutschen Stasi weiter ausgebaut und perfektioniert, insbesondere nach 1978.⁶⁸ Durch eine Ausweitung dieses Systems operierte die CRID sowohl in Addis Abeba als auch in den Provinzen, insbesondere durch die Entsendung von Sonderermittlern in die Provinzen und die Überstellung von Häftlingen von den Provinzen in ihre Zentrale in Addis Abeba.⁶⁹ Dieses ausgefeilte und zentralisierte Gewaltsystem diente dazu, oppositionelle politische Gruppierungen im ganzen Land zu zerschlagen.

1.4.2 Formen der Gewalt: „Jede erforderliche Maßnahme“

Die Sitzungsprotokolle der Nationalversammlung des Derg vom 19. November 1976 offenbaren, dass der Derg die Entscheidung getroffen hatte, Gruppierungen zu zerschlagen, die der Revolution zuwiderlaufende Ansichten vertraten.⁷⁰ Infolge dieser Entscheidung wurde ein vom damaligen Vorsitzenden des Derg, Brigadegeneral Teferi Benti, verfasster Vermerk an die Provinzen und die verschiedenen Behörden ver-

zenden des Ausschusses für die Bewertung und Verbreitung von Information). Siehe FHC, *SPO v. Colonel Mengistu Hailemariam et al.*, S. 12–15.

64 Dies geschah unter der Führung von Oberstleutnant Endale Tessema. Siehe FHC, *SPO v. Colonel Mengistu Hailemariam et al.*, S. 14.

65 Der Befehl kam von Oberstleutnant Debela Dinsa. Siehe FHC, *SPO v. Colonel Mengistu Hailemariam et al.*, S. 16.

66 Siehe FHC, *SPO v. Colonel Mengistu Hailemariam et al.*, S. 11.

67 Ebd.

68 Siehe Berouk Mesfin, „The Architecture and Conduct of Intelligence in Ethiopia (1974–1991)“, *International Journal of Ethiopian Studies* 5(1) (2010), S. 39–70.

69 Die CRID verfügte über Verhörzentren in der Stadtverwaltung von Addis Abeba, in der Sprinter-Division der Polizei von Addis Abeba, in Eritrea und in Tigray (*Mek'ele*). Siehe Mesfin, „The Architecture and Conduct of Intelligence in Ethiopia (1974–1991)“, S. 12. Zum SPO-Fall über die Sonderermittler der CRID siehe FHC, *SPO v. Teshome Bayyu et al.* (Gerichtsurteil), 15. Januar 2009, Akte Nr. 07415, S. 4–5.

70 FHC, *SPO v. Teshome Bayyu et al.* In der Sitzung wurde die Feststellung getroffen, dass die Regierung für die Durchführung der Entscheidung verantwortlich war.

sandt, darunter das Oberste Sonderkriegsgericht, mit der Anweisung, „jede erforderliche Maßnahme“ zu ergreifen, um den Plan des Derg, die Feinde der Revolution und die Reaktionäre zu zerschlagen, durchzuführen.⁷¹ Das Ergreifen „jeder erforderlichen Maßnahme“ wurde durch Bekanntmachungen, Befehle und Kampagnen zur Eliminierung der Revolutionsfeinde bekräftigt.

Nach der Ermordung von Oberst Atnafu Abate im November 1977 hielt Oberst Mengistu Hailemariam eine als *Key Shiber Yefafame* („Verstärken wir den Roten Terror“) bekannt gewordene Rede,⁷² die im äthiopischen Radio übertragen wurde. Darin rief er im Namen des Derg die Bevölkerung auf, in der reaktionären Nachbarschaft den Roten Terror auszurufen, das Behindern und Aufhalten antirevolutionärer Intrigen als ihre vordringlichste Aufgabe anzusehen und den Roten Terror zu verstärken. Auch versprach der Derg, bei der Durchführung dieser Maßnahmen an der Seite der Bevölkerung zu stehen. Zur gleichen Zeit hatte er im September 1977 die *Netsa Ermija* (unbeschränkte Maßnahmen) verkündet, ein Codename für die den lokalen Akteuren (*Kebeles*) erteilte Erlaubnis, revolutionäre Maßnahmen (die Tötung von Antirevolutionären) zu ergreifen, ohne die Genehmigung höherrangiger Regierungsbeamter einzuholen.⁷³ Später gab Hauptmann Legesse Asfaw vor dem Stadtrat von Addis Abeba während der Vereidigung der Gemeinderäte eine Erklärung ab, in der er im Namen des Derg versprach, die *Netsa Ermija* fortzusetzen. Auch versicherte er den *Kebeles*, dass sie für diese Maßnahmen nicht zur Verantwortung gezogen würden.⁷⁴

Der Derg plante und vollzog bei mehreren Gelegenheiten Liquidierungskampagnen gegen Antirevolutionäre.⁷⁵ Einer von der Revolutionären Informationseinheit (RUI) durchgeführten Studie über die Identität antirevolutionärer Gruppen⁷⁶ zufolge wurde im April 1977 unter der Parole „Schlagt die Antirevolutionäre“ und unter der Führung der Kampagnen- und Sicherheitsabteilung (DCSD) eine Kampagne gestartet. Diese Kampagne, an der zivile und militärische Einheiten beteiligt waren, sollte in in-

71 FHC, *SPO v. Teshome Bayyu et al.*, S. 8.

72 *Colonel Mengistu Hailemariam et al.* (Gerichtsurteil), S. 8.

73 Siehe Babile Tola, *To Kill the Generation: The Red Terror in Ethiopia*. 2. Auflage, Washington, D. C. 1997, S. 146.

74 *Colonel Mengistu Hailemariam et al.* (Gerichtsurteil), S. 8. Basierend auf Unterlagen der äthiopischen Radioorganisation versicherte der Hauptmann, dass die *Netsa Ermija* in Zusammenarbeit des Derg mit der Stadtverwaltung durchgeführt worden seien, und versprach, dass die Zusammenarbeit diesbezüglich fortgeführt werde. Die Unterlagen geben keinen Hinweis darauf, wann die *Netsa Ermija* begannen; es ist lediglich die Rede von dem Beschluss, sie fortzusetzen. Laut Tola wurde mit den *Netsa Ermija* im September 1977 begonnen. Siehe Tola, *To Kill the Generation: The Red Terror in Ethiopia*, S. 146.

75 Siehe FHC, *SPO v. Colonel Mengistu Hailemariam et al.* (Gerichtsurteil), 11. Dezember 2007, Akte Nr. 1/87, S. 4.

76 Zu diesem Zeitpunkt gehörten zu denen, die als Revolutionsfeinde betrachtet wurden, die EPRP, EDU, Tesfa Le Zewede und ihre Ableger, Mitglieder der ELF und ECOP sowie Jugendverbände. In dem Befehlsdokument hieß es, die Kampagne werde auf Beschluss der Provisorischen Militärregierung durchgeführt.

tensivem Rund-um-die-Uhr-Einsatz andauern, bis die Antirevolutionäre vollständig vernichtet waren.⁷⁷ Eine häufig wiederkehrende Kampagne unter dem Schlagwort *ZemchaMentir* (Identifizieren und Vernichten) wurde vom Derg auf verschiedenen Ebenen durchgeführt, um Mitglieder von Oppositionsgruppen zu identifizieren und auszuschalten.⁷⁸

Was die spezifischen Formen der Verfolgung betrifft, wurde vor Gericht bewiesen, dass der Derg in Ausführung seines Plans, die Revolutionsfeinde auszuschalten, 9.546 Personen tötete.⁷⁹ Diese Zahl enthält den Kaiser, den der Derg mit der Begründung ermordete, sein Fortleben könne in den Köpfen und Herzen der breiten Öffentlichkeit die falsche Hoffnung nähren, er würde an die Macht zurückkehren. Außerdem wurden etwa 10.000 Menschen im Verlauf der Luftbombardements in Nordäthiopien massakriert, die als Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung beurteilt wurden.

Zusätzlich zu rechtswidrigen Massenverhaftungen war die Zufügung von Körperverletzungen in Form von Folter nicht nur weit verbreitet, sondern nahm unvorstellbare Formen an. Foltermethoden wie die *Wofelala* wurden allgemein angewendet, um Geständnisse zu erhalten oder außergerichtliche Bestrafung zu verhängen. Bei dieser Methode wurde das Opfer kopfüber aufgehängt und anhaltend auf die Innenseite der Füße geschlagen. Sie verursachte bei den Opfern so schweres Leid, dass einige von ihnen von der „Hölle auf Erden“ sprachen.

Mitglieder oppositioneller Gruppen wurden in Geheimgefängnissen, Kerkern, Verhörräumen und Folterkammern unter Bedingungen festgehalten, die den Tod einkalkulierten. Die Opfer wurden unter Schlafentzug in Räume ohne ausreichende Luft und Nahrung gesperrt, ohne Zugang zu medizinischer Versorgung, und dort zum Sterben zurückgelassen, nachdem sie gefoltert worden waren.⁸⁰

Auch erzwungenes Verschwindenlassen war an der Tagesordnung. In den Ermittlungen der Nach-Derg-Ära erwies es sich als schwierig, den Verbleib zahlreicher Opfer zu lokalisieren. Es gab jedoch Beweise dafür, dass Personen an einem bestimmten Ort vom Regime festgehalten und gefoltert oder Insassen aus dem Gefängnis entlassen worden waren, aber nie nach Hause zurückkehrten. Nur in sehr wenigen Fällen wurden die Leichen aus Massengräbern exhumiert, und noch weniger Identifizierungen konnten mithilfe forensischer Teams aus Argentinien vorgenommen werden.

77 Oberst Mengistu Hailemariam gab den Befehl für die Kampagne, die in Zusammenarbeit mit den Streitkräften, der Polizei sowie zivilen Organen wie den Revolutionsgarden und Arbeitern der *Kebeles* durchgeführt wurde. Siehe *Colonel Mengistu Hailemariam et al.* (Gerichtsurteil), S. 10.

78 Im Oktober 1977 erteilte Oberstleutnant Debela Dinsa den *Kebeles* in Addis Abeba den entsprechenden Befehl. Entsprechend bereitete Oberst Tesfaye Gebrekidane am 1. Juli 1978 eine Richtlinie vor, anhand derer die Streitkräfte in der Lage sein würden, antirevolutionäre Kräfte in ihren Reihen zu identifizieren und auszuschalten. *Colonel Mengistu Hailemariam et al.* (Gerichtsurteil), S. 10–14.

79 *Dem Yazele Dossie*, Anhang, Tabelle II.

80 Siehe *Colonel Mengistu Hailemariam et al.* (Revidierte Anklageschrift), S. 106–122.

Eine erschreckend einzigartige Weise, die Bevölkerung zu terrorisieren, war die extensive Benutzung von Leichen durch das Derg-Regime als Mittel, um weitere Gewalt auszuüben. Leichen wurden über die Straßen gezogen und dort liegengelassen, und den Familien wurde verboten, sie aufzuheben und zu beerdigen. Tote Körper wurden im nationalen Fernsehen gezeigt, und man sah sie an Festtagen im Schlachterladen neben rohem Rindfleisch hängen. Um die Toten zu trauern war im ganzen Land verboten. An einigen Orten wurden Marktbesucher gezwungen, über die Leichen zu gehen, die auf den Straßen und Marktplätzen lagen. Väter und Mütter wurden gezwungen, auf die toten Körper ihrer Kinder zu treten. Der Derg bediente sich dieser grausamen Methode der Terrorisierung der Bevölkerung und der Verbreitung von Angst und Ohnmacht, um jeglichen politischen Dissens zu unterdrücken, wenn nicht ganz und gar zu eliminieren. Diese Methoden waren zwar während der Zeit des Roten Terrors üblich, wurden aber auch noch 1989 und 1990 praktiziert.⁸¹

Eine weitere Form der Gewalt, die nicht in den Gerichtsverhandlungen des SPO gegen den Derg zur Sprache kam, waren die sogenannten Umsiedlungsprogramme, die der Derg unter dem Vorwand der Hungerhilfe-Maßnahmen durchführte, um vermeintliche oder tatsächliche politische Oppositionsaktivitäten zu zerstreuen. Mit den Worten des Historikers Dawit Woldegiorgis: „Von Anfang an waren Umsiedlungen für Mengistu kein Entwicklungsprogramm, sondern eine Lösung für seine sozialen und nationalen Sicherheitsprobleme. Jeder Dissident, jeder, der Probleme machte oder als Sicherheitsrisiko angesehen wurde, wurde an einen Umsiedlungsort verbracht. In der Vorstellung der Menschen waren Umsiedlungsprogramme gleichzusetzen mit Konzentrationslagern.“⁸²

1.4.3 Das Ausmaß der Verfolgung: „Vernichtet alle Arten von Opposition“

In dem Gesetz von 1992, mit dem das Büro des Sonderermittlers (SPO) geschaffen wurde, um Verbrechen der Derg-Ära zu ermitteln und zu verfolgen, hieß es, dass die sozialistische Regierung „*abscheuliche und furchtbare kriminelle Handlungen* [begangen hat], die ein eigenes Kapitel in der Geschichte des äthiopischen Volkes in Anspruch nehmen“.⁸³ Das Regime habe nicht nur „das Volk von Äthiopien seiner humanen und politischen Rechte beraubt und es brutaler Unterdrückung unterworfen“, sondern auch „die Wirtschaft des Landes ausgelaugt, indem es das Eigentum des Volkes rechtswidrig konfiszierte und zerstörte und das öffentliche und staatliche Eigentum verun-

⁸¹ Zu Details siehe Tadesse Simie Metekia, „Violence Against and Using the Dead: Ethiopian Dergue Cases“, *Human Remains and Violence* 4 (1) (2018), S. 76–92.

⁸² Dawit Woldegiorgis, *Red Tears: War, Famine and Revolution in Ethiopia*. Trenton 1989, S. 285. Siehe auch Edmond J. Keller, „Drought, War, and the Politics of Famine in Ethiopia and Eritrea“, *The Journal of Modern African Studies* 30(4) (1992), S. 609–624.

⁸³ SPO-Proklamation, Präambel, Paragraph 2. Hervorhebung durch den Verfasser.

treute“.⁸⁴ Was den zeitlichen Umfang betraf, so dauerte die Verfolgung, wie bereits gezeigt, während der gesamten 17 Jahre des Regimes an.

Bezüglich des Ausmaßes der Verfolgung sollte festgehalten werden, dass die oben erwähnten Verbrechen Teil einer Reihe von Verbrechen waren, die über einen langen Zeitraum hinweg auf umfassende und systematische Weise begangen wurden, begleitet von einem Plan, die gesamte politische Opposition zu zerschlagen. Nach Prüfung zahlreicher Beweisstücke kamen die äthiopischen Gerichte zu dem Schluss, dass der Derg von Anfang an mit dem Plan und der Absicht gebildet worden war, oppositionelle politische Gruppen zu vernichten, und diesen Plan während der gesamten Zeit seiner Herrschaft verfolgte. Diese Schlussfolgerung resultierte aus einer eingehenden Analyse von Faktoren wie offiziellen Befehlen, Bekanntmachungen und Gewaltkampagnen, der Errichtung und Stärkung von Institutionen der Gewalt und der direkten Beteiligung von Staatsbeamten an der Durchsetzung und Steuerung des Gewaltsystems.⁸⁵ Die Gewaltakte des Derg wurden als Ausrottung politischer Gruppierungen angesehen (Politizid).

Was die territoriale Perspektive betrifft, so beschränkte der Derg seine Gewalttaten nicht auf Oppositionsgruppen, die im heutigen Äthiopien lebten. Abgesehen von den extensiven Gewaltmaßnahmen im heutigen Eritrea erreichte die Gewalt auch äthiopische Exilgruppen in europäischen Städten. Oberst Tesfaye Woldeselassie, der Vorsitzende des Derg-Ausschusses für die Bewertung und Verbreitung von Information, finanzierte Mordaufträge in Italien (Rom) und Deutschland (Berlin), deren Ziel Mitglieder und Führer oppositioneller Gruppen in der Diaspora waren.⁸⁶

1.5 Opfergruppen

Unter dem Derg-Regime wurden Zehntausende von Äthopiens bestausgebildeten Bürgern selektiv getötet; Tausende wurden systematisch gefoltert, verletzt, verhaftet oder Opfer von erzwungenem Verschwindenlassen. Bauern wurden dem Hunger ausgesetzt und zwangsumgesiedelt, und Hunderttausende starben an Unterernährung und Krankheit.⁸⁷ Auch wenn es keine offiziellen Angaben zur Zahl der Opfer gibt, haben

84 Ebd.

85 Für Details siehe Tadesse Simie Metekia, *Prosecution of Core Crimes in Ethiopia: Domestic Practice vis-à-vis international standards*. Leiden 2021, S. 272–282.

86 Siehe FHC, *SPO v. Colonel Tesfaye Woldeselassie Eshete* (Revidierte Anklageschrift), 9. November 2000, Akte Nr. 268/85, S. 10–11, 28–30.

87 Siehe Rémy Prouvèze und N. Brenaz, „International and domestic prosecutions“, in Mahmoud Cherif Bassiouni (Hrsg.), *The Pursuit of International Criminal Justice, Vol. I: A World Study on Conflicts, Victimization, and Post-Conflict Justice*. Antwerpen 2010, S. 386–387; Siehe Human Rights Watch, „Evil Days: 30 Years of War and Famine in Ethiopia“ (Bericht von African Watch, September 1991) S. 1, verfügbar unter: <https://www.hrw.org/sites/default/files/reports/Ethiopia919.pdf> (letzter Zugriff

einige Autoren geschätzt, dass das Derg-Regime rund 725.000 Äthiopiern das Leben gekostet hat.⁸⁸ Andere Schätzungen belaufen sich auf annähernd zwei Millionen.⁸⁹

Was den Roten Terror betrifft, so wurden allein in Addis Abeba zwischen 10.000 und 20.000 Äthiopier getötet.⁹⁰ Man geht davon aus, dass es in den übrigen Provinzen vergleichbare Opferzahlen gegeben hat, wenn nicht noch höhere. Nach Schätzung der Regierung der Revolutionären Demokratischen Front der Äthiopischen Völker (*Ethiopian Peoples' Revolutionary Democratic Front*, EPRDF) belief sich die Zahl der Todesopfer in Addis Abeba auf 55.000.⁹¹ Laut Tola kostete der Rote Terror rund 150.000 Äthiopiern das Leben. Amnesty International zufolge wurden in nur zwei Monaten zwischen Dezember 1977 und Februar 1978 etwa 30.000 Menschen allein in Addis Abeba inhaftiert.⁹² Doch wie bereits bemerkt, war der Rote Terror nicht die einzige Gewaltkampagne, die vom Derg durchgeführt und gesteuert wurde. Auch der Rote Terror selbst wurde allgemein fehlgedeutet als Gewalt, die sich allein gegen die Äthiopische Revolutionäre Volkspartei (EPRP) richtete. So gesehen könnte jede vorschnelle Bezugnahme dazu führen, die Verhöhnung der anderen Opfer zu befördern, wovon auch das SPO warnte.

Man könnte die Opfer des Derg in zwei große Kategorien einteilen, basierend auf politischer Ideologie oder der Art der Opposition. Was Erstere betrifft, so wurden die Opfer des Derg von ihren Tätern als Reaktionäre und Antirevolutionäre bezeichnet. *Reaktionäre* waren die feudalen Großgrundbesitzer sowie Beamte und Einzelpersonen, die das Haile-Selassie-Regime zugunsten eines politischen, religiösen oder sozialen Status unterstützten. Die Bezeichnung *Antirevolutionäre* benutzte der Derg gegenüber allen Arten von Gruppen, die sich der Militärrevolution und der Art und Weise, wie der Derg den Sozialismus in Äthiopien einführte, widersetzen.

Aufgrund ihrer Oppositionsformen lassen sich die Opfer des Derg als *Krieg führende* oder *nicht Krieg führende* Gruppen klassifizieren. Nachdem OLF und TPLF die Vorreiter dabei waren, gegen den Derg zu den Waffen zu greifen, beteiligten sich zahlreiche bewaffnete Gruppen an dem 17-jährigen Bürgerkrieg. Diese Gruppen bezeichneten sich selbst als Befreiungsfront oder volksdemokratische Organisationen, und

20.09.2020); Yves Santamaria, „Afro communism: Ethiopia, Angola, and Mozambique“, in Mark Kramer (Hrsg.), *The Black Book of Communism: Crimes, Terror, Repression*. Cambridge 1999, S. 683–704.

88 Laut African Watch Report gab es zwischen 1982 und 1986 500.000 „Hungertote“, während das Regime zwischen 225.000 und 317.000 Tote durch Menschenrechtsverletzungen zu verantworten hat. Siehe Human Rights Watch, „Evil Days: 30 Years of War and Famine“, verfügbar unter: <https://www.hrw.org/sites/default/files/reports/Ethiopia919.pdf> (letzter Zugriff: 30.09.2020), S. 172.

89 Siehe Paulos Milkias, „Mengistu Haile Mariam: Profile of a Dictator“, *Ethiopian Review* 4(1) (1994), S. 57–59, hier S. 57.

90 Human Rights Watch, „Evil Days: 30 Years of War and Famine“.

91 Siehe Bahru Zewde, „The history of the Red Terror: Contexts and Consequences“, in Kjetil Tronvoll et al. (Hrsg.), *The Ethiopian Red Terror Trials: Transitional Justice Challenged*. Martlesham 2009, S. 17–32, hier S. 30.

92 Amnesty International (AI), 1978, „Human Rights Violations in Ethiopia“, verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/download/Documents/204000/afr250101978en.pdf> (letzter Zugriff: 30.09.2020), S. 8.

die meisten von ihnen wurden gegründet, um im Namen ihrer jeweiligen ethnischen Gemeinschaft gegen Ungerechtigkeiten zu kämpfen. Zu den nicht Krieg führenden Gruppen zählten vor allem die EPRP und MEISON. Die EPRP, die für ihren Weißen Terror bekannt war, eine gewalttätige Kampagne zur Ermordung von Derg- und MEISON-Funktionären, besaß einen kurzlebigen bewaffneten Arm, der unter dem Namen Äthiopische Revolutionäre Volksarmee (*Ethiopian People's Revolutionary Army*, EPRA) bekannt war.

Es ist festzuhalten, dass der Derg hinsichtlich der Identifizierung von Oppositionsgruppen, die er gezielt verfolgte, willkürlich vorging. Wie die äthiopischen Gerichte in den Derg-Verfahren einhellig urteilten, zielte die Verfolgung während des Derg-Regimes auf *alle* Oppositionsgruppen, d. h. auf jede einzelne der zahlreichen Gruppierungen.⁹³ Die Gewalt war in dem Sinne willkürlich, dass sie jene nicht aussparte, die weniger aktiv und nicht direkt in oppositionelle Aktivitäten involviert waren, etwa religiöse Würdenträger. So wurden zum Beispiel Abune Tewoflos Woldemariam, der Patriarch der Äthiopischen Orthodoxen Kirche, und Gudina Tumsa, Priester und Generalsekretär der Äthiopischen Evangelischen Kirche Mekane Yesus, wegen des Vorwurfs hingerichtet, Ersterer sei ein „Reaktionär“ (Pro-Haile-Selassie-Regime) und Letzterer ein „Antirevolutionär“ (als angebliches Mitglied der OLF).

1.6 Verantwortliche

Mehr als 5.000 Beamte, Mitglieder und Anhänger des Derg-Regimes wurden als verantwortlich für Verbrechen identifiziert, die zwischen 1974 und 1991 begangen wurden. Nicht alle diese Personen hatten in der Derg-Administration (Regierung, Partei oder Massenorganisationen) eine Machtstellung inne. Neben Politikern und Feldkommandanten waren auch Privatpersonen für Gräueltaten verantwortlich. Die Gewalt erreichte ihren Höhepunkt, als eine große Zahl von Leuten involviert war, die als persönliche Informanten, Mitarbeiter, Chauffeure,⁹⁴ „kooperierende Personen“⁹⁵ oder „progressive Personen“⁹⁶ bezeichnet wurden.

93 Siehe *Colonel Mengistu Hailemariam et al.* (Gerichtsurteil), S. 5; *Colonel Mengistu Hailemariam et al.* (Berufungsurteil), S. 70.

94 Siehe *Dem Yazele Dossie*, S. 137. Siehe auch FHC, *SPO v. Teshome Ashenie* (Anklageschrift vom 29. Juni 2000), Akte Nr. 1937/1992, S. 1; FHC, *SPO v. Ademasu Amare et al.* (Revidierte Anklageschrift), 7. Juli 1998, Akte Nr. 654/1989, S. 3; siehe insbesondere Angeklagter Nr. 16.

95 Siehe z. B. Angeklagte Nr. 28, 54, 117, 140, 141 und 142 in FHC, *SPO v. Gesegesse Gebremeskel Aterega et al.* (Anklageschrift), 23. Dezember 1996, Akte Nr. 03099/1989, S. 4–5, 12, 14. Mehrere Angeklagte wurden als „kooperierende Personen“ strafrechtlich verfolgt, siehe SNNPRS SC, *SPO v. Mekonnen Gelan et al.* (Revidierte Anklageschrift vom 22. Mai 2001), Akte Nr. 1338/97, S. 1–20. Siehe die Details der Angeklagten Nr. 132, 138 und 152 in OSC, *SPO v. Brigadier General Tedela Desta et al.* (Revidierte Anklageschrift, 10. Oktober 1999), Akte Nr. OSC 1/1989, S. 13–14.

96 Siehe Angeklagte Nr. 41 und 46 in *Gesegesse Gebremeskel Aterega et al.* (Anklageschrift), S. 5.

Oberst Mengistu Hailemariam, Vorsitzender der PMG, Präsident der PDRE und Oberkommandierender der Streitkräfte, war in jeder Hinsicht die am meisten verantwortliche Person. Er verkündete den Roten Terror und rief zu seiner Intensivierung auf – abgesehen davon, dass er das gesamte Verfolgungssystem landesweit beaufsichtigte, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Kontextes bewaffneter Konflikte. Ein Beispiel für Mengistus Erbarmungslosigkeit ist die Tatsache, dass er seinen Präsidentenpalast über dem Grab des Kaisers errichten ließ, auf dem er buchstäblich saß und das Land 17 Jahre lang regierte.

Zusätzlich zur Erteilung von Befehlen, zur Einleitung und Organisation von Kampagnen und zur Ausgabe öffentlicher Bekanntmachungen bezüglich der Vernichtung von Mitgliedern und Anhängern oppositioneller Gruppen waren die höheren Funktionäre des Derg verantwortlich für die Bewaffnung der *Kebele*-Verwaltungen,⁹⁷ die Gefängnisaufsicht⁹⁸ und den Betrieb der CRID.⁹⁹ Zudem waren sie direkt und regelmäßig an Entscheidungen beteiligt, die sich gegen Antirevolutionäre richteten. Insbesondere die Beamten der Behörde für nationale und öffentliche Sicherheitsfragen (*National and Public Security Affairs*, NPSA) waren für die endgültigen Entscheidungen über das Schicksal der Antirevolutionäre verantwortlich.¹⁰⁰

Das übliche Verfahren war eingespielt und folgte vorherbestimmten Schritten. Nachdem sie vom Leiter des Ermittlungsteams (DIT) die Ermittlungsergebnisse erhalten hatten, waren die NPSA-Beamten (etwa die Oberstleutnants Kassahun Tafesse und Teka Tulu) befugt, ihre abschließenden Entscheidungen an das DIT oder direkt an die DCSD zu schicken.¹⁰¹ Diese Entscheidungen beinhalteten oftmals Todesstrafen, üblicherweise verschlüsselt in Sätzen wie „Ergreift eine revolutionäre Maßnahme“, „Bringt sie zum Revier“, „Bringt sie hinüber“, „Vereint sie mit Jesus“ oder „Schickt sie fort mit jedem verfügbaren Transportmittel“.¹⁰²

Es gab auch ein alternatives Verfahren: Die NPSA-Beamten konnten ihre Entscheidungen an den Generalsekretär des Derg weiterleiten, Hauptmann Fikreselassie Wegederesse, oder an seinen Stellvertreter, Oberstleutnant Fisseha Desta.¹⁰³ Diese beiden konnten die Entscheidungen entweder ändern oder genehmigen und an die NPSA-Be-

97 Die Liste der Beamten nannte u. a. Hauptmann Fikreselassie Wegederess, Oberst Tesfaye Gebrekidane, Oberst Demessie Duressa, Oberstleutnant Fesseha Desta. Siehe *Colonel Mengistu Hailemariam et al.* (Gerichtsurteil), S. 13.

98 Den dokumentarischen Beweisen zufolge, die das SPO diesbezüglich erbracht hat, gehörten dem Ausschuss für Gefängnisverwaltung u. a. Major Kassaye Aragaw, Oberleutnant Petros Gebre, Unterleutnant Aragaw Yimer, Major Dejene Wolde Agegnehu, Unterleutnant Fesseha Andeto und weitere an. Siehe *Dem Yazele Dossie*.

99 Die CRID nutzte einen externen Standort, die Prince-Asarat Kassa's-Villa, als Büro und wurde von Oberstleutnant Fisseha Desta geleitet. Siehe *Colonel Mengistu Hailemariam et al.* (Gerichtsurteil), S. 11.

100 Siehe *Colonel Mengistu Hailemariam et al.* (Gerichtsurteil), S. 12.

101 Ebd., S. 13.

102 Tadesse Semie Metekia, *Prosecution of Core Crimes in Ethiopia: Domestic Practice vis-à-vis international standards*. Leiden: Brill, 2021, S. 281.

103 Ebd.

amten mit der Anweisung zurückschicken, die DCSD zu benachrichtigen.¹⁰⁴ Als die CRID 1971 an die Stelle von DIT und PFSIU trat, blieben sowohl das übliche als auch das alternative Verfahren erhalten.¹⁰⁵

Die Regionalgouverneure, die meisten von ihnen ständige Mitglieder des Derg, waren die Schlüsselfiguren bei der Intensivierung der Verfolgung während der Derg-Ära. Sie verfügten entweder über ihre eigenen Spezialkräfte zur Ergreifung gegenrevolutionärer Maßnahmen, oder sie besaßen die Freiheit, Sonderermittler aus dem Zentralbüro der CRID zu bitten, Folter und Hinrichtungen zu übernehmen. Der Schlimmste von allen war Melaku Teferra, Gouverneur der Provinz Gonder, gefolgt wohl von Gesges Gebremeskel Ateraga, dem Gouverneur des damaligen Bezirks Cheha in Westzentral-Äthiopien. Beide hatten, mit den Worten des Obersten Bundesgerichtshofs Äthiopiens, eine „Tötungssucht“. Melaku Teferra, der für die Tötung von 971 Menschen verantwortlich war, hinterließ beispiellos furchtbare Erinnerungen. In einer ergreifenden Darstellung des Ausmaßes seiner Gnadenlosigkeit beim Inhaftieren, Töten und Zwangsrekrutieren ihrer Söhne in die Armee hatten Mütter der Provinz Gonder in Nordäthiopien gereimt:

Melaku Teferra, Gottes jüngerer Bruder;
entschuldige meinen Sohn, ich würde keinen anderen ertragen.¹⁰⁶

Bezüglich des bewaffneten Konflikts wurden 23 Militäroffiziere vom Major bis zum Brigadegeneral, die meisten von ihnen Luftwaffenpiloten, die für Luftangriffe ausgebildet wurden, für verantwortlich gehalten; darunter Legesse Asfaw, ständiges Mitglied des Derg und ein hochdekoriertes Hauptmann, der für Militäroperationen im Norden des Landes verantwortlich war, der damaligen Tigray-Region. Er besaß Sonderbefugnisse, die ihn, soweit es die Militäroperationen in Tigray betraf, sogar über das Verteidigungsministerium stellten.¹⁰⁷

1.7 Orte der Verfolgung

Wie bei repressiven Regimen üblich, waren die Gefängnisse während der Derg-Ära der Hauptschauplatz der Unterdrückung. In Addis Abeba waren die berüchtigsten das Zentralgefängnis Kerchele und das zentrale Untersuchungszentrum Meakelawi. Kerchele hatte einen separaten Flügel, der als *Alem-Bekagn* bekannt war, eine berüchtigte Haft- und Folterkammer. Während des Roten Terrors verwandelte der Derg die *Kebeles* und HUDAs in Untersuchungs- und Haftzentren. Die Gründung des Nationalen Kommandos für revolutionäre Operationen durch die Proklamation Nr. 129 von 1977

¹⁰⁴ Tadesse Semie Metekia, *Prosecution of Core Crimes in Ethiopia*, S. 281.

¹⁰⁵ Ebd.

¹⁰⁶ Übersetzung durch den Verfasser.

¹⁰⁷ Für Details siehe Metekia, *Prosecution of Core Crimes in Ethiopia*.

hatte in der Tat alle Verwaltungsbehörden in Haftzentren umgewandelt, indem sie diese auf allen Ebenen ermächtigte, antirevolutionäre und einheitsfeindliche Kräfte zu identifizieren und für bis zu sechs Monate in Haft zu nehmen, allein aufgrund des Verdachts der Beteiligung an antirevolutionären, einheitsfeindlichen oder gegen die Derg-Operationen gerichteten Aktivitäten.¹⁰⁸

Die Anordnung der *Netsa Ermija* (unbeschränkte Maßnahmen) schuf zahlreiche Mordkommandos im ganzen Land, wo *Kebeles*, Fabriken und Schulhöfe zu Orten der Verfolgung durch Revolutionsgarden wurden. Auch Militärlager und -kommandos waren berüchtigte Orte der Verfolgung, an denen Zivilisten festgehalten, inhaftiert und gefoltert wurden. Auf zahlreichen Militärgeländen fand man später Massengräber. Desgleichen nutzte der Derg Gelände der Sicherheits- und Geheimdienstabteilungen nicht nur als Orte der Haft und Folter, sondern auch der Tötung und Massenvergrabung.

Auch wilde Orte der Verfolgung waren üblich. In Addis Abeba wurden private Wohnhäuser und Villen zu Folterkammern. Die Opfer wurden mit verbundenen Augen in die Häuser gebracht. Einige dieser Orte erhielten von den Sicherheitskräften des Derg Codenamen wie *Setan Bet* (Haus des Teufels) oder *Bermuda*.¹⁰⁹

Es war auch üblich, dass Hinrichtungen an höchstfiziellen Orten stattfanden. Zwischen 1976 und 1978 wurden Tag für Tag etwa 70 Leichen aus dem Arat-Kilo-Palast (Präsidentenpalast) abgeholt und in Massengräbern verscharrt.¹¹⁰ Der Kaiser wurde im Präsidentenpalast ermordet, und Oberst Mengistu Hailemariam ließ, wie man in den frühen 1990er-Jahren herausfand und wie bereits erwähnt wurde, seinen Amtssitz buchstäblich über dem Grab des Kaisers errichten.¹¹¹

Auch Straßen und Marktplätze waren Orte der Verfolgung; auf ihnen wurden Opfer geschlagen und getötet. Dies geschah vor allem im Zusammenhang mit der Gewalt des Derg gegenüber der äthiopischen Öffentlichkeit. Allein in den Fällen *Mengistu et al.* und *Debela Dinsa Wege et al.* berichtete das SPO, dass der Derg mehr als 1.416 Leichen auf die Straßen von Addis Abeba werfen und über die Plätze schleifen ließ.¹¹² Die Leichen blieben auf den Straßen liegen, und Regierungsvertreter und Informanten bewachten sie, damit Freunde und Familienmitglieder sie nicht bergen konnten. Diese Praxis verbreitete sich in allen Städten des Landes und diente dazu, die Bevölkerung einzuschüchtern. Mit dieser Form der Gewalt verbunden war die Nutzung des nationalen Fernsehens als Mittel, um auch die breitere Öffentlichkeit in Angst und Schre-

108 Nationales Kommando für revolutionäre Operationen, Proklamation Nr. 129/1977, in Kraft getreten am 27. August 1977.

109 Siehe *Dem Yazele Dossie*, S. 69–71.

110 Ebd., S. 13.

111 *Mengistu et al.* (Berufungsurteil vom 26. Mai 2008), Bundesgerichtshof, Akte Nr. 30181, S. 95.

112 Zu Details siehe Tadesse Simie Metekia, „Violence Against and Using the Dead: Ethiopian Dergue Cases“, *Remains and Violence* 4 (1) (2018), S. 76–92.

cken zu versetzen. Leichen wurden absichtlich im Fernsehen gezeigt, um die Äthiopi-er zu ängstigen und davon abzuhalten, sich an Anti-Derg-Aktivitäten zu beteiligen.

1.8 Form der Überwindung des Verfolgungsregimes

Äthiopi-er und Eritreer kämpften mit gewaltsamen Mitteln, die bewaffnete und unbewaffnete Aktivitäten umfassten, gegen das Militärregime des Derg. Die Situation während der Zeit des Roten Terrors wurde allgemein als gewaltsame Auseinandersetzung zwischen regierenden und oppositionellen Gruppen verstanden, vor allem aufgrund der umgangssprachlichen amharischen Bezeichnung *Tenenqe*. Den bedeutendsten unbewaffneten Kampf gegen den Derg führte die EPRP, die nach einer kurzen Phase des relativ friedlichen Protests den sogenannten Weißen Terror ausrief – eine sporadische Attentatskampagne, die auf Mitglieder und Verbündete des Derg zielte. Wie aus ihren anderen Bezeichnungen, etwa „urbaner Guerillakrieg“, hervorgeht, fanden die Attentate und Terroraktionen in den Städten statt, vor allem in Addis Abeba.¹¹³

Was den bewaffneten Kampf betrifft, der die gesamten 17 Jahre des Derg-Regimes anhielt, so waren verschiedene bewaffnete Gruppen in einen langwierigen Bürgerkrieg verwickelt, der 1991 zur vollständigen Niederlage des Derg führte.¹¹⁴ Von den Befreiungsfronten war die Eritreische Volksbefreiungsfront (der Nachfolger der Eritreischen Befreiungsfront, ELF) die erste, die sich auf den langen Weg eines Befreiungskriegs begab, der 1991 mit der Gründung des unabhängigen Staates Eritrea endete. Der Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF), die 1975 im Norden des Landes einen bewaffneten Kampf begann, schlossen sich später andere Gruppen an und bildeten die Revolutionäre Demokratische Front der Äthiopischen Völker (*Ethiopian Peoples' Revolutionary Democratic Front*, EPRDF), der es im Mai 1991 gelang, den Derg zu stürzen.¹¹⁵ Die Oromo-Befreiungsfront (OLF) hatte den Derg vor allem in Ostäthiopien bekämpft, bis sie gezwungen wurde, sich im Westteil des Landes neu zu formieren.¹¹⁶ Andere Gruppen wie die Äthiopische Demokratische Union (EDU) und die Äthiopische Revolutionäre Volksarmee (EPRA), der bewaffnete Arm der Äthiopischen Revolutionä-

113 Im Gegensatz zum bewaffneten Kampf der Landbevölkerung, der gleichzeitig in den ländlichen Gebieten des Landes geführt wurde, war der Weiße Terror kein bewaffneter Kampf und hatte entgegen der allgemeinen Annahme keine Verbindung zu den bewaffneten Konflikten und damit zu Aktionen, die potentiell Kriegsverbrechen bedeuten konnten.

114 Siehe Tareke, *The Ethiopian Revolution*, S. 59.

115 Siehe Aregawi Berhe, *A Political History of the Tigray People's Liberation Front (1975–1991): Revolt, Ideology and Mobilisation in Ethiopia*. PhD Dissertation, Amsterdam 2009, S. 313–345.

116 Martin Plaut, „Ethiopia's Oromo Liberation Front“, *Review of African Political Economy* 33(109) (2006), S. 587–593; Andargachew Tiruneh, *The Ethiopian Revolution 1974–1987: A Transformation from an Aristocratic to a Totalitarian Autocracy*. Cambridge 1992, S. 366–367.

ren Volkspartei (EPRP), waren in den 1970er-Jahren in vergleichsweise unbedeutende bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt.¹¹⁷

2 Aufarbeitung

2.1 Politisch-institutionelle Änderungen

Anders als die Konflikte in vielen anderen Ländern endete der äthiopische Bürgerkrieg 1991 mit einer totalen Niederlage des Derg, was den an die Macht strebenden Kräften uneingeschränkte Freiheit gab, eine neue politische Ordnung zu etablieren. Der Sturz des Derg wurde im Mai 1991 während der von den USA vermittelten Londoner Friedensgespräche verkündet, bei denen Vertreter der Regierung und der Rebellen (EPLF, OLF und TPLF) zusammentrafen, um über den äthiopischen Übergangsprozess zu beraten. Die Londoner Verhandlungen waren die einzigen Mehrparteien-Friedensgespräche während des langen Bürgerkriegs, und sie waren nur möglich durch das Ende des Kalten Krieges und den Abzug der sowjetischen Militärberater aus Äthiopien. Doch sie wurden ohne ein nennenswertes Abkommen beendet, abgesehen davon, dass die EPRDF sich bereit erklärte, an einer Folgekonferenz teilzunehmen, die spätestens am 1. Juli 1991 in Addis Abeba zusammenkommen sollte, um die Einzelheiten der Übergangszeit zu besprechen.

Innerhalb eines Monats nach dem Sturz des Derg und der Verhaftung Tausender seiner Mitglieder und Anhänger im Juni 1991 löste die (von der TPLF angeführte) EPRDF den gesamten Militär- und Sicherheitsapparat des besiegten Regimes auf. Innerhalb kürzester Zeit demobilisierte die EPRDF gemeinsam mit der EPLF und der OLF auch die gesamten Streitkräfte des Derg-Regimes. Die Derg-Funktionäre wurden am 30. Mai 1991 aufgefordert, sich innerhalb von 48 Stunden zu ergeben. Bis Ende Juni 1991 veröffentlichte die Übergangsregierung Direktiven zur Auflösung des Verteidigungs- und des Innenministeriums sowie der Arbeiterpartei und der von ihr gegründeten Verbände.

Daraufhin tagte vom 1. bis 5. Juli 1991 in Addis Abeba eine Konferenz für Frieden und demokratischen Übergang. Diese verabschiedete die Charta für die Übergangsperiode¹¹⁸, und es wurde ein Vertreterrat für diese Übergangsperiode gebildet, dessen

117 Diese Gruppen waren im sogenannten Weißen Terror aktiver als im bewaffneten Kampf. Ihr weniger intensiver bewaffneter Kampf währte nicht lange, da beide Gruppen Ende der 1970er-Jahre von der TPLF besiegt wurden. Siehe Tareke, *The Ethiopian Revolution*, S. 86–88; Tiruneh, *The Ethiopian Revolution 1974–1987*, S. 213–214.

118 Charta für die Übergangsperiode: Proklamation Nr. 1/1991, in Kraft getreten am 22. Juli 1991, Artikel 6, verfügbar unter: <http://www.ethcriminalawnetwork.com/system/files/The%20Transitional%20Period%20Charter%20of%20Ethiopia.PDF> (letzter Zugriff: 20.03.2021).

Sitzmehrheit der EPRDF zugesprochen wurde. Am wichtigsten war, dass die Konferenz die Bildung einer Übergangsregierung (*Transitional Government of Ethiopia*, TGE) beschloss, die mit der Charta für die Übergangsperiode eine rechtliche Handhabe für die Anfangszeit von maximal zweieinhalb Jahren erhielt.

Die Charta, die für die Dauer der Übergangsperiode zum obersten Gesetz des Landes (zur Interimsverfassung) wurde,¹¹⁹ markierte in vielerlei Hinsicht eine bedeutsame Abkehr vom Derg-Regime. Sie sah vor, dass Freiheit, gleiche Rechte und Selbstbestimmung aller Völker die Leitprinzipien des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens sein sollten, wenn Äthiopien ein neues Kapitel der demokratischen Umgestaltung aufschlug. Es war in der Tat ein radikaler Neuanfang, bei dem das alte Regime vollständig beseitigt wurde, denn die Bildung der TGE bedeutete die Auflösung der WPE, die Suspendierung der PDRE-Verfassung von 1987 und vor allem das Ende des Sozialismus als politische Ideologie.

Aufgrund der Zusicherungen der Charta für die Übergangsperiode wurde 1993 eine Verfassungskommission eingesetzt, um einen Verfassungsentwurf zu erarbeiten. Dementsprechend trat vier Jahre nach Bildung der Übergangsregierung, am 21. August 1995, die Verfassung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien (FDRE-Verfassung) in Kraft, die ausführlichste in der Verfassungsgeschichte des Landes, die die Zusicherungen der Charta für den Übergang deutlich übertraf.¹²⁰ Zusammen mit der Proklamation Nr. 2 von 1995 etablierte die Verfassung offiziell die Demokratische Bundesrepublik Äthiopien (FDRE) als Gegenentwurf zum Einheitsstaat des Derg. Die Verfassung schuf einen multinationalen Föderalismus und gliederte das Land in neun autonome Regionalverwaltungen mit Garantien für Selbstbestimmung. Sie enthielt auch eine höchst umstrittene Austrittsklausel, d. h. das Recht der Abspaltung von der Föderation (Artikel 39 der Verfassung).

Mit dem Inkrafttreten der Verfassung von 1995 wurde die FDRE, zumindest theoretisch, der genaue Gegenentwurf zur PDRE, insofern als sie anders als ihre Vorgängerin auf einem Mehrparteiensystem, einer gleichberechtigten staatlichen Anerkennung aller äthiopischen Sprachen, einem parlamentarischen Regierungssystem, einem umfangreichen Katalog von humanen und demokratischen Rechten sowie einem unabhängigen Nationalen Wahlausschuss beruhte, um auf unparteiische Weise freie und faire Wahlen auf Bundes- und Landesebene durchzuführen.

Die Verfassung sah auch die Errichtung verschiedener für die Ausbildung einer demokratischen Kultur unverzichtbarer Institutionen vor, die einen Bruch des politischen Systems mit seiner repressiven Vergangenheit herbeiführten. Die bedeutsamste Neuerung war eine Menschenrechtskommission, deren Gründung auf die politische Einflussnahme der USA zurückgeführt wurde, die sich als wichtiger wirtschaftlicher und politischer Verbündeter der äthiopischen Nach-Derg-Regierung hervortat. Diese

119 Charta für die Übergangsperiode: Proklamation Nr. 1/1991, Artikel 18.

120 Verfassung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien, Proklamation Nr. 1/1995, in Kraft getreten am 21. August 1995.

Kommission (*Ethiopia Human Rights Commission*, EHRC) wurde offiziell fünf Jahre später vom Haus der Volksvertreter (Unterhaus) eingesetzt; ihre Ziele reichten von der Schaffung eines öffentlichen Bewusstseins für Menschenrechte bis zur Sicherstellung von Korrekturmaßnahmen im Falle von Menschenrechtsverletzungen.¹²¹ Im gleichen Jahr wurde durch die Proklamation Nr. 211/2000 die Institution eines Ombudsmannes etabliert, um den Bürgern bei Problemen beiseite zu stehen, die durch staatliche Verwaltungsmisstände entstanden.

Nach der Umsetzung eines (1994 begonnenen) umfangreichen Reformprogramms des Öffentlichen Dienstes, das unter anderem das Fehlen einer kohärenten Strategie und einschlägiger Gesetze zur Sicherstellung ethischer Standards offenbarte, und nach Durchführung einer Korruptionserhebung wurde 2001 durch das Gesetz Nr. 235/2001 die Bundeskommission für Ethik und Korruptionsbekämpfung gegründet mit dem Auftrag, Fälle von Korruption und Betrug zu verhindern und zu verfolgen. Die Gründung dieser Menschenrechtsinstitutionen diente dem Zweck, den unterentwickelten Justizsektor dabei zu unterstützen, Respekt für Menschenrechte sowie gute Regierungsführung zu fördern. In dieser Hinsicht hat das Land zahlreiche Reformen durchgeführt, um die Effektivität und Unabhängigkeit der Rechtsprechung zu gewährleisten. Die Schaffung einer unabhängigen Justiz war bereits Gegenstand der Charta für die Übergangsperiode (Artikel 9), und ausführliche Bestimmungen hierzu enthielt auch die FDRE-Verfassung (Artikel 78–81).

Was die Wahlen betrifft, so hielt die Übergangsregierung nach einigen vorgezogenen Wahlen im April 1992, durch die auf allen Ebenen EPRDF-Vertreter etabliert wurden, im Mai 1992 lokale Wahlen ab.¹²² Wahlstreitigkeiten vertieften das Misstrauen zwischen EPRDF/TPLF einerseits und der OLF andererseits und führten schließlich dazu, dass Letztere sich am 23. Juni 1992 aus der Übergangsregierung zurückzog. Eine kompetitivere landesweite Wahl fand im Mai 2000 statt, aus der die EPRDF trotz zahlreicher Vorwürfe des großflächigen Wahlbetrugs siegreich hervorging. Im Mai 2005 fanden Wahlen statt, die, obwohl Berichten zufolge durch Unregelmäßigkeiten beeinträchtigt, als relativ friedlich galten und vermutlich die saubersten Wahlen waren, die das Land jemals erlebt hat.¹²³ Dennoch kam es Anfang Juni 2005 zu einer politischen Krise, als die Koalition für Einheit und Demokratie (CUD), seinerzeit das zweitgrößte

121 Proklamation Nr. 210/2000 über die Gründung einer äthiopischen Menschenrechtskommission, Artikel 5.

122 Lovise Aalen et al., *Ethiopia Since the Dergue: A Decade of Democratic Pretension and Performance*. London 2002, S. 30–32.

123 Siehe zum Beispiel Anders Wijkman, *European Parliament Delegation to Observe Federal and Regional Parliamentary Elections in Ethiopia: A Report, 12–17 May 2005* (Juni 2005), Anhang C, 1, verfügbar unter: http://www.europarl.europa.eu/intcoop/election_observation/missions/2004-2009/20051505_ethiopia.pdf (letzter Zugriff: 28.03.2019). Siehe auch Human Rights Watch, „World Report 2006: Ethiopia, Events of 2005“, S. 1, verfügbar unter: <https://www.hrw.org/world-report/2006/country-chapters/ethiopia> (letzter Zugriff: 29.09.2019).

Oppositionsbündnis,¹²⁴ sich weigerte, das Wahlergebnis anzuerkennen, das einen knappen Sieg für die regierende EPRDF ergab, und Wahlmanipulation unterstellte. Daraufhin beschuldigte die EPRDF die CUD der Verschwörung, um die Regierung gewaltsam zu stürzen, und wies Berichte internationaler Beobachter zurück, welche die Behauptungen der CUD weitgehend bestätigten. Es folgten gewaltsame Auseinandersetzungen, und beide Seiten trugen in unterschiedlichem Maße zum Verlust von Leben und Eigentum bei, zu dem es von Anfang Juni bis Ende November 2005 kam. Seitdem hat sich die EPRDF beharrlich zum Erdrutschsieger der Wahlen von 2010 und 2015 erklärt.

2.2 Strafverfolgung

Anfangs unternahm die Übergangsregierung keinerlei nennenswerte Schritte, um auf die vergangenen Verbrechen zu reagieren. Insbesondere kam es nie zu einer unabhängigen Untersuchung der Gewalt der Derg-Ära, die durch die Einsetzung spezialisierter Organe wie zum Beispiel einer Ermittlungskommission hätte durchgeführt werden können. Dieses Schweigen wurde am 8. August 1992 überraschend gebrochen, als die TGE das Büro des Sonderermittlers (SPO) etablierte, um die während des Derg-Regimes begangenen Verbrechen strafrechtlich zu verfolgen. Die relevante Passage der Proklamation erklärt die Entscheidung zur Strafverfolgung mit folgenden Worten:

Angesichts der Tatsache, dass die historische Mission der Revolutionären Demokratischen Front der Äthiopischen Völker [EPRDF] erfüllt ist, ist es entscheidend, dass höhere Funktionäre der WPE [der äthiopischen Arbeiterpartei] und Mitglieder der Sicherheits- und Streitkräfte, die zu dem Zeitpunkt, als die EPRDF die Kontrolle über das Land übernahm, und in der Folgezeit verhaftet wurden und verdächtigt werden, Straftaten begangen zu haben, ebenso wie Vertreter der Stadtbewohner- und Bauern-Vereinigungen und weitere Personen, die an der Begehung dieser Straftaten beteiligt waren, vor Gericht gebracht werden.¹²⁵

Es war nicht sofort klar, weshalb die TGE sich entschied, den Derg strafrechtlich zu verfolgen. Diese Entscheidung spiegelte sich darin wider, dass die FDRE-Verfassung die Möglichkeit der Amnestiegewährung für schwere Menschenrechtsverletzungen verbot. In Artikel 28 heißt es:

Die strafrechtliche Haftung von Personen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben, wie sie durch von Äthiopien ratifizierte internationale Abkommen und andere äthiopische Gesetze definiert sind, etwa Genozid, summarische Hinrichtungen, erzwungenes Verschwinden

124 Die CUD war eine Koalition aus vier Parteien: die All-Äthiopische Einheitspartei (AEUP), die Äthiopische Demokratische Liga (EDL), die Vereinte Äthiopische Demokratische Partei/Medhin (UEDP-Medhin) und die Regenbogen-Partei (Bewegung für Demokratie und soziale Gerechtigkeit).

125 Wijkman, *European Parliament Delegation to Observe Federal and Regional Parliamentary Elections in Ethiopia*, Präambel, Paragraph 4.

oder Folter, darf nicht durch Verjährung ausgeschlossen werden. Solche Straftaten *dürfen nicht durch Amnestie* oder Begnadigung des Gesetzgebers oder eines anderen staatlichen Organs *abgemildert werden*.¹²⁶

Durch die Strafverfolgung des Derg und das verfassungsmäßige Verbot einer Amnestie für schwere Menschenrechtsverletzungen wollte Äthiopien eine neue politische Ordnung errichten, mit der es sich von seiner Vergangenheit und den Erfahrungen einiger Länder in Afrika und Lateinamerika lossagte. Wie aus den Vorarbeiten für die Verfassung hervorgeht, diskutierte die Verfassungskommission in den Jahren 1993 und 1994, dass sich in einigen Ländern Afrikas und Lateinamerikas eine Kultur der Straffreiheit entwickelt hat, in der diktatorische Regierungen für die Gräueltaten, die sie an ihrem eigenen Volk verübten, nicht zur Rechenschaft gezogen werden, was eine Wiederholung ähnlicher Gräueltaten begünstigt. Während der Übergangsperiode wurde auch festgestellt, dass bei Straftaten, die Menschenrechtsverletzungen beinhalten, keine Amnestie gewährt werden soll.¹²⁷

Die Strafverfolgung von Verbrechen der Derg-Ära durch das SPO dauerte fast zwei Jahrzehnte, von 1992 bis 2010. Einschließlich des Obersten Bundesgerichts, das als Berufungsgericht fungierte, fanden die Derg-Verfahren vor sieben Gerichten im ganzen Land statt. Das Bundesobergericht beaufsichtigte die kritischsten Fälle, etwa die Fälle *Colonel Mengistu et al.* und *Hauptmann Legesse Asfaw et al.* Fünf weitere regionale Obergerichte (in Oromia, Amhara, Tigray und Harar sowie das Oberste Gericht der Nationalitäten und Völker der Südprovinzen) haben über verschiedene während des Derg-Regimes begangene Verbrechen Urteile gefällt.

Das SPO verfolgte sowohl Völkerrechts- als auch innerstaatliche Verbrechen. Als *Völkerrechtsverbrechen* identifizierte das SPO 1) das Verbrechen des Genozids nach Artikel 281 Strafgesetzbuch (StGB),¹²⁸ 2) Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung gemäß Artikel 282 StGB;¹²⁹ und 3) die Anstiftung und Vorbereitung der Begehung, Duldung oder Unterstützung von Handlungen, die in Verletzung von Artikel 286 StGB Genozid und Kriegsverbrechen darstellen.¹³⁰ Mit dem Begriff Genozid bezeichnete das

126 Die Verfassung der FDRE, Artikel 28 (1). Hervorhebung durch den Verfasser.

127 Die Diskussion erwähnt nicht die spezifischen Länder, auf die sie sich bezieht. Siehe „The Minutes of the 84th Ordinary Session of the Constitutional Committee (24 February 1994)“, in: Die Verfassungskommission, „Minutes, Vol. II: Ordinary Sessions No. 51 – No. 88 held from 2 November 1993 to 3 April 1994“, Addis Abeba: FDRE House of Federations, unveröffentlicht, S. 199. Übersetzung durch den Verfasser.

128 *Colonel Mengistu Hailemariam et al.* (Revidierte Anklageschrift), S. 7–8.

129 Siehe FHC, *SPO v. Legesse Asfaw et al.* (Anklageschrift), 3. Mai 2001, Akte Nr. 03116.

130 Anstiftung und Vorbereitung der Begehung, Duldung oder Unterstützung von genozidalen Handlungen war die allererste Anklage, die das SPO gegen (106) Derg-Beamte vorbrachte. Siehe *Colonel Mengistu Hailemariam et al.* (Revidierte Anklageschrift), Punkt 1.

SPO die Auslöschung politischer Gruppen, ein Vorgang, für den Sozialwissenschaftler zumeist den Begriff Politizid verwenden.¹³¹

Zu den *innerstaatlichen Verbrechen* zählten: Mord (Artikel 522 StGB),¹³² schwere vorsätzliche Körperverletzung (Artikel 538 StGB),¹³³ rechtswidrige Festnahme oder Inhaftierung (Artikel 416 StGB),¹³⁴ Machtmissbrauch (Artikel 414 StGB),¹³⁵ schwere Sachbeschädigung (Artikel 654 StGB),¹³⁶ und Vergewaltigung (Artikel 589 StGB).¹³⁷ In der großen Mehrheit seiner Fälle verfolgte das SPO innerstaatliche Verbrechen vor allem als Alternativklagen zum Genozid; es gab aber auch Beispiele, in denen es sie als unabhängige und zusätzliche Klagen verfolgte.¹³⁸ Einige SPO-Fälle behandelten jedoch ausschließlich rein innerstaatliche Verbrechen ohne erkennbare politische Motivation und ohne irgendeine Verbindung zu genozidalen Handlungen oder Kriegsverbrechen.

Als die Derg-Prozesse 2010 abgeschlossen waren, wurde gegen 5.119 Personen Anklage erhoben, von denen 3.583 verurteilt und bestraft wurden. Dennoch gilt es festzuhalten, dass viele Beamte und Verbündete des Derg-Regimes nicht bestraft wurden, weil es ihnen gelungen war, das Land rechtzeitig zu verlassen. Angesichts der Tatsache, dass Auslieferungsbemühungen aus verschiedenen Gründen erfolglos blieben, hatten die äthiopischen Gerichte es mit einer enormen Zahl von *In-absentia*-Prozessen zu tun. 2.188 von 5.119 Angeklagten wurden in Abwesenheit vor Gericht gestellt.¹³⁹ Von den 73 hochrangigen Derg-Beamten, die im *Mengistu et al.*-Fall strafrechtlich verfolgt wurden, wurde gegen 20 in Abwesenheit Klage erhoben, darunter Oberst Mengistu Hailemariam, der eine Woche vor dem totalen Zusammenbruch seines Regimes nach Simbabwe geflohen war.¹⁴⁰ Von den 23 Angeklagten in Kriegsverbrecherprozessen (*Capitaine Legesse Asfaw et al.*) waren nur fünf im Gericht anwesend.

131 Siehe Barbara Harff und Ted Robert Gurr, „Victims of the State: Genocides, Politicides and Group Repression since 1945“, *International Review of Victimology* 1(1) (1989), S. 23–41.

132 Siehe FHC, *SPO v. Colonel Mengistu Hailemariam et al.* (Revidierte Anklageschrift), S. 87.

133 Ebd.

134 Ebd.

135 Ebd.

136 Siehe zum Beispiel OSC, *SPO v. Brigadier General Tedela Desta et al.* (Erste Anklage), 20. September 1999, Akte Nr. 28/85.

137 Siehe SPO, „Annual Report to the House of Peoples’ Representatives of Ethiopia“ (Addis Abeba, 4. Februar 2010), 10; im Folgenden: SPO’s Annual Report to the HPR (2010).

138 Siehe SPO’s Annual Report to the HPR (2010). Zum Beispiel waren Anklagepunkt 210 (rechtswidrige Festnahme oder Inhaftierung) und 211 (Machtmissbrauch) unabhängige Anklagen als gewöhnliche Verbrechen.

139 Siehe *Dem Yazele Dossie*, S. 444.

140 Siehe FHC, *SPO v. Colonel Mengistu Hailemariam et al.* (Gerichtsurteil), S. 77.

Tab. 1: Gesamtzahl der Personen, die in Derg-Prozessen angeklagt, verurteilt oder freigesprochen wurden

angeklagt	verurteilt	freigesprochen	verurteilt <i>in absentia</i>	freigesprochen <i>in absentia</i>	Verurteilungs- quote
5.119	3.583	1.536	1.308	880	69,9 %
	Verhängte Strafen				
	Todesstrafe	Lebenslang	15 bis 25 Jahre	< 15 Jahre	Mindeststrafe
	52	182	921	2.028	2 Jahre

Gemäß FDRE-Verfassung und Strafgesetzbuch bleibt die Todesstrafe gravierenden/schweren Straftaten vorbehalten, und ihre Verkündung hängt von den individuellen Umständen des Täters ab. 18 der Todesurteile wurden vom Bundesgerichtshof gegen Mitglieder des Ständigen Ausschusses verhängt, des höchsten Exekutivorgans des Derg-Regimes, und gegen Oberst Mengistu Hailemariam.¹⁴¹ Auch Legesse Asfaw wurde zum Tode verurteilt, weil er 1983 und 1988 die wahllose Bombardierung unverteidigter Ortschaften und Städte befohlen hatte, die zum Tod von mehr als 10.000 Zivilisten in Chila, Wukro und Hawzien führte. Dennoch wurde keiner der 52 in Derg-Prozessen Verurteilten hingerichtet. Obwohl Äthiopien die Todesstrafe nicht abgeschafft hat, scheint es die Vollstreckung von Todesurteilen auf Straftaten beschränkt zu haben, deren Täter (äthiopische oder ausländische) Spitzenbeamte aus Militär oder Regierung waren.¹⁴²

Im Zusammenhang mit der Strafverfolgung lohnt es sich festzuhalten, dass die TGE sich gezwungen sah, das SPO als einzige Aufarbeitungsinstitution zu etablieren, und ein Verfahren sicherzustellen, das die Strafverfolgung als einziges offizielles Mittel des Umgangs mit vergangenen Missbräuchen festlegte. Der Grund dafür war nicht ganz klar. Bei verschiedener Gelegenheit wurden unterschiedliche Faktoren angeführt, um die Motive der TGE zu erklären, sämtliche Derg-Beamte vor Gericht zu bringen. Wie wir weiter unten zeigen werden, zählten zu den vorgebrachten Faktoren die Überzeugung der TGE, einer internationalen Verpflichtung zur Verfolgung von Gräueltaten zu genügen, ihr Wunsch nach politischer Legitimität und die totale Niederlage des Derg.

2.2.1 Die angebliche Verpflichtung zur Strafverfolgung

Nach dem Sturz des Derg ließen internationale Organisationen die EPRDF wissen, dass es eine internationale Verpflichtung gebe, die in Äthiopien begangenen Verbre-

¹⁴¹ Siehe *Colonel Mengistu Hailemariam et al.* (Berufungsurteil), S. 95.

¹⁴² Siehe Metekia, „Punishing Core Crimes in Ethiopia“, S. 160–190.

chen strafrechtlich zu verfolgen.¹⁴³ Dennoch erklärte die TGE ihre Entscheidung, den Derg aufgrund einer Verpflichtung zu verfolgen, erst einige Jahre später. Doch 1994 erklärte das SPO, dass „der Entscheidung der TGE zur Strafverfolgung implizit die Anerkennung ihrer internationalen und nationalen rechtlichen Verpflichtung zugrunde lag, diejenigen zu ermitteln und vor Gericht zu bringen, die für Verbrechen der Derg-Ära verantwortlich waren“.¹⁴⁴

2.2.2 Das Fehlen eines tatsächlichen oder vermeintlichen Gegners

Anders als in vielen anderen Ländern, in denen die abtretende und die neu antretende Regierung ihre jeweils eigene Verhandlungsmacht zum Aushandeln der Übergangsbedingungen besaßen, resultierte die 1991er-Revolution in Äthiopien in der totalen Niederlage des Derg. Infolgedessen hatte das Land die Chance, eine neue Ära zu den alleinigen Bedingungen der an die Macht kommenden Kräfte zu beginnen. Das Äthiopien des Jahres 1991 unterschied sich von der Art und Weise, wie Länder wie Chile oder Argentinien etwa zur gleichen Zeit mit ihren tiefgreifenden Veränderungen umgingen. In Chile warnte General Augusto Pinochet, unter dessen Kontrolle das Militär bis 1990 an der Macht blieb, die neue Regierung ausdrücklich, das Amnestiegesetz von 1978 zu ignorieren¹⁴⁵ und „auch nur einem einzigen Soldaten ein Haar zu krümmen“.¹⁴⁶ Ähnlich entzog sich in Argentinien, wo die Verschiebung der Machtverhältnisse eine bedeutende Rolle dabei spielte, der Suche des Landes nach Gerechtigkeit Gestalt zu verleihen, das Militär aktiv der Verantwortung, indem es ein pauschales Gesetz zur Selbstamnestie für zwischen 1973 und 1982 begangene Verbrechen verabschiedete.¹⁴⁷ Der Derg hingegen wurde von den Kräften der EPRDF vollständig besiegt, und bereits 1991 stellte man fest, dass er nur noch eine harmlose Hülle war und für den äthiopischen Übergang keinerlei Verhandlungsbefugnisse besaß.

Äthiopien war auch nicht in einer mit dem Wandel in Südafrika vergleichbaren Lage, wo die Einführung der Amnestie in den Wahrheits- und Versöhnungsprozess

143 Sowohl Amnesty International als auch Human Rights Watch appellierten an die EPRDF und die TGE, ihre internationale Verpflichtung einzuhalten und diejenigen vor Gericht zu stellen, die für brutale Straftaten während der Derg-Ära verantwortlich waren. Siehe Human Rights Watch „Evil Days“, S. 374; siehe Amnesty International, „Ethiopia: End of an Era of Brutal Repression – A New Chance for Human Rights“ (Amnesty International, 18. Juni 1991), S. 46–48, verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/en/documents/afr25/005/1991/en/> (letzter Zugriff: 20.12.2019).

144 SPO-Bericht (1994), S. 559.

145 Dekret 2191 vom April 1978 (Chile).

146 Siehe SPO-Bericht (1994), S. 454.

147 Für eine ausführliche Diskussion siehe Par Engstrom und Gabriel Pereira, „From Amnesty to Accountability: Ebb and Flow in the Search for Justice in Argentina“, in Francesca Lessa und Leigh A. Payne (Hrsg.), *Amnesty in the Age of Human Rights Accountability: Comparative and International Perspectives*. Cambridge 2012, S. 97–122.

zum Teil gebraucht wurde, um die ökonomischen Interessen des Landes nicht zu gefährden, da die „überwältigende Wirtschaftsmacht in den Händen weniger großer Unternehmensgruppen lag, die gegenüber dem Staat eine enorme Verhandlungsmacht besaßen“.¹⁴⁸ Die Einführung des Sozialismus durch den Derg, die politische und wirtschaftliche Ideologie, die das Regime als Fundament für die kommunistische Transformation des Landes implementierte, führten zu seiner Kontrolle der gesamten Staatswirtschaft. Tatsächlich lagen sowohl die militärische als auch die wirtschaftliche Macht in den Händen des Derg. Von daher verlor das Regime jegliche Kontrolle über die Wirtschaft des Landes, sobald die Derg-Funktionäre an der militärischen Front besiegt worden waren.

2.2.3 Die Suche der Übergangsregierung nach politischer Legitimität

Kjetil Tronvoll, ein auf das Horn von Afrika spezialisierter norwegischer Friedens- und Konfliktforscher, bemerkte, die Derg-Prozesse würden als eine Art Ritual dienen, um das derzeitige Regime von der Vergangenheit abzutrennen und „einen neuen Startpunkt – ein Jahr null – für die Demokratie zu markieren“.¹⁴⁹ Allo und Tesfaye argumentierten, die Derg-Prozesse stellten den Beginn einer Reihe „juristisch-politischer“ Anstrengungen dar mit dem Ziel, „eine Politik der Repression und Eliminierung zu legitimieren und zu rationalisieren“, die in Äthiopien fortbestand.¹⁵⁰ In der Tat ist es denkbar, dass die Entscheidung zur strafrechtlichen Verfolgung des Derg von der EPRDF getroffen wurde, um politische Legitimität zu erhalten. Zu dem Zeitpunkt gab es deutliche Anzeichen eines Glaubwürdigkeitsdefizits der EPRDF – sowohl international als auch innenpolitisch.

International wurden die neuen Kräfte als prosowjetisch angesehen, was seinerzeit eine Legitimitätskrise mit schwerwiegenden Folgen für die internationale Anerkennung von Regierungen mit sich bringen konnte. Innenpolitisch wurde die EPRDF kaum als legitimierte Regierung betrachtet, und der TGE gelang kein friedlicher Start. Die weitgehend von politischer Unruhe geprägte Übergangsperiode wurde durch Kon-

148 Siehe zum Beispiel *Report of Truth and Reconciliation Commission of South Africa, V. IV* (1998), Paragraph 48, verfügbar unter: <http://www.justice.gov.za/trc/report/finalreport/Volume%204.pdf> (letzter Zugriff: 20. Dezember 2020). Siehe auch Brandon Hamber und Steve Kibble, *From Truth to Transformation: The Truth and Reconciliation Commission in South Africa*, Katholisches Institut für Internationale Beziehungen, Februar 1999, verfügbar unter: <https://www.csvr.org.za/from-truth-to-transformation-the-truth-and-reconciliation-commission-in-south-africa/> (letzter Zugriff: 20. Dezember 2020).

149 Siehe Tronvoll, „The Quest for Justice or the Construction of Political Legitimacy“, S. 13.

150 Siehe Awol Allo und Beza Tesfaye, „Spectacles of illegality: Mapping Ethiopia’s Show Trials“, in *African Identities* 13 (2015), S. 279–296.

flikte mit der OLF legitimiert, der zweiten Hauptgruppe der TGE.¹⁵¹ Entsprechend dürfte die Entscheidung, Derg-Funktionäre für die Verbrechen des alten Regimes zur Verantwortung zu ziehen, getroffen worden sein, um die Legitimitätsprobleme der neuen Regierung zu verringern.

Auch wenn die genannten Faktoren erklären mögen, weshalb die TGE die politische Entscheidung hatte treffen müssen, den Derg vor Gericht zu bringen, gilt es festgehalten, dass sie nicht erklärte, warum das SPO als die einzige Aufarbeitungsinstitution in der Nach-1991-Ära in Äthiopien in Erscheinung trat. Wie weiter unten zu zeigen sein wird, gab es keine offiziellen Institutionen, welche die Tätigkeit des SPO hätten flankieren können, indem sie den Opfern Wiedergutmachung leisteten oder sich an Bemühungen beteiligten, das Land durch Versöhnung zu heilen.

2.3 Elitenaustausch

Äthiopiens Übergang von der PDRE des Derg zur FDRE der EPRDF war ein Fall von erzwungenem Übergang. Daher hatten die an die Macht kommenden Kräfte, anders als im Fall eines verhandelten Übergangs, die Möglichkeit, einseitig das Fundament für eine neue politische Ordnung zu legen. Der Derg war eine besiegte Kraft, und als solche hatte er bei den Vorgängen des Elitenaustauschs in der Nach-1991-Ära nichts zu sagen. Dennoch deutete die TPLF am Ende der Londoner Konferenz die Möglichkeit an, einige Mitglieder der abtretenden Regierung, die nicht in die Verbrechen der Vergangenheit involviert waren, an der neuen provisorischen Regierung zu beteiligen.¹⁵²

Von Beginn des Übergangs an bestand kein Zweifel daran, dass Mitglieder und Partner des Derg-Regimes keinen Platz in der neuen politischen Verwaltung haben würden. Die von der EPRDF ergriffenen Maßnahmen waren darauf gerichtet, den neuen Kräften absolute Kontrolle über den gesamten Staatsapparat zu sichern. Wie in der Charta für die Übergangsperiode vorgesehen, basierte der Elitenaustausch in der politischen Ordnung nach 1991 vor allem darauf, zwei Interessen zu fördern: die Entfernung des Derg und seiner Anhänger aus den Fluren der Politik sowie sicherzustellen, dass die politische Macht unter den ethnischen Gruppen geteilt wird.

Die Entschlossenheit der EPRDF, Mitglieder und Partner des Derg von der Macht auszuschließen, deutete sich erstmals durch ihren Schritt an, im Juni 1991 mehr als 2.000 Personen festzunehmen. Sodann erlaubte die im Juli 1991 abgehaltene Versöhnungskonferenz in Addis Abeba nur Nicht-Derg-Organisationen die Teilnahme. Teilnehmer waren Vertreter der Arbeiterschaft, des Universitätslehrkörpers sowie 27 zu-

¹⁵¹ Näheres zu den politischen Unruhen während der TGE siehe Theodore M. Vestal, *Ethiopia: A Post-Cold War African State*. Westport 1999, S. 1–57.

¹⁵² Siehe „Ethiopian rebels pledge democratic rule“, *The Stanford Daily* (London, 29. Mai 1991), verfügbar unter: https://archives.stanforddaily.com/1991/05/29?page=3§ion=MODSMD_ARTICLE17#article (letzter Zugriff: 20.09.2020).

meist ethnisch begründete Befreiungsfronten, von denen die meisten „von der EPRDF für diesen Anlass geschaffen wurden“. Die Konferenz schloss alteingesessene Gruppierungen wie die Äthiopische Revolutionäre Volkspartei (EPRP), die All-Äthiopische Sozialistische Bewegung (AESM) und die Vereinigten Äthiopischen Demokratischen Kräfte (CODEF) aus, weil sie ideologische Differenzen mit der EPRDF hatten und – insbesondere AESM und CODEF – verdächtigt wurden, mit dem Derg-Regime kollaboriert zu haben.¹⁵³ Auf der Konferenz wurde ein aus 87 Mitgliedern bestehender Vertreterrat der Übergangsperiode eingesetzt. Die EPRDF erhielt 32 der 87 Ratssitze, die OLF 12. Die übrigen 43 Sitze wurden auf die 25 anderen ethnisch begründeten politischen Organisationen verteilt.

Ähnlich wurde die TGE auf eine Weise gebildet, die sicherstellte, dass nur Nicht-Derg-Mitglieder und -Organisationen politische Macht übernehmen konnten. Infolge eines Abkommens, wonach einige der höchsten offiziellen Ämter unter den ethnisch begründeten politischen Parteien aufzuteilen waren, wurde Melese Zenawi von der TPLF Präsident der Übergangsregierung. Zugleich übernahmen Mitglieder anderer ethnischer Gruppen weitere Kabinettsposten. Insgesamt setzte sich die TGE aus 18 Kabinettsmitgliedern zusammen, die neun ethnischen Gruppen angehörten. Kritik wurde seinerzeit nicht *per se* an der Berufung von Beamten aufgrund ihrer ethnischen Identität geübt, sondern daran, dass zahlreiche Vertreter dieser ethnisch begründeten Organisationen städtische Intellektuelle aus Addis Abeba waren, denen es an soliden Verbindungen zu den Menschen fehlte, die sie zu repräsentieren behaupteten.¹⁵⁴

Die TGE ergriff spezifische Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Personen, die in den Sicherheits- und Geheimdienstapparat des Derg involviert waren, nicht an den Verwaltungsaufgaben der neuen Regierung teilhatten. Zusätzlich zur Demobilisierung der ehemaligen Streitkräfte und zur Auflösung der Sicherheitskräfte verhaftete und internierte die TGE mehr als 10.000 Angehörige dieser beiden Organisationen. Nach Prüfung ihrer Strafregister entließ sie 8.000 von ihnen wieder.¹⁵⁵ Die übrigen wurden zusammen mit Tausenden anderen Mitgliedern und Beamten des Derg-Regimes vor Gericht gestellt. In einem wichtigen politischen Schritt suspendierte die TGE sämtliche Polizeikräfte, die während der Derg-Ära im Einsatz waren. Sie mussten sich einem Überprüfungs- und Wiedereingliederungsprozess unterwerfen, um sodann zusammen mit neu ausgebildeten Offizieren wieder in die Reihen der Polizei einzutreten.¹⁵⁶

Im Juli 1991 setzte die EPRDF an jeder Arbeitsstelle Komitees zur Anhörung von Beschwerden (*Grievance Hearing Committees*, GHCs) ein, um Personen zu identifizie-

¹⁵³ Tesfaye, *Political Power and Ethnic Federalism*, S. 74.

¹⁵⁴ Kinfe Abraham, *Ethiopia From Bullets to the Ballot Box: The Bumpy Road to Democracy and the Political Economy of Transition*. Lawrenceville 1994, S. 25.

¹⁵⁵ Siehe Human Rights Watch, „Ethiopia: Waiting for Justice: Shortcomings in Establishing the Rule of Law“, 8. Mai 1992, S. 18, verfügbar unter: <https://www.refworld.org/docid/45cc5f472.html> (letzter Zugriff: 28.09.2020).

¹⁵⁶ Ebd.

ren und zu benennen, die in die Verbrechen und Korruption des Derg-Regimes involviert waren. Die Komitees hatten die Befugnis, zu ermitteln und Betroffene zu entlassen. Sie konnten auch deren Verhaftung empfehlen. Hinsichtlich der Beamten betraf die Säuberung jedoch nur diejenigen, die politische Beauftragte waren.¹⁵⁷

Was die Justiz betraf, so ergriff die TGE eine Maßnahme, aufgrund derer viele Richter wegen ihrer früheren Nähe zum gestürzten Regime entlassen wurden.¹⁵⁸ Das betraf etwa die Hälfte der Richter an den Obersten und Hohen Gerichten, die Mitglieder der WPE waren. Entsprechend wurde die Zugehörigkeit zur WPE als Grund für den Ausschluss des Betreffenden von der Möglichkeit, Sonderstaatsanwalt zu werden, in die SPO-Proklamation aufgenommen.¹⁵⁹

2.4 Wiedergutmachung

Im Rahmen des 1991 in Gang gesetzten Übergangsverfahrens verfolgte Äthiopien keine offiziellen Pläne zur Entschädigung von Opfern oder von Familien und Verwandten derjenigen, die vom Derg verfolgt wurden. Obwohl eine der Aufgaben der TGE darin bestand, für Entschädigung und Rehabilitation zu sorgen, um die Auswirkungen der Gewalt der Derg-Ära abzumildern, legte die Charta für die Übergangsperiode fest, dass Rehabilitationsmaßnahmen nur zu treffen seien für „vom Krieg stark betroffene Gebiete, für Kriegsgefangene, Ex-Kriegsgefangene sowie für diejenigen Teile der Bevölkerung, die aufgrund der Verdorfungs- und Umsiedlungspolitik des früheren Regimes gewaltsam entwurzelt wurden“.¹⁶⁰ Entsprechend sah die Charta keinerlei Form der Wiedergutmachung für die Opfer politischer Gewalt während des Roten Terrors und anderer Derg-Kampagnen vor.

Die SPO-Proklamation bestätigte, dass der Derg die Wirtschaft des Landes durch Plünderung, illegale Konfiszierung und Zerstörung des Volkseigentums sowie Veruntreuung öffentlichen und staatlichen Eigentums ausgezehrt hatte. Dennoch wurde weder durch die Charta noch durch irgendein anderes Gesetz ein Mechanismus in Gang gesetzt, um die Opfer für den ökonomischen und seelischen Schaden zu entschädigen, den sie erlitten hatten. Durch das Fehlen eines Entschädigungsplans unterschied sich Äthiopien erheblich von den Erfahrungen verschiedener lateinamerikanischer Länder, die moralische und materielle Wiedergutmachung auf den Weg brachten, um das Leid der Opfer und das Fehlverhalten des Staates anzuerkennen.

Ein Grund für das Fehlen eines Entschädigungsplans war mutmaßlich der parteiische Charakter des Übergangs in Äthiopien, denn die TGE wurde von nur wenigen

¹⁵⁷ Human Rights Watch, „Ethiopia: Waiting for Justice“, S. 18.

¹⁵⁸ Ebd.

¹⁵⁹ Zum Beispiel heißt es in Artikel 5 (3) der SPO-Proklamation, dass SPO-Mitglied nur äthiopische Staatsbürger sein können, die nicht Mitglied der WPE (Derg) und ihrer Sicherheitskräfte waren.

¹⁶⁰ Charta für die Übergangsperiode, Artikel 14.

Kräften gebildet und beherrscht, die im bewaffneten Widerstand gegen den Derg engagiert waren. Infolgedessen wurden zahlreiche vom Derg verfolgte nichtmilitärische Gruppen wie die EPRP und AESM von der EPRDF nicht anerkannt und, wie bereits erwähnt, nicht eingeladen, an der Addis-Ababa-Konferenz vom Juli 1991 teilzunehmen. Auch nach ihrem Machtantritt handelte die EPRDF wie eine Partei, die einen spezifischen Teil der Bevölkerung repräsentierte, anstatt eine Regierung für alle Äthiopier zu sein. Die Realität war, dass der äthiopische Staat es versäumte, alle seine Bürger vor schweren Menschenrechtsverletzungen zu schützen, was die TGE nicht bereit war, voll und ganz anzuerkennen.

Die Selektivität des Übergangsprozesses implizierte Zwietracht unter den Gewaltopfern, was die gegenseitige Anerkennung betraf. Auch das Fehlen eines nationalen Versöhnungsprozesses, der alle Parteien und Opfergruppen einbezogen hätte, könnte, wie zu zeigen sein wird, ein Grund gewesen sein, warum die Charta keine Wiedergutmachung für alle Arten von Opfern vorsah. In der Zeit nach der Übergangsperiode hat es keine wirkliche Weiterentwicklung hinsichtlich der Wiedergutmachung gegeben. Auch die Verfassung von 1995, die mit dem Versprechen angenommen wurde, „historisch ungerechte Zustände zu korrigieren“, versäumte es, Verfolgungsopfern Wiedergutmachung zu garantieren.¹⁶¹

Das Fehlen einer einschlägigen Wiedergutmachungsregelung in der Proklamation bestärkte das SPO darin, den Derg vor Gericht zu bringen. Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen waren nicht wesentlich an den Derg-Prozessen beteiligt, abgesehen von Fällen, in denen sie als SPO-Zeugen dienten. Weder der Staat noch die verurteilten Derg-Funktionäre wurden von den äthiopischen Gerichten aufgefordert, den Opfern des Regimes zumindest symbolische Wiedergutmachung zu leisten.

2.5 Versöhnung

Auf der Londoner Konferenz vom Mai 1991 versuchte der Derg, Fragen der Versöhnung und Amnestie mit den Rebellengruppen (OLF und TPLF) zu erörtern. Der TPLF fehlte ein klarer politischer Kurs hinsichtlich der Frage, ob vergangene Verbrechen zu verfolgen oder zu amnestieren seien, wie sich später in Interviews herausstellte, die ihre Führer in London den Journalisten gaben. In einem dieser Interviews deutete ein TPLF-Vertreter an, dass Derg-Funktionäre „vor Gericht gestellt werden könnten“.¹⁶² In

¹⁶¹ FDRE-Verfassung, Präambel, Paragraph 4.

¹⁶² Siehe Gilbert A. Lewthwaite, „Rebels pledge democracy in Ethiopia: U.S.-brokered talks end in agreement after fall of capital“, *The Baltimore Sun*, 29. Mai 1991, http://Articles.baltimoresun.com/1991-05-29/news/1991149072_1_addis-ababa-ethiopians-eprdf (Link nicht mehr verfügbar, letzter Zugriff: 27.09.2020).

einem anderen hieß es, die TPLF schließe eine pauschale Amnestie nicht aus, sofern die breite Öffentlichkeit diese gewähren wolle.¹⁶³

Es war daher ohne klares Ziel, als die EPRDF im Juni 1991 Derg-Funktionäre verhaften ließ. Die Frage der Versöhnung wurde auf der Addis-Ababa-Konferenz vom Juli 1991 nicht angesprochen und diskutiert. Doch die im selben Jahr veröffentlichte Charta für die Übergangsperiode enthielt eine Bestimmung, die die Notwendigkeit implizierte, einen Versöhnungsprozess zu beginnen. In ihrer Präambel betonte die Charta: „Frieden und Stabilität als wesentliche Entwicklungsbedingungen erfordern das Ende aller Feindseligkeiten, die *Heilung der durch die Konflikte verursachten Wunden* und den Aufbau und Erhalt guter Nachbarschaft und Zusammenarbeit.“¹⁶⁴

Da es in dieser Hinsicht keinen geregelten theoretischen oder praktischen Ansatz gab, war die Aufforderung der Charta an die TGE, Äthiopiens Wunden zu heilen, offen für Interpretationen. Die Frage war, ob die Wunden der Nation durch Bemühungen heilen würden, die politischen Konflikte zu entpolarisieren, oder dadurch, mutmaßliche Täter strafrechtlich zu verfolgen. Einige Wissenschaftler sind der Meinung, dass allein die Strafverfolgung wirkliche Heilung für die Wunden der Nation bringen kann.¹⁶⁵ Doch die Erfahrungen von Ländern, die mit ähnlichen Gräueltaten zu tun hatten, deuten entschieden darauf hin, dass die Wunden einer Nation eher durch einen Ansatz der Aufarbeitung heilen, der auch Amnestie beinhaltet, oder durch einen Prozess, der Amnestie und Strafverfolgung kombiniert.

Gleichwohl schlug die TGE einen Weg ein, der Strafverfolgung über Versöhnung stellte – sie gründete das SPO, aber keine Wahrheits- und Versöhnungskommission. Ihre Entscheidung unterschied sich grundlegend von den Entscheidungen, die zuvor Argentinien¹⁶⁶ und Chile¹⁶⁷ und später Sierra Leone und Südafrika getroffen hatten

163 Siehe Blaine Harden, „Rebel Leaders Pledges Coalition Government, then Free Elections“, *The Washington Post*, 29. Mai 1991, verfügbar unter: <https://www.washingtonpost.com/archive/politics/1991/05/29/rebel-leader-pledges-coalition-government-then-free-elections/a5818143-9397-470d-a1b2-b44e28e9e98d/> (letzter Zugriff: 20.10.2020).

164 FDRE-Verfassung, Präambel, Paragraf 3. Hervorhebung durch den Verfasser.

165 Siehe Jon M. Van Dyke, „The Fundamental Human Right to Prosecution and Compensation“, *Denver Journal of International Law and Policy* 29 (2000–2001), S. 77–100.

166 Für eine ausführliche Darstellung der Entscheidungen, die in Argentinien hinsichtlich der zwischen 1976 und 1982 begangenen Verbrechen getroffen wurden, siehe Par Engstrom und Gabriel Pereira, „From Amnesty to Accountability: Ebb and Flow in the Search for Justice in Argentina“, in Francesca Lessa und Leigh A. Payne (Hrsg.), *Amnesty in the Age of Human Rights Accountability: Comparative and International Perspectives*, S. 97–122.

167 Siehe das Höchste Dekret Nr. 355 (Chile): Gründung der Wahrheits- und Versöhnungskommission (Santiago, 25. April 1990), verfügbar unter: <http://www.usip.org/sites/default/files/file/resources/collections/commissions/Chile90-Charter.pdf> (letzter Zugriff: 28.09.2020). Laut dem ersten Paragrafen der Präambel des Dekrets wurde die Kommission im Hinblick darauf gegründet, „dass das moralische Bewusstsein der Nation verlangt, die Wahrheit über schwere Menschenrechtsverletzungen, die [in Chile] zwischen dem 11. September 1973 und dem 11. März 1990 begangen wurden, vor Gericht zu bringen“.

bzw. treffen sollten und die eine Amnestievorkehrung und die Gründung von Wahrheitskommissionen vorsahen, um die ganze Wahrheit festzustellen und die Wunden zu heilen. Die TGE erklärte nicht, warum Strafverfolgung – und nur Strafverfolgung – als „essenzielle“ Vorgehensweise angesehen wurde, um Frieden und Stabilität in Äthiopien wiederherzustellen.

Es ist wichtig festzuhalten, dass die Entscheidung der TGE, Versöhnung ganz und gar zurückzuweisen, gegen die Empfehlung internationaler Organisationen wie Human Rights Watch getroffen wurde, Äthiopien solle sich ausschließlich auf die Strafverfolgung der Hauptverantwortlichen konzentrieren.¹⁶⁸ Die Ablehnung außergerichtlicher Ansätze und die Fokussierung allein darauf, Tausende von Menschen vor Gericht zu stellen, war auch im Hinblick auf die Ressourcen ein Irrweg. Das Land hatte eine kaum funktionierende Justiz-Infrastruktur, welche die täglichen Streitigkeiten während der Übergangsperiode nicht angemessen lösen konnte. Viele erfahrene Richter hatten das Land während des Mengistu-Regimes aus Angst vor Verfolgung verlassen.¹⁶⁹

Vor allem aber gab es keinen öffentlichen Rückhalt für die Entscheidung der TGE, die Strafverfolgung der Versöhnung vorzuziehen; die EPRDF traf diese Entscheidung allein, ohne die Meinung der Opfer oder der Öffentlichkeit in dieser Angelegenheit angemessen zu berücksichtigen.¹⁷⁰ Entgegen der ursprünglichen Erklärung der TGE, sie würde Amnestievorkehrungen in Betracht ziehen, falls die äthiopische Bevölkerung dies wolle, gab es keine direkte oder indirekte Äußerung einer entsprechenden Meinung seitens der Öffentlichkeit gegenüber der TGE (sei es in Form eines Referendums, sei es in Form einer politischen Debatte).¹⁷¹ Sofern es überhaupt eine Beteiligung der Opfer gab, beschränkte sich Äthiopiens Politik in der Übergangsperiode auf die verstreuten Zusammenkünfte von Trauernden, denen es vor allem darum ging, etwas über den Verbleib der toten oder verschwundenen Opfer zu erfahren.¹⁷² Daher gab es keine angemessenen Diskussionen zwischen Opfern und Tätern, Opfern und Siegern oder Siegern und Besiegten.

168 Siehe Human Rights Watch, „Evil Days: 30 Years of War and Famine“, S. 376, verfügbar unter: <https://www.hrw.org/sites/default/files/reports/Ethiopia919.pdf> (letzter Zugriff: 20.09.2020).

169 Siehe Human Rights Watch, „Ethiopia: Reckoning under the Law“ (Human Rights Watch, 1. Dezember 1994), S. 19, verfügbar unter: <https://www.hrw.org/report/1994/12/01/ethiopia-reckoning-under-law> (letzter Zugriff: 28.09.2019); im Folgenden: Human Rights Watch, „Ethiopia: Reckoning under the Law“.

170 Siehe Demelash S. Reta, *National Prosecution and Transitional Justice: The Case of Ethiopia*. PhD Dissertation, University of Warwick School of Law, 2014, S. 186–187. Es ist jedoch bekannt, dass es seitens einiger Opfer und ihrer Familien, die Kampagnen gegen den Roten Terror organisiert hatten, Forderungen an die Regierung gab, die Täter vor Gericht zu stellen. Siehe auch Dadimos Haile, *Accountability for Crimes of the Past and the Challenges of Criminal Prosecution: The Case of Ethiopia*. Leuven 2000, S. 59–60.

171 Haile, *Accountability for Crimes of the Past and the Challenges of Criminal Prosecution*, S. 59–60.

172 Siehe Bridget Conley, *Memory from the Margins: Ethiopia's Red Terror Martyrs Memorial Museum*. Cham/Schweiz 2019, S. 85.

Andererseits zeigten Derg-Mitglieder ihre Bereitschaft, sich zu entschuldigen, wenn auch zumeist erst, als bereits Anklage gegen sie erhoben worden war. Es wurde berichtet, dass einige der von der TGE verhafteten Derg-Funktionäre die äthiopische Regierung ersuchten, einen Kurs der nationalen Versöhnung einzuschlagen, der ihnen Amnestie statt Strafverfolgung geboten hätte.¹⁷³ Dem Ersuchen zufolge erklärten die Derg-Beamten, dass „es nichts gibt und geben wird, was man tun könnte, um die Toten wieder zum Leben zu erwecken; es sollte eine nationale Versöhnung geben. Eine großmütige Entscheidung der Regierung ist die bessere Wahl, damit Wunden heilen und Ressentiments verschwinden.“¹⁷⁴

Als die Regierung ihrem Ersuchen nicht nachkam, brachten die Derg-Funktionäre das gleiche Argument in Form eines vorläufigen Einspruchs gegen ihre Anklage vor Gericht vor.¹⁷⁵ Doch das Bundesobergericht wies den Einspruch mit der Feststellung zurück, es liege nicht im Ermessen des Gerichts, Amnestie oder Versöhnung zu gewähren, und das Angebot der Angeklagten, sich bei der Bevölkerung zu entschuldigen, könne ein laufendes Verfahren nicht unterbrechen.¹⁷⁶

Ironischerweise tauchte die Bitte der Täter um Entschuldigung auch nach ihrer Verurteilung noch vor den Gerichten auf. In ihrer gemeinsamen Antwort auf die Strafverkündung ersuchten die Verurteilten im Fall *Mengistu et al.* das Bundesobergericht, die Tatsache zu berücksichtigen, dass sie die Regierung gebeten hatten, ihnen ein Forum zu bieten, sodass sie sich offiziell bei der äthiopischen Bevölkerung für die Verbrechen entschuldigen könnten, die während ihrer Zeit an der Macht begangen wurden.¹⁷⁷ Während der Strafphase bekräftigte das SPO seine frühere Haltung in der Angelegenheit und erklärte, die Angeklagten seien nie wirklich reumütig gewesen.¹⁷⁸ Das Bundesobergericht akzeptierte jedoch die Bereitschaft der Angeklagten, sich zu entschuldigen, als mildernden Umstand, obwohl es hinsichtlich ihrer Aufrichtigkeit skeptisch war.¹⁷⁹ Es befand gleichwohl, dass die Bitte um ein „Entschuldigungsforum“ als „eine gute Sache für die Zukunft“ angesehen werden könnte, „das heißt als eine Bitte, um Versöhnung herbeizuführen“.¹⁸⁰

Erst drei Jahrzehnte nach dem Sturz des Derg-Regimes begann Äthiopien, über die Bedeutung nationaler Versöhnung für die Lösung der komplexen politischen Pro-

173 Conley, *Memory from the Margins*, S. 167.

174 Siehe Conley, *Memory from the Margins*. Übersetzt vom Verfasser. Kontext und genauer Zeitpunkt des Ersuchens werden in den SPO-Akten nicht genannt. Es ist möglich, dass es erst gestellt wurde, nachdem die Entscheidung zur Strafverfolgung bereits verkündet worden war, zumal es keinen Beleg für ähnliche Ersuchen zu geben scheint, während die Angeklagten in Untersuchungshaft saßen.

175 FHC, *SPO v. Colonel Mengistu Hailemariam et al.* (Entscheidung über den vorläufigen Einspruch), 10. Oktober 1995, Akte Nr. 1/87, S. 94.

176 FHC, *SPO v. Colonel Mengistu Hailemariam*, S. 94.

177 FHC, *SPO v. Colonel Mengistu Hailemariam et al.* (Strafurteil), S. 10.

178 Ebd., S. 4.

179 Ebd., S. 14.

180 Ebd., S. 15.

bleme nachzudenken, die dem Land Unterdrückung und Gewalt gebracht hatten. So wurde 2019 eine Versöhnungskommission gegründet, um „unter den äthiopischen Völkern Frieden, Gerechtigkeit, nationale Einheit und Einigkeit sowie Versöhnung zu wahren“.¹⁸¹ Die Gründung der Kommission ist symptomatisch für die Tatsache, dass den Äthiopiern die Gelegenheit verwehrt wurde, ihre nationalen Probleme auf friedliche Weise zu diskutieren und zu lösen.

2.6 Aufarbeitungsgesetze

Zwei wichtige Gesetze können als grundlegend betrachtet werden für die Bildung und den Betrieb von Aufarbeitungsinstitutionen/-systemen im Nach-Derg-Äthiopien: die Charta für die Übergangsperiode von 1991 und die FDRE-Verfassung von 1994. Die Charta ist deshalb von Bedeutung, weil sie mit der Einsetzung der TGE einen Neuanfang für Äthiopiens rechtliche und politische Landschaft bedeutete. Insbesondere enthielt sie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und bekundete Respekt und Rückhalt für die individuellen Menschenrechte in Äthiopien. Als Antwort auf die kritischste Frage, die dem Kampf gegen den Derg zugrunde lag, bekräftigte die Charta das Recht der äthiopischen Völker auf Selbstbestimmung. Neben der Begründung eines neuen Kapitels in der politischen Ordnung Äthiopiens und dem Eintreten für die Gründung einer Wahl- und Verfassungskommission hob die Charta sämtliche Derg-Gesetze auf, die ihrem Inhalt und ihren Versprechungen zuwiderliefen.

Die folgenden Gesetzesakte zählen zu den wichtigsten Gesetzen, die zur Durchsetzung der Charta für die Übergangsperiode erlassen wurden, indem sie vom Derg-Regime verbotene Rechte und Aktivitäten wieder zuließen:

- Proklamation Nr. 87 von 1994 zur Gründung der Äthiopischen Privatisierungsbehörde¹⁸², ergänzt durch die Proklamation Nr. 52 von 1996. Die Privatisierungsbehörde hatte die Befugnis, öffentliche Unternehmen für die Privatisierung auszuwählen, zu evaluieren und vorzubereiten, womit die Derg-Proklamation zur Verstaatlichung der Produktionsmittel oder ihrer Überführung in öffentliches Eigentum aufgehoben wurde.

181 Proklamation Nr. 1102/2018 zur Gründung einer Versöhnungskommission, in Kraft getreten am 5. Februar 2019.

182 Proklamation Nr. 87 von 1994 zur Gründung der Äthiopischen Privatisierungsbehörde, in Kraft getreten am 17. Februar 1994, verfügbar unter: <https://chilot.me/wp-content/uploads/2011/01/proc-no-52-1996-ethiopian-privatization-agency-establishme.pdf> (letzter Zugriff: 20.03.2021).

- Proklamation Nr. 46 von 1993 zur Registrierung politischer Parteien,¹⁸³ ergänzt durch Proklamation Nr. 82 von 1994.¹⁸⁴ Sie beendete erfolgreich das Einparteiensystem des Derg. Ihre Bedeutung ist außerordentlich, weil es das Fehlen eines Gesetzes zur Sicherung eines Mehrparteiensystems war, das die politische Gewalt während des Derg-Regimes verstärkte.
- Proklamation Nr. 64 von 1993 zum Wahlgesetz für Äthiopien¹⁸⁵, das durch diese Proklamation aufgehoben wurde, um es mit der FDRE-Verfassung in Einklang zu bringen.
- Proklamation Nr. 24 von 1992 zur Gründung einer Verfassungskommission.¹⁸⁶ Dieses Gesetz bekräftigte nicht nur die Aufhebung der PDRE-Verfassung von 1987, sondern garantierte auch, dass eine ausgehandelte Verfassung in Äthiopien Wirklichkeit werden würde.

Ende 1994 ratifizierten gewählte Vertreter der Nationalitäten und Völker Äthiopiens die FDRE-Verfassung.¹⁸⁷ Diese stellt bis heute die bedeutendste rechtliche und politische Entwicklung Äthiopiens nach dem Derg dar. Abgesehen davon, dass sie eine verfassungsmäßige Basis für die Gründung verschiedener – anderswo in dieser Studie dargestellter – Institutionen bot, enthielt die Verfassung zwei Aspekte, die die vollständige Abkehr von den rechtlichen und politischen Vorgaben des Derg-Regimes markierten:

- **Demokratische und Menschenrechte:** Die Verfassung widmete ihr gesamtes Kapitel 3 der Festschreibung grundlegender Menschenrechte auf einem noch nie dagewesenen Niveau. Darüber hinaus sah sie unter den Artikeln 9 und 13 vor, dass internationale Menschenrechtsverträge, die von Äthiopien ratifiziert wurden, über der Verfassung standen. Was die Ratifizierungen betraf, die ebenfalls als wichtige Entwicklung in der Nach-1991-Ära Äthiopiens angesehen werden können, so trat Äthiopien 1993 den Menschenrechtsabkommen bei: dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Ein Jahr später ratifizierte Äthiopi-

183 Proklamation Nr. 46 von 1993 zur Registrierung politischer Parteien, in Kraft getreten am 15. April 1993, verfügbar unter: https://www.ilo.org/dyn/natlex/natlex4.detail?p_lang=en&p_isn=52400 (letzter Zugriff: 20.03.2021).

184 Ergänzungsproklamation Nr. 82/1994, in Kraft getreten am 28. Januar 1994, verfügbar unter: https://www.ilo.org/dyn/natlex/natlex4.detail?p_lang=en&p_isn=52400 (letzter Zugriff: 20.03.2021).

185 Proklamation Nr. 64 von 1993 zum Wahlgesetz für Äthiopien, in Kraft getreten am 23. August 1993, verfügbar unter: https://www.ilo.org/dyn/natlex/natlex4.detail?p_lang=en&p_isn=35190&p_county=ETH&p_classification=01 (letzter Zugriff: 20.03.2021).

186 Proklamation Nr. 24 von 1992 zur Gründung einer Verfassungskommission, in Kraft getreten am 18. August 1992, verfügbar unter: https://www.ilo.org/dyn/natlex/natlex4.detail?p_lang=en&p_isn=34098 (letzter Zugriff: 20.03.2021).

187 Für Details siehe die Verfassungsgeschichte Äthiopiens unter: <https://constitutionnet.org/country/constitutional-history-ethiopia> (letzter Zugriff: 20.03.2021).

- en das Abkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe.
- **Verpflichtung zur Strafverfolgung:** Wie in Abschnitt 2.2. dargestellt, enthielt die Verfassung eine Bestimmung (Artikel 28), wonach schwere Menschenrechtsverletzungen nicht der Amnestie oder Begnadigung durch die Regierung unterliegen. Dies war ein Versprechen, die Straffreiheit abzuschaffen, um sicherzustellen, dass sich Verbrechen wie die vom Derg begangenen nicht wiederholen.

2.7 Aktenzugang

Wie bereits erwähnt, übte der Derg seine Gewalt durch ein gut strukturiertes Repressionssystem aus, in welchem Anordnungen zur Verfolgung von Mitgliedern und Anhängern oppositioneller politischer Gruppen eine klar definierte und strenge Befehlskette zu durchlaufen hatten. Darin waren hochrangige Beamte ebenso involviert wie lokale Akteure auf *Kebele*-Ebene. Das übliche Prozedere war eingespielt, folgte klar definierten Stufen und war oft begleitet von Sitzungsprotokollen, die Mitglieder der Koordinationsausschüsse der revolutionären Kampagnen verfassten. Diese Vorgänge gelten als akribisch erfasst und aufbewahrt – die Täter machten audiovisuelle Aufzeichnungen von Foldersitzungen, bevor sie ihre Opfer ermordeten. Gefängnisverwaltungen führten penibel Buch über Inhaftierungen und Hinrichtungen, möglicherweise als Nachweis für die Befolgung höherer Befehle und Kampagnen zur Eliminierung von Antirevolutionären.

Der Abgang des Derg war so abrupt, dass das Regime keine Zeit hatte, die Beweise seiner gut dokumentierten Gewalt zu vernichten. Die an die Macht kommenden Kräfte hatten ungehinderten Zugang zu sämtlichen Archiven des Derg. Vielleicht war das einer der Gründe, weshalb die TGE beschloss, den Derg strafrechtlich zu verfolgen. In einem Bericht aus dem Jahr 1994 mit dem Titel „Der Sonderermittlungsprozess zu Kriegsverbrechern und Menschenrechtsverletzern in Äthiopien“ gab das SPO bekannt, dass es „zehnmal mehr Beweise [habe] als notwendig, um zahlreiche der Verhafteten und viele der ins Exil Geflohenen wegen schwerer Straftaten erfolgreich strafrechtlich zu verfolgen“.¹⁸⁸ Laut Engelschiøn, einem norwegischen Experten, der dem SPO in den 1990er-Jahren assistierte, ist es zweifelhaft, ob es „irgendwelche anderen Fälle mit Bezug zu Kriegsverbrechen und Verletzungen des Humanitären Völkergewohnheitsrechts [gibt], bei denen man eine solche Menge schriftlichen Materials als Beweis zur Verfügung hat“.¹⁸⁹ Eine Ausnahme bildet die Tatsache, dass es dem SPO aufgrund der

¹⁸⁸ SPO, „Report of the Office of the Special Prosecutor 1994: The Special Prosecution Process of War Criminals and Human Rights Violators in Ethiopia“, in Neil J. Kritz (Hrsg.), *Transitional Justice: How emerging democracies reckon with former regimes; Laws, Rulings and Reports*. Washington DC 1995, S. 559–574.

¹⁸⁹ SPO, „Report of the Office of the Special Prosecutor 1994“, S. 26.

Abspaltung Eritreas und der Unwiederbringlichkeit der militärischen Kommunikés der Militärbasis des Derg in Asmara, der Hauptstadt Eritreas, an verlässlichen und hinreichenden Beweisen für die von ihm verhandelten Fälle von Kriegsverbrechen fehlt.¹⁹⁰

Doch der Aktenzugang könnte für Forscher, Wissenschaftler und Journalisten ein schwieriges Unterfangen sein. Nachdem das SPO im Jahr 2010 seine Strafverfolgung beendet hatte, wurden seine Akten aus Gründen der nationalen Sicherheit an einen unbekanntem Ort verbracht – und waren hinfort für die Öffentlichkeit unerreichbar. Und auch wenn die Bibliothek des Hauses der Volksrepräsentanten in Addis Abeba über eine Sammlung alter Gesetze und Dokumente verfügt, die während des militärischen Übergangs im Mai 1991 der Zerstörung entging, erteilt sie nur selten die Erlaubnis, diese Unterlagen zu fotografieren oder zu scannen. Keine einzige Bibliothek bietet vollständigen Zugang zu den Derg-Akten.

Auch Dokumente bezüglich der Derg-Prozesse sind nicht leicht zugänglich. Die Fälle sind nicht ohne Weiteres verfügbar, weil es in Äthiopien keine Amtsblätter gibt, die Gerichtsurteile veröffentlichen,¹⁹¹ wie bereits von Kommentatoren festgestellt wurde, die sich um eine ausführlichere Diskussion der äthiopischen Prozesse bemüht haben.¹⁹² Wo Zugang durch offizielle Kanäle und institutionelle Hilfe gewährt wird, ist das Auffinden einiger Dokumente in den Gerichtsarchiven überaus zeitaufwändig, weil Akten oft falsch eingeordnet oder von ihrem angeblichen Originalplatz verlegt wurden und niemand da ist, um zu helfen. Zudem dürfte eine Sprachbarriere, insbesondere in Hinblick auf internationale Kommentatoren, dazu geführt haben, dass die historischen, politischen und rechtlichen Aspekte der Aufarbeitung in Äthiopien keinerlei umfassender Kritik unterworfen wurden.¹⁹³

Was Akten und Archive betrifft, so sei darauf hingewiesen, dass Äthiopien eine für Nationalarchiv und Nationalbibliothek zuständige Behörde hat, die durch Proklamation Nr. 179/1999 als autonomes Organ gegründet wurde.¹⁹⁴ Nationalarchiv und Bibliothek befinden sich in Addis Abeba und stehen Forschern und Historikern offen. Ziel der Gründung der Behörde für das Nationalarchiv ist es, die Informationsressourcen des Landes zu sammeln, systematisch zu erfassen, zu sichern und für Studien- und Forschungszwecke verfügbar zu machen. Eine der Aufgaben des Nationalarchivs

190 Ebd., S. 432.

191 Erst 2005 wurde ein Gesetz erlassen, das den Obersten Bundesgerichtshof verpflichtet, verbindliche Entscheidungen seiner Kassationskammer zu veröffentlichen. Siehe Proklamation Nr. 454/2005 zur Abänderung der Proklamation zu den Bundesgerichten, Artikel 2 (1), Paragraph 2.

192 Siehe Mahmoud Cherif Bassiouni, *International Criminal Law: International Enforcement*. 3. Ausgabe, Leiden 2008, S. 311.

193 Firew K. Tiba, „Mass Trials and Modes of Criminal Responsibility for International Crimes: The Case of Ethiopia“, in Kevin Jon Heller und Gerry Simpson (Hrsg.), *The Hidden Histories of War Crimes Trials*. Oxford 2013, S. 310–311.

194 Proklamation Nr. 179/1999 zu den Nationalen Archiven und Bibliotheken, in Kraft getreten am 29. Juni 1999.

war es, Akten von nicht mehr existenten Regierungsbehörden oder -institutionen sowie herrenlose Archive zu erwerben und zu sichern.¹⁹⁵ Doch ob das SPO die Tausende von Beweisstücken, die es gesammelt hat, um sein Verfahren gegen Derg-Beamte zu untermauern, dem Archiv übergeben hat, ist nicht klar.

2.8 Gedenkort

Es gibt zwei Kategorien von Gedenkort, um an die Gewalt des Derg-Regimes zu erinnern: 1) Gedenkort für Opfer und 2) Denkmäler, die an den bewaffneten Kampf erinnern. Ein näherer Blick auf die Art der installierten Gedenksymbole erweist, dass das Land dem Gedenken an den bewaffneten Kampf weit mehr Aufmerksamkeit schenkt als dem an die Opfer. Gedenkstätten für die Opfer des Derg gibt es relativ wenige, und sie verdanken sich den Bemühungen der Opferfamilien.

2.8.1 Gedenkort für Opfer

1) Die Gedenkstätte der Heiligsten Dreifaltigkeit für frühe Märtyrer

Unmittelbar nach dem Sturz des Derg bemühten sich Opferfamilien auf alle erdenkliche Weise, die Leichen ihrer Angehörigen zu finden und zu exhumieren, um sie neu zu bestatten. Die meisten Exhumierungen fanden statt, bevor die TGE hinsichtlich der Opfer oder der Verbrechen des Derg irgendwelche bedeutsamen Entscheidungen getroffen hatte. In Addis Abeba exhumierten Opferfamilien die Leichen von 59 Beamten, die in Massengräbern auf dem Gelände des Karchale-Gefängnisses verscharrt worden waren. Auch exhumierten sie weitere Beamte und Würdenträger, die der Derg im Juli 1978 hingerichtet hatte. Die Leichen von 68 Märtyrern wurden auf dem Friedhof der Kathedrale der Heiligsten Dreifaltigkeit in Addis Abeba wiederbestattet, wo am 26. Juli 1992 von den Opferfamilien eine Gedenkstätte angelegt worden war. Das Denkmal zeigt die Profile der Opfer und ist für Besucher geöffnet. Gelegentlich versammeln sich dort die Familien der Opfer, um der Märtyrer zu gedenken. Das jüngste Gedenktreffen fand am 24. November 2020 statt, am 46. Jahrestag der Massenhinrichtung von 1974.

2) Der Gedenkstein

Der erste Schritt zur Ehrung der Gewaltopfer des (überwiegend) vom Derg begangenen Roten Terrors wurde am 28. Mai 1994, dem 3. Jahrestag der Übergangsregierung, verkündet, als am Meskel-Platz in Addis Abeba ein Gedenkstein aufgestellt wurde. Um die Bedeutung dieses Schrittes zu betonen, erklärte der damalige Präsident der TGE,

¹⁹⁵ Ebd., Artikel 8 (4).

der inzwischen verstorbene Melese Zenawi, dass „wir diesen Gedenkstein in Erinnerung an diejenigen errichten, die für ihren Kampf für Demokratie und Gerechtigkeit ermordet wurden“.¹⁹⁶ Der Gedenkstein sollte offensichtlich nicht als dauerhaftes Denkmal dienen, sondern als Grundstein für ein künftiges Mahnmal. Er war lediglich ein kleiner rechteckiger Stein, der vor dem Addis-Abeba-Museum aufgestellt wurde.

Doch diesem Gedenkstein wurde nichts hinzugefügt, um ihn als Erinnerung an die Vergangenheit sichtbar zu machen; er wurde zu einem im Staub des Straßenrands vergessenen Stein. Im Gegensatz dazu haben sich die zuvor in Addis Abeba errichteten Denkmäler ein auffälliges Erscheinungsbild bewahrt, wobei jedes von einer weiten Freifläche umgeben ist. Beispiele hierfür sind das 28 Meter hohe Yekatit-12-Monument, das an ein 1937 von italienischen Streitkräften begangenes Massaker erinnert, und ein 50 Meter hoher Obelisk zum Gedenken an den 1977 vom Derg geführten Krieg zur Niederschlagung der somalischen Invasion.

3) Das Museum zum Gedenken der Märtyrer des Roten Terrors (RTMMM)

Der zweite und bedeutendste Gedenkort in Addis Abeba ist das Museum zum Gedenken der Märtyrer des Roten Terrors (RTMMM), das 2010 ganz in der Nähe des Gedenksteins errichtet wurde. Es resultierte aus einer Nichtregierungsinitiative der Vereinigung der Überlebenden des Roten Terrors, ihrer Familien und Freunde, einer zivilen Vereinigung, die am 15. September 2003 gegründet wurde. Der Museumsbau wurde durch private Spenden finanziert, die auf von Mitgliedern der Vereinigung organisierten Benefizveranstaltungen gesammelt wurden. Die Hälfte des Spendenaufkommens, 7 Millionen äthiopische Birr, steuerte Scheich Mohammed Hussein Al Amoudi bei, der reichste Einwohner Äthiopiens.¹⁹⁷

Das RTMMM dient als Gedenkstätte für die Opfer, die während des Roten Terrors gefoltert und getötet wurden. Trotz seiner relativ kleinen Fläche werden dort Folterinstrumente, Schädel und Knochen, Särge, blutverschmierte Kleidungsstücke und Fotografien der Opfer ausgestellt. Einer der Mängel des Museums ist die Tatsache, dass es ohne klare Definition der Frage errichtet wurde, wer als Opfer zählt. Die große Mehrheit derjenigen, die vom RTMMM als Opfer angesehen werden, waren Mitglieder der EPRP, was Fragen nach der Repräsentation anderer Opfergruppen aufwirft.

4) Das Menschenrechtsdenkmal der Afrikanischen Union (AUHRM): *Alem Bekagn*

2008 wurde das Hauptquartier der Afrikanischen Union (AU) mit chinesischen Mitteln an einem Ort neu errichtet, an dem zuvor das *Alem Bekagn* gestanden hatte, der berühmteste Teil des zu Beginn der 1920er-Jahre von Haile Selassie errichteten Zentralgefängnisses. Das *Alem Bekagn* (wörtlich „Abschied von der Welt“) wurde vom Derg als Haft- und Folterzentrum für Mitglieder der politischen Opposition genutzt. Es war

¹⁹⁶ Conley, *Memory from the Margins*, S. 85.

¹⁹⁷ Ebd., S. 142.

auch der Ort, an dem am 24. November 1974 59 Beamte des Haile-Selassie-Regimes hingerichtet worden waren. Die AU-Kommission wurde dafür kritisiert, dass sie ihr Hauptquartier an einem Ort errichtete, an dem zahlreiche Opfer gefoltert und getötet worden waren.

Angesichts dieser Kritik und in der Absicht, eine größere Gedenkstätte für die an verschiedenen Orten in Afrika begangenen Gräueltaten zu errichten, begann die AU-Kommission mit der Ausführung eines Plans, der bereits in ihrer Resolution vom 7. April 2004 enthalten war. Diese Resolution versprach anlässlich des 10. Jahrestages des Genozids in Ruanda, ein Menschenrechtsdenkmal für die Opfer des ruandischen Völkermords und des äthiopischen Roten Terrors zu errichten.¹⁹⁸ Dieses Projekt sollte die Pflicht zur Erinnerung manifestieren, den Opfern Anerkennung verleihen und einen Ort des Trauerns und der Volksbildung schaffen. Zusätzlich zur Gedenkstätte des Roten Terrors sollte es Denkmäler für den ruandischen Genozid, die Apartheid und die Sklaverei umfassen. Doch beschränkt sich die Gedenkstätte des Roten Terrors der AU-Kommission in Wirklichkeit darauf, auf ihrer Website kurze Bemerkungen und Erzählungen von Überlebenden des Roten Terrors zu veröffentlichen.¹⁹⁹ Lediglich ein kleiner Gedenkstein wurde im AU-Hauptquartier aufgestellt, um an das *Alem Bekagn* zu erinnern.

2.8.2 Gedenkstätten für den bewaffneten Kampf: Opfer oder Sieger?

Zwei auf gewisse Weise miteinander verbundene Formen der Gewalt kennzeichnen die Verfolgung während der Derg-Ära. Die eine Form der Gewalt wurde unabhängig von bewaffneten Konflikten sowohl von zivilen als auch von militärischen Beamten gegen die Zivilbevölkerung ausgeübt. Dazu zählten der Rote Terror und andere Gewaltkampagnen, die der Derg unternahm, um Mitglieder oppositioneller Gruppen in den Städten und Ortschaften überall im Land zu eliminieren. Die zweite Form der Gewalt stand in direktem Zusammenhang mit den zahlreichen langwierigen bewaffneten Konflikten zwischen dem Derg und den Aufständischen. Die gefährlichste Rebellengruppe war die EPRDF, die gemeinsam mit der OLF und der EPLF den Derg besiegte. Die EPRDF, die Äthiopien in den vergangenen drei Jahrzehnten nach dem Sturz des Derg regierte, war eine Koalition aus drei Organisationen: der TPLF, der National-Demokratischen Bewegung der Amharen (ANDM) und der Demokratischen Organisation (später Partei) des Oromovolkes (OPDO). Zur Erinnerung an ihren bewaffneten Kampf und ihren Sieg über das Derg-Regime haben die drei Gruppierungen in den jeweils von ihnen vertretenen Regionen Gedenkstätten errichtet:

¹⁹⁸ Für Details siehe Alex de Waal, „AlemBekagn: the African Union’s accidental human rights memorial“, in *African Affairs* 112/447 (2013), S. 191–215.

¹⁹⁹ Siehe <http://alembekagn.org/au-memorials/106-the-Red-Terror-memorial> (letzter Zugriff: 20.03.2021).

1) Das Museum und Denkmal zur Erinnerung an die Tigray-Märtyrer

Die erste Gedenkstätte dieser Art war das 1995 eröffnete Museum und Denkmal zur Erinnerung an die Tigray-Märtyrer (TMMMM), errichtet zum Gedenken an den Kampf der TPLF gegen den Derg. Das im Zentrum von Mek'ele, der Hauptstadt der Region Tigray, hoch aufragende TMMMM wurde angeblich durch private Spenden finanziert. Jeder TPLF-Soldat spendete vier Monatsgehälter, um das Denkmal zu realisieren. Zusätzlich zu dem Museum und dem turmartigen Denkmal wurde im Sockel des Letzteren eine Ewige Flamme entzündet, um an das Hawzen-Massaker vom 22. Juni 1988 zu erinnern.

2) Das Denkmal und Museum zur Erinnerung an die Märtyrer der Völker der Amhara-Region

Ein Jahrzehnt nach der Eröffnung des TMMMM beschloss die Regionalregierung von Amhara 2006, eine ähnliche Gedenkstätte zu errichten, um die ANDM-Soldaten und die Völker der Amhara-Region zu ehren, die gegen das brutale Derg-Regime gekämpft hatten. Gedenkstätte und Museum wurden 2009 in Bahir Dar eröffnet, der Hauptstadt der Provinz Amhara. Die Gedenkstätte wurde am Ufer des Nils errichtet und besteht aus einem Amphitheater, einem Museum, einer Bibliothek, einer Kunstgalerie, einem Denkmal, einer Versammlungshalle und einer Cafeteria.

Eine auf dem Gelände aufgestellte Statue wurde im Dezember 2020 auf Beschluss der Regionalregierung von Amhara beseitigt.²⁰⁰ Das Standbild, ein Krieger zu Pferd mit gesenktem Haupt, wurde der TPLF zugeschrieben und als der Geschichte und Psychologie des Amhara-Volkes nicht angemessen erachtet.

3) Das – nicht vollendete – Museum und Denkmal zur Erinnerung an die Oromo-Märtyrer

2004 eröffnete die Regierung der Region Oromia eine Gedenkstätte in Adama, einer Stadt nahe der Regionalshauptstadt Finfinne (Addis Abeba). Die Anlage ähnelt den Gedenkstätten in Bahir Dar und Mek'ele. Sie soll alle Oromo ehren, die sich am Kampf gegen den Derg beteiligt haben, und wurde von der OPDO finanziert. Außer dem Denkmal, das den Freiheitskampf des Oromo-Volkes symbolisieren und seine Kultur für die Zukunft bewahren soll, ist der Großteil der Gedenkstätte noch nicht zugänglich. Ein geplantes Museum wurde noch nicht fertiggestellt. Einige der Räume überließ man den regionalen Sicherheitskräften als Schlafräume.²⁰¹ Angesichts der Tatsache, dass die OPDO als Nachzügler im Kampf gegen den Derg angesehen wird und ihre Beteiligung an der EPRDF-Koalition zum Ausschluss der OLF (der bei Weitem ältesten Organisation des Freiheitskampfes der Oromo) vom politischen Geschehen während

²⁰⁰ Siehe <https://www.ethio-telecom.net/watch.php?vid=be8b392e1> (letzter Zugriff: 20.03.2021).

²⁰¹ Conley, *Memory from the Margins*, S. 85.

der Übergangsperiode geführt hat, ist zu bezweifeln, ob das Volk der Oromo die Adama-Gedenkstätte als einen Ort betrachtet, der seinen Kampf gegen den Derg repräsentiert.

2.9 Gedenkveranstaltungen

In Äthiopien gibt es keine offiziell anerkannten, regelmäßigen Gedenktage oder -veranstaltungen, um an die Opfer des Derg-Regimes zu erinnern. Es gibt keine Daten zum Gedenken an den Beginn oder das Ende des Roten Terrors, an das Hawzen-Massaker vom 22. Juni 1988, das 1.-Mai-Massaker von 1977 oder die Massenhinrichtung vom 4. November 1974. Generell verweisen die öffentlichen Feiertage in Äthiopien nicht auf die Verfolgungskampagnen und die Opfer des Derg-Regimes.

Selbst die Äthiopische Orthodoxe Kirche (EOC) hat keinen Gedenktag festgelegt, um an die von den Derg-Schergen verübte Inhaftierung und Ermordung ihres Patriarchen Abune Theophilos zu erinnern. Dieses Schweigen der Kirche ist paradox angesichts ihrer früheren Tradition des Gedenkens der ermordeten Patriarchen. Zum Beispiel hat die EOC Abune Petros heiliggesprochen, einen Patriarchen, der am 29. Juli 1936 von der italienischen Armee in Addis Abeba ermordet worden war, und eine Kirche errichtet, die seinen Namen trägt.

Dennoch weisen zwei wichtige Gedenktage Bezüge zum Übergang vom Derg-Regime zur FDRE auf. Der erste ist der „Sturz des Derg“, der alljährlich am 28. Mai begangen wird. Dabei halten Regierungsvertreter Reden und führen Veranstaltungen durch, um den Sieg der EPRDF über die Derg-Streitkräfte zu feiern. Ironischerweise heben die Gedenkfeiern am 28. Mai den langen und blutigen Bürgerkrieg in einer Weise hervor, die den Opfern des Roten Terrors und anderer Gewaltkampagnen, welche keinen direkten Bezug zum bewaffneten Konflikt zwischen dem Derg und den Aufständischen aufweisen, weniger Bedeutung beizumessen scheint.

Der zweite Gedenktag ist der „Tag der Nationen, Nationalitäten und Völker“, der alljährlich am 8. Dezember begangen wird, dem Tag, an dem die FDRE-Verfassung von 1994 in Kraft trat, die die Rechte und Gleichheit der Nationalitäten und Völker Äthiopiens garantiert. An diesem Tag richtet jedes Jahr eine andere Regional- oder Stadtverwaltung ein Fest aus, auf dem die verschiedenen ethnischen Gruppen durch Live-Darbietungen ihre Kultur präsentieren, um die Diversität und Einheit der äthiopischen Völker und Gruppen zu demonstrieren. Diese Feierlichkeiten sollen die deutliche Abkehr der FDRE von der Politik des Derg-Regimes bezeugen, unter dem die Diversität der ethnischen Gruppen und die Selbstverwaltung der Regionen nicht anerkannt wurden.

2.10 Aufarbeitungsinstitutionen

Wie bereits erwähnt, wurde Äthiopiens Übergangsperiode nach dem Derg-Regime von der TGE angeführt, die wiederum von der TPLF-EPRDF kontrolliert wurde. Die TPLF war vor allem damit beschäftigt, ihren Zugriff auf die Macht zu konsolidieren. Angesichts der damaligen Verhältnisse war klar, dass sie die Errichtung von Übergangsinstitutionen nicht zu ihrer Priorität machen würde. So berief die TGE zum Beispiel keine internationale oder nationale Ermittlungskommission ein, sei es *ad hoc* oder dauerhaft, um die Verbrechen des Derg-Regimes zu untersuchen. Auf die Notwendigkeit, eine solche Kommission einzurichten, wurde die TGE im September 1991 von African Watch und Amnesty International hingewiesen, ein Alarmruf, den die TGE ignorierte.²⁰²

Wie ebenfalls bereits erwähnt (siehe die Abschnitte 2.4. und 2.5.), war die TGE nicht bereit, eine Wiedergutmachungs- und Versöhnungskommission einzuberufen. Die bedeutsamste Aufarbeitungsinstitution, die sie gründete, war das SPO. Gegründet mit dem vorrangigen Auftrag, den Derg für zwischen 1974 und 1991 begangene Verbrechen strafrechtlich zu verfolgen, musste das SPO tatsächlich sowohl als Polizei- als auch als Strafverfolgungsbehörde fungieren, indem es sowohl die Ermittlung als auch die Strafverfolgung der Verbrechen der Derg-Ära durchführte.

Zusätzlich trug das SPO die Verantwortung dafür, die historische Wahrheit bezüglich der während der Derg-Ära begangenen Gräueltaten herauszufinden. Gemäß Paragraph 5 der Präambel der SPO-Proklamation war das SPO dafür verantwortlich, „für die Nachwelt die brutalen Straftaten und die Veruntreuung von Eigentum zu erfassen, die gegen das äthiopische Volk begangen wurden“.²⁰³ Dieses zweite Mandat gebot, wie die Proklamation ergänzte, „das Interesse der gerechten historischen Sache“.²⁰⁴

Angesichts des Fehlens irgendeiner Anleitung in der Proklamation scheint das SPO sein zweites Mandat als darauf beschränkt verstanden zu haben, eine „gerichtliche Wahrheit“ zu dokumentieren und zu berichten, d. h. eine Wahrheit, die durch Gerichtsverfahren aufgedeckt wurde. Da die Zusage der Nichtverfolgung in Form einer Amnestie vom Tisch war, dürfte es das Ziel der TGE gewesen sein, die Wahrheit durch Gerichtsverfahren herauszufinden. Doch später ließ das SPO selber die Aufgabe fallen, über die Wahrheit Bericht zu erstatten, und konzentrierte sich allein auf die Strafverfolgung.²⁰⁵ Das *Dem Yazele Dossie* (wörtlich „blutgetränktes Dossier“) ist der einzige

202 Siehe „Evil Days: 30 Years of War and Famine“, S. 15, 377–379; Amnesty International, „Ethiopia: End of an Era of Brutal Repression“, S. 47.

203 Siehe Proklamation Nr. 22/1991 zur Einrichtung eines Sonderermittlungsbüros, in Kraft getreten am 8. August 1992, Präambel, Paragraph 5, verfügbar unter: <http://www.ethcriminalawnetwork.com/system/files/SPO-%20proclamation.pdf> (letzter Zugriff: 20.03.2021).

204 Ebd.

205 Priscilla Hayner, „Past Truths, Present Dangers: The Role of Official Truth Seeking in Conflict Resolution and Prevention“, in Paul Stern und Daniel Druckman (Hrsg.), *International Conflict Resolution after the Cold War*. Washington D. C. 2000, S. 338–382, hier S. 349.

Bericht, den das SPO kurz vor seiner Schließung 2010 allgemein zugänglich veröffentlichte.²⁰⁶ Selbst dieser Bericht bot nur eine höchst selektive Darstellung lediglich derjenigen Verbrechen, die von höchstrangigen Derg-Beamten begangen worden waren.

Neben dem SPO haben die äthiopischen Gerichte eine zentrale Rolle bei den Bemühungen gespielt, die Täter vor Gericht zu bringen. Die TGE schuf keinen Sondergerichtshof. Die Verfahren mussten vor den regulären Gerichten durchgeführt werden. Anfangs war es das Bundesobergericht (*Federal High Court*, FHC), welches die Zuständigkeit erhielt, Fälle der Derg-Ära zu prüfen. Später, als die Strafverfolgung auf Verbrechen im ganzen Land ausgedehnt wurde, musste das FHC die Zuständigkeit an die regionalen Obersten Gerichte delegieren. Infolgedessen waren fünf regionale Oberste Gerichte in die Derg-Verfahren involviert:

1. das Oberste Gericht der Verwaltungsregion Amhara (in Bahir Dar und Dese);
2. das Oberste Gericht der Verwaltungsregion Harar (in Harar);
3. das Oberste Gericht der Verwaltungsregion Oromia (in Assela und Jimma);
4. das Oberste Gericht der Verwaltungsregion der südlichen Nationen, Nationalitäten und Völker (in Awassa); und
5. das Oberste Gericht der Verwaltungsregion Tigray (in Mek'ele).

Das Oberste Bundesgericht diente als Berufungsgericht für Fälle, die die fünf regionalen Obergerichte und das FHC geprüft hatten. Zahlreiche Entscheidungen zu Fragen der Auslegung von auf die Derg-Fälle angewandten Gesetzen wurden auch vom Kassationsgericht des Obersten Gerichtshofs gefällt.

2.11 Opferverbände

Der Sturz des Derg-Regimes führte zu zahlreichen informellen Zusammenkünften von Opferfamilien. In den frühen 1990er-Jahren führten Opferfamilien informelle Diskussionen in Zirkeln, die seinerzeit als „Komitees der Opfer des Roten Terrors“ bezeichnet wurden. Diese stellten keine offiziellen Vereinigungen dar und konzentrierten sich hauptsächlich darauf, die Verschwundenen zu lokalisieren und die Leichen ihrer Angehörigen zu exhumieren. Sie waren überwiegend Zusammenkünfte von Trauernden, und sie versuchten nicht, im Namen der Opfer in Hinblick auf Gerechtigkeit oder Wahrheit und Erinnerung tätig zu werden. Wie bereits erwähnt, gelang es jedoch einigen Opferfamilien, eine dauerhafte Gedenkstätte zu errichten. Vor allem die bereits erwähnte Gedenkstätte der Heiligsten Dreifaltigkeit für die 68 zwischen 1974 und 1978 vom Derg ermordeten Opfer war das Ergebnis des Engagements von Opferfamilien.

Am 15. September 2003 wurde offiziell eine formellere Opfervereinigung ins Leben gerufen: Die Vereinigung der Überlebenden des Roten Terrors, ihrer Familien und Freunde, die in Äthiopien als zivilgesellschaftliche Organisation registriert wurde.

²⁰⁶ Siehe *Dem Yazele Dossie*.

Zu ihren Mitgliedern gehörten die Überlebenden der Gewaltherrschaft, Opferfamilien (Eltern, Geschwister und Kinder derjenigen, die gelitten hatten und ums Leben kamen) sowie Freunde (diejenigen, die die Ziele und Programme der Vereinigung unterstützten). Der Vereinigung gelang es, sichtbare Schritte zu unternehmen, um die Opfer des Derg zu ehren und die Nach-Derg-Bemühungen zu unterstützen, im Land ein demokratisches Regierungssystem aufzubauen.

Was die Erinnerung und das Gedenken betrifft, so war das RTMMM ein Ergebnis des Engagements der Vereinigung. Sie hatte das Museum nicht nur geplant und finanziert, sondern war auch verantwortlich für seinen Betrieb und Unterhalt. Auch war die Vereinigung bemüht, mit Betroffenen zusammenzuarbeiten, um Zugang zu Dokumenten des Derg-Regimes zu erhalten, wenn auch ohne Erfolg.

Um eine politische Kultur zu entwickeln, die im Gegensatz zu dem, was unter dem Derg-Regime der Fall war, auf einer Vielfalt von Ideen beruhte, beteiligte sich die Vereinigung der Überlebenden des Roten Terrors, ihrer Familien und Freunde an Vorwahl-Aktivitäten. Es gelang ihr, im Jahr 2005 eine Diskussionsrunde zwischen der regierenden Partei, der EPRDF, und oppositionellen Gruppen zu veranstalten. Sie versuchte auch, die politischen Parteien dahingehend zu beeinflussen, dass sie offizielle Zusagen machten, die Wahlergebnisse zu akzeptieren und auf Gewalt zu verzichten. Leider waren diese Bemühungen vergeblich, denn nach den 2005er Wahlen kam es zu blutiger Gewalt sowohl von Seiten der Regierungskräfte als auch von Anhängern der Oppositionsgruppen.

2.12 Maßnahmen im Bildungssystem

Unter dem Einfluss von Bildungsberatern aus befreundeten Staaten wie der Sowjetunion und der DDR war das Bildungssystem unter dem Derg-Regime in hohem Maße politisiert und diente der ideologischen Indoktrination, indem es sämtlichen Schülern und Studenten sozialistische Ideen einflößte. Gleichwohl ist nicht zu leugnen, dass es dem Derg-Regime gelang, die Analphabetenrate des Landes trotz seiner Verfolgungspolitik und des anhaltenden bewaffneten Konflikts zu senken. Der Sturz des Derg führte zu erheblichen Veränderungen in Äthiopiens Bildungssystem.

1994 beschloss die TGE Äthiopiens erste Nach-Derg-Reform des Bildungssektors, das Bildungs- und Ausbildungsprogramm (*Education and Training Policy*, ETP). Es spiegelte die Mängel des Bildungssystems während der Derg-Ära wider und benannte bestimmte Vorhaben, von denen man annahm, dass sie das Land auf den Weg führten, die Ziele der 1991er-Revolution zu erreichen. Wie es im ETP heißt, sollte die Bildungsreform die Weichen stellen, um „die komplexen Probleme, in die das Land durch die vorhergehenden diktatorischen, egozentrischen und überheblichen Regime

gestürzt wurde“, zu überwinden.²⁰⁷ Entsprechend hob das ETP hervor, dass die spezifischen Bildungsziele im neuen Äthiopien unter anderem die Folgenden seien:

- eine Bildung zu bieten, die demokratische Kultur, Toleranz und die friedliche Lösung von Problemen fördert und den Sinn dafür schärft, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen;
- eine Bildung zu bieten, die Bürger hervorbringt, welche für demokratische Einheit, Freiheit, Gleichheit, Würde und Gerechtigkeit stehen und mit moralischen Werten ausgestattet sind;
- das Recht von Nationen/Nationalitäten anzuerkennen, in ihrer eigenen Sprache zu lernen.

Um schulische Projekte voranzutreiben, war das Erste, was die äthiopische Regierung unternahm, die Aufhebung der Derg-Proklamation zum Verbot privater Schulen. In allen Regionen wurde ein System eingeführt, aufgrund dessen privaten Investoren kostenlos oder zum Nominalpreis Land zur Verfügung gestellt wird, um Schulen zu bauen. In größeren Städten und Gemeinden haben Privatinvestoren zahlreiche Kindergärten, Grund- und Sekundarschulen, technische und berufsbildende Schulen sowie Hochschulen eröffnet.²⁰⁸

Eine der wichtigsten Lehrplan-Errungenschaften im Nach-Derg-Äthiopien ist die Einführung eines Kurses zur staatsbürgerlichen und ethischen Erziehung an sämtlichen Schulen (Grund-, Sekundar-, weiterführende und höhere Schulen). Der Kurs soll die Schüler befähigen, ihre gesellschaftlichen Rechte und Pflichten zu kennen und in Gleichberechtigung, gegenseitigem Respekt und Vertrauen in ihre Mitbürger zu leben.²⁰⁹ Es wurden Anstrengungen unternommen, um die staatsbürgerliche und ethische Erziehung von der politischen Erziehung während des Derg-Regimes abzuheben. Ab den Sekundarschulen konzentriert sich der Kurs auf die Vermittlung der Grundsätze der äthiopischen Verfassung und der humanen und demokratischen Rechte der äthiopischen Nationen, Nationalitäten und Völker. In der Tat soll der Kurs staatsbürgerliches Bewusstsein schaffen hinsichtlich der politischen Transformation des Landes vom brutalen Derg-Regime hin zur FDRE-Regierung und zu demokratischen Garantien.

Die umfassendere Vermittlung von Menschenrechten sollte, abgesehen von einer kurzen Einführung in den staatsbürgerlichen und ethischen Kursen, zumindest in der Theorie durch die Arbeit der Äthiopischen Menschenrechtskommission und der juristischen Fakultäten vollbracht werden. Erstere wurde in der Tat mit dem Ziel gegründet, das öffentliche Bewusstsein für Menschenrechte zu schärfen, was sie zusätzlich zu ihren beiden anderen Aufgaben erfüllen sollte: sicherzustellen, dass die Menschen-

207 Siehe „The Education and Training Policy and Its Implementation“, Äthiopisches Bildungsministerium, Februar 2002, S. 68.

208 Ebd.

209 Ebd., S. 33–34.

rechte geschützt, respektiert und voll durchgesetzt werden, und dafür zu sorgen, dass dort, wo sie verletzt wurden, die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden.²¹⁰

Die äthiopischen juristischen Fakultäten haben für ihren Bachelor-Studiengang einen landesweit einheitlichen Lehrplan, in dem die Menschenrechte einen der Hauptkurse bilden.²¹¹ Doch der Fokus liegt vor allem auf den Grundlagen und Prinzipien der internationalen Menschenrechtsgesetze, während Bezüge zu den Menschenrechtsverletzungen während des Derg-Regimes dem Ermessen überlassen bleiben. Es wurde kein spezifischer Kurs zu den Derg-Verbrechen konzipiert oder in den Lehrplan der Rechtswissenschaften einbezogen, obwohl die äthiopischen Gerichte über die Verbrechen der Derg-Ära in einem fast zwei Jahrzehnte (1992 bis 2010) währenden Prozess Urteile gefällt haben. Weder der Menschenrechts- noch der Strafrechtscurs behandeln Ausmaß und Charakter der vom Derg begangenen Verbrechen.

2.13 Aufarbeitung durch Medien

Der allererste Artikel der Übergangscharta, auf deren Grundlage 1991 die TGE eingesetzt wurde, garantierte jedermann die freie Meinungsäußerung – eine grundlegende Veränderung gegenüber der Lage unter dem Derg-Regime. Der Derg hatte jedwede Opposition sowie unabhängige Meinungsäußerungen und Publikationen massiv unterdrückt, und Zeitungen und Massenmedien waren, oftmals mit Hilfe sowjetischer Medienausbilder, in offizielle Propagandaorgane verwandelt worden. Die TGE liberalisierte die Presse wie nie zuvor in der äthiopischen Geschichte. Sie veröffentlichte die Presse-Proklamation Nr. 341/1992 mit der Begründung, eine freie und unabhängige Presse sei eine fundamentale Voraussetzung für die Demokratie. In den fünf Jahren nach Bildung der TGE nahmen in Äthiopien über 200 Zeitungen und 87 Zeitschriften die Arbeit auf.

Dennoch wurden die Versprechen der Übergangsperiode nicht eingehalten. Die EPRDF behielt die Staatsmedien unter Parteikontrolle und wandelte sie nicht in öffentlich-rechtliche Medien um. Auch versäumte sie es, den in staatlicher Hand befindlichen Medien zu erlauben, unabhängig zu werden. Obwohl die Regierung 1999 eine Rundfunk-Proklamation veröffentlichte, welche die Gründung und den Betrieb kommerzieller Sender erlaubte, erhielten erst 2006 die ersten beiden privaten Radiostationen Lizenzen mit der Begründung, sie stünden der Regierungspartei nahe oder sympathisierten mit ihr. Die EPRDF hielt kommunale – und erst recht private – Radiosender unter strenger Beobachtung. Die Äthiopische Presseagentur (EPA), eine

210 Proklamation Nr. 210/2000 zur Gründung der Äthiopischen Menschenrechtskommission, Artikel 5.

211 Siehe den Nationalen modularisierten Lehrplan des LL.-B-Programms für Rechtswissenschaften, April 2013.

von Parteiangehörigen betriebene Organisation, gab regierungsnahen Zeitungen heraus.

Über die während der Derg-Ära begangenen Verbrechen wurde im äthiopischen Rundfunk und Fernsehen häufig berichtet. Als Teil ihrer Legitimitätsbemühungen nutzte die EPRDF in den Anfangsjahren des Übergangs regelmäßig die in Staatsbesitz befindlichen Medien, um über die grausame Natur des Derg-Regimes zu berichten. Das äthiopische Fernsehen (ETV) sendete häufig Geschichten über den bewaffneten Kampf, um den Heldenmut der EPRDF-Kräfte zu zeigen. Was die Gerichtsverfahren betrifft, so gab es eine nennenswerte Berichterstattung erst, nachdem der gesamte Prozess abgeschlossen war. In einer zweiteiligen Dokumentation mit dem Titel „Erkenntnisse zu Menschenrechtsverletzungen während der Ära des Roten Terrors“ präsentierte das ETV dem Publikum zahlreiche Folterepisoden und eine kurze Zusammenfassung der Ergebnisse des Gerichtsverfahrens gegen hochrangige Derg-Funktionäre.

Staatseigene Medien durften keine abweichenden Meinungen senden, bis 2005 im Zusammenhang mit dem Wahlkampf den Oppositionsparteien ein beispielloser Zugang zu den staatseigenen Medien wie ETV und Rundfunk gewährt wurde, um ihre Ansichten zu verbreiten. Doch diese Flitterwochen der Pressefreiheit endeten mit den Nachwahlkonflikten desselben Jahres. Die äthiopische Regierung beschuldigte verschiedene Medienorganisationen des Aufrufs zum Völkermord und zum Verrat.²¹² Die Situation führte zur Inhaftierung von Journalisten und zur Schließung von Medienunternehmen, und in der Folge wurde die von der Regierung ausgeübte Zensur und Kontrolle noch strenger.

Als der Zugang zu unabhängigen Medien beschränkt, wenn nicht gänzlich vereitelt wurde, begannen die Äthiopier, Informationen über zwei alternative Wege zu suchen und auszutauschen: ausländischen Rundfunk und Soziale Medien. Ausländische Sender mit großer Akzeptanz in Äthiopien sind *Voice of America* (VOA) aus Washington D. C. und die *Deutsche Welle* aus Bonn. Die beiden Rundfunkanstalten haben durch das Senden relativ unabhängiger Informationen in äthiopischer Sprache ein größeres äthiopisches Publikum erreicht. *Al Jazeera* wurde unter den äthiopischen Eliten, die des Englischen mächtig sind, zum beliebtesten ausländischen TV-Sender.

Die Sozialen Medien haben sich für Äthiopier, die auf andere Weise keinen Zugang zu relevanten Informationen haben, als unverzichtbares Kommunikationsmittel erwiesen. Die jüngste Protestwelle vor allem in der Region Oromia resultierte hauptsächlich aus der Nutzung Sozialer Medien. Wie Jawar Mohammed, wohl die bekannteste Figur der Oromo-Proteste, 2018 in einem Interview mit *Al Jazeera* bemerkte,

²¹² Für Details siehe Metekia, *Prosecution of Core Crimes in Ethiopia: Domestic Practice vis-à-vis International Standards*. Leiden 2021, S. 161–169.

wäre ohne die Sozialen Medien keine Veränderung in Äthiopien möglich gewesen.²¹³ Tatsächlich wurden erstmals in der äthiopischen Geschichte Proteste und Veränderungen vor allem durch Soziale Medien wie Facebook, Twitter und YouTube öffentlich diskutiert und berichtet. Ähnliche Bemerkungen, wenn auch in einem anderen Zusammenhang, gab es auch von einem anderen Oppositionsführer, Adergachew Tsige, der die Warnung aussprach, er und seine Unterstützer würden zu den Sozialen Medien zurückkehren, falls die Regierung von Abiy Ahmed die Versprechungen des Übergangs nicht respektieren würde.

Abgesehen vom Nichtvorhandensein einer freien und unabhängigen Presse resultiert die Abhängigkeit von den Sozialen Medien auch von den technologischen Fortschritten in Bezug auf Smartphone und Internet. Einigen Berichten zufolge beträgt die Zahl der Äthiopier, die in Afan Oromo, Amharisch, Englisch oder einer anderen Sprache auf Facebook unterwegs sind, mehr als 20 Millionen (von 110 Millionen Einwohnern), von denen die Mehrheit über ein Mobilgerät Zugang zum Internet hat. Jüngste Beispiele zeigen, dass die Sozialen Medien zur wichtigsten Informationsquelle in Äthiopien geworden sind.

Sowohl vor als auch nach dem Übergang von 2018 war die äthiopische Regierung bestrebt, die Nutzung der Sozialen Medien zu kontrollieren und zu regulieren. Aus zahlreichen Anlässen und in verschiedenen Teilen des Landes wurde das Internet für bis zu einem Monat oder länger abgestellt. In einem kürzlich unternommenen großen Schritt verabschiedete das äthiopische Parlament eine Proklamation über Hassrede und Desinformation,²¹⁴ welche die Nutzung von Sozialen Medien zur Anstiftung von Gewalt und zur Verbreitung falscher Informationen unter Strafe stellt. Die Proklamation wurde von Rechtsexperten und der UN mit der Begründung kritisiert, dass sie die Plattformen und Aktivitäten der Sozialen Medien nur sehr allgemein und vage definiere und auf diese Weise die Rede- und Meinungsfreiheit bedrohe.

2.14 Künstlerische Aufarbeitung

Eine der bedeutsamsten Veränderungen, die sich in der äthiopischen Literatur und Alltagssprache in der Nach-Derg-Ära ereigneten, betrifft den Gebrauch des Wortes Derg. Abgeleitet aus der altäthiopischen Sprache *Ge'ez*, bedeutet „Derg“ im Amharischen so viel wie Komitee oder Rat. 1974 wurde „Derg“ zur Kurzfassung des langen offiziellen Namens des neuen Regimes, das sich „Koordinationskomitee der Streitkräfte, Polizei und Territorialarmee“ nannte. „Derg“ wurde zur verbreitetsten inoffiziellen

²¹³ *Al Jazeera*, „Social Media Shaping Calls for Ethiopia Political Change“, in *The Listening Post*, 12. August 2018, verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=MkNuDr4Tbxk> (letzter Zugriff: 04.06.2022).

²¹⁴ Proklamation Nr. 185/2020 zur Verhinderung und Unterdrückung von Hassrede und Desinformation, in Kraft getreten am 23. März 2020.

Bezeichnung für das Regime bis zu seinem Sturz, ungeachtet der Tatsache, dass besagtes Komitee sich selbst am 12. September 1974 in Provisorischer Militärverwaltungsrat umbenannte und 1987 die PDRE gründete. In fast allen äthiopischen Sprachen wurde Derg zur Bezeichnung der sozialistischen Regierung verwendet, die das Land von 1974 bis 1991 regierte. Mit dem Sturz des Regimes verschwand das Wort „Derg“ aus dem äthiopischen Vokabular insofern, als keine geschriebene oder gesprochene Sprache es verwendet, um seine ursprüngliche Bedeutung Rat oder Komitee zu bezeichnen. Es wurde zum Tabu und zu einem Ausdruck, der nur dann verwendet wurde, wenn es galt, eine undemokratische Person/Struktur zu verspotten oder eine niederträchtige diktatorische oder gewalttätige Aktion zu verachten und zu verurteilen.

Nachdem sie 1991 an die Macht gekommen war, nutzte die EPRDF das nationale Fernsehen, um den abscheulichen Charakter des Derg-Regimes und das demokratische Versprechen der neuen Regierung zu verbreiten. Nach Abschluss der Derg-Prozesse 2010 ließ die Regierung, wie bereits erwähnt, eine zweiteilige Dokumentation mit dem Titel „Erkenntnisse zu Menschenrechtsverletzungen während der Ära des Roten Terrors“ produzieren und im nationalen Fernsehen ausstrahlen. Sie behandelte in knapper Form die Gerichtsverfahren, das historische Unrecht und die Bemühungen der aktuellen Regierung, die Täter vor Gericht zu bringen.

Die wichtigste und zugänglichste Form der Neubewertung der äthiopischen Vergangenheit fand durch Filme statt. Nachdem Äthiopien seinen ersten Film im Jahr 1917 und sein erstes Kino 1927 erlebt hatte, gilt es als Pionier der Einführung des Films in Subsahara-Afrika. Diese Entwicklung kam zwischen 1974 und 1991 zum Stillstand. Der Sturz des Derg brachte die Wiederbelebung der Filmindustrie. Seitdem wurden zahlreiche Filme (hauptsächlich Komödien) produziert, auch wenn ihre Reichweite bis vor Kurzem auf die größeren Städte beschränkt blieb.

Äthiopische Filme, die versuchten, die politische Lage während des Derg-Regimes zu schildern, offenbarten die paradoxe Realität, dass die Äthiopier unterschiedliche Interpretationen der Gewalt und der Kämpfe hegen. Filme wie der 18-minütige Streifen „Roter Terror“ oder „Roter Fehler“, „Der Vater“, „Zitronenduft“, „Morgentau“ und eine Dokumentation mit dem Titel „Sintflut“ legen den Schluss nahe, dass äthiopische Filme über das Derg-Regime versuchen, zwei unterschiedliche Botschaften über die Vergangenheit und die Gegenwart zu vermitteln. Es gelang diesen Filmen, das Wesen und Ausmaß der Derg-Gewalt auf implizite wie explizite Weise darzustellen. Sie zeigen Folterszenen, Tod und Zwangseinberufung in die Streitkräfte. Einige Szenen wurden in Gefängniszellen und unterirdischen Folterkammern gedreht.

Dennoch scheinen die äthiopischen Filme die politischen Entwicklungen der Nach-Derg-Ära kritisch zu sehen. Bei näherer Betrachtung lehnen sie die derzeitigen bundesstaatlichen Strukturen und die Anerkennung verschiedener ethnischer Identitäten implizit als eine Entwicklung ab, die den äthiopischen Nationalismus untergräbt. Infolgedessen verurteilen sie zwar den brutalen Charakter des Derg-Regimes, würdigen aber nicht die Nach-Derg-Entwicklungen. Stattdessen versuchen sie einen nostalgischen

gischen Nationalismus des Vor-Derg-Äthiopiens zu beschwören, den sie den Zuschauern als Vorbild präsentieren, wie die äthiopische Einheit aussehen sollte.

Diese künstlerische Charakterisierung des Nach-Derg-Äthiopiens kann durch die Tatsache erklärt werden, dass der Übergang von 1991 nicht repräsentativ war. Es war ein aufgezwungener Übergang, der die unterschiedlichen Ansichten nicht durch ein nationales Versöhnungsprogramm zur Geltung kommen ließ. Infolgedessen zweifeln die Äthiopier daran, ob die föderalen Strukturen der Nach-Derg-Ära am besten zum Land passen. Somit lässt sich aus der künstlerischen Ablehnung der derzeitigen staatlichen Strukturen ablesen, welcher Teil der äthiopischen Gesellschaft die äthiopische Filmindustrie dominiert.

3 Bilanz: Erfolge und Misserfolge der Aufarbeitung in Äthiopien

3.1 Erfolge der Aufarbeitung

Die Bewertung der Erfolge der nach 1991 in Äthiopien eingeführten Aufarbeitungsmechanismen ist ein kniffliges Unterfangen. Dennoch könnten die folgenden Punkte, gemessen an der Lage des Landes während des Derg-Regimes, als positive Entwicklungen angesehen werden:

- **Gerechtigkeit:** Da es weder Versöhnung noch Wiedergutmachung gab, hängt die Frage, ob die Opfer damit zufrieden waren, wie Äthiopien versucht hat, mit seiner gewalttätigen Vergangenheit umzugehen, von der Analyse anderer Mechanismen ab, etwa der Strafverfolgung. In dieser Hinsicht kann die Tatsache, dass Äthiopien sämtliche Derg-Funktionäre und -Partner vor Gericht gebracht hat, im Sinne der ausgleichenden Gerechtigkeit als Erfolgsstory gesehen werden, abgesehen von den in Abschnitt 2.2. genannten Lücken.
- **Wahlen und Mehrparteiensystem:** Erst nach dem Sturz des Derg wurden in Äthiopien Wahlen möglich, an denen mehrere politische Parteien teilnehmen konnten. Seit 1991 hat Äthiopien ein Mehrparteiensystem, auch wenn es immer die EPRDF-Koalition war, die durch umstrittene Wahlen an der Macht blieb.
- **Menschenrechtsgesetze und -institutionen:** Verglichen mit dem Derg-Regime hat Äthiopien heute bedeutsame Fortschritte dabei gemacht, individuelle Menschenrechte zu garantieren. Die Übernahme von Menschenrechtsbestimmungen aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und dem Internationalen Menschenrechtspakt in die FDRE-Verfassung, in der auch festgelegt ist, dass internationale Menschenrechtsverträge Vorrang haben vor innerstaatlichen Gesetzen und sogar der Verfassung, ist eine bedeutende positive Entwicklung. Die Tatsache, dass das Land nationale Menschenrechtsinstitutionen wie die Äthiopische Men-

schenrechtskommission gebildet hat, um die Öffentlichkeit aufzuklären und Respekt vor den Menschenrechten zu fördern, kann als Erfolgsgeschichte angesehen werden.

- **Gesetze zur Straffreiheit:** Um Straffreiheit zu bekämpfen, hat die Annahme der FDRE-Verfassung von 1994 dem staatsanwaltlichen Ermessen, schwere Menschenrechtsverletzungen zu verfolgen, ein Ende bereitet. Gemäß Artikel 28 kann die Regierung keine Exekutiventscheidung treffen, um Täter zu amnestieren, die laut äthiopischem Recht Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben (wie Genozid, Massenhinrichtungen, erzwungenes Verschwindenlassen oder Folter). Interessanterweise schreibt die Verfassung vor, dass selbst der Gesetzgeber nicht befugt ist, Gesetze zu verabschieden, die die Bestimmung des Artikels 28 außer Kraft setzen.
- **Föderalismus:** Die föderale Struktur, die sich Äthiopien nach dem Sturz des Derg als Antwort auf die jahrhundertealte einheitliche Staatsstruktur gab, erweist sich in den aktuellen politischen Debatten in Äthiopien als bedeutsame Erfolgsstory. Der Föderalismus, der den multinationalen Charakter des Landes hinsichtlich sprachlicher und ethnischer Identitäten berücksichtigt, spielt eine zentrale Rolle dabei, auf die Sorgen zu antworten, die zur Bildung der diversen Befreiungsfronten geführt haben, die am Bürgerkrieg gegen den Derg beteiligt waren. Gleichwohl werfen Kritiker dem Föderalismus häufig vor, die ethnische Polarisierung des Landes zu fördern.

3.2 Misserfolge der Aufarbeitung

Abgesehen von den im Abschnitt 3.1. benannten Punkten waren die in Äthiopien angewandten Aufarbeitungsmechanismen nicht sonderlich erfolgreich. Sogar die oben erwähnten Erfolgsgeschichten wurden überschattet von der sich verschlechternden Menschenrechtsbilanz der EPRDF. Ein Bericht des *Economist* aus dem Jahr 2017 deckte auf, dass Derg-Oberst Mengistu Hailemariam, der im Exil in Simbabwe lebt, „zu Hause an Popularität zu gewinnen scheint, insbesondere in den Städten und unter denen, die zu jung sind, um sich an das Elend seiner Herrschaft zu erinnern“.²¹⁵ Bei den jüngsten Protesten habe man die Jugend rufen hören: „Komm, komm, Mengistu“.²¹⁶ Die folgenden Punkte könnten dieses massive Versagen bei Äthiopiens Bemühungen, sich seiner Vergangenheit zu stellen, erklären:

- **Nicht repräsentativer Übergang:** Der Übergang des Jahres 1991 vom Derg-Regime zu einer neuen politischen Ordnung wurde von den Interessen derjenigen angetrieben, die in dem vorausgehenden bewaffneten Konflikt die Oberhand hat-

²¹⁵ *The Economist*, „Why Ethiopians are Nostalgic for a Murderous Marxist Regime“, 7. Dezember 2017.

²¹⁶ Ebd.

ten, insbesondere die EPRDF-Koalition. Die beiden Konferenzen in London und Addis Abeba waren nicht bemüht, eine weitgehend repräsentative Übergangsregierung zu bilden. Stattdessen konzentrierten sie sich darauf, die Regierungsmacht an die von der TPLF geführten EPRDF zu übertragen. Opfergruppen wie die EPRP und MEISON waren von den Konferenzen und von der auf sie folgenden Übergangsregierung wegen ihrer angeblichen politischen Differenzen mit der EPRDF ausgeschlossen.

- **Siegerjustiz:** Wie im Falle des Roten und Weißen Terrors waren die während der bewaffneten Konflikte begangenen Verbrechen allerdings nicht einseitig. Zahlreiche Berichte behaupten, dass die Aufständischen Taten begangen hätten, die Verletzungen des Artikels 3 der Genfer Konventionen von 1949 oder der Bestimmungen zu Kriegsverbrechen des äthiopischen Strafgesetzbuchs von 1957 darstellen könnten. Dennoch wurden nur Beamte, Mitglieder und Partner des (besiegten) Derg in der SPO-Proklamation angesprochen. Das SPO verfolgte nur den Derg strafrechtlich. Es wurde kein anderer Ermittlungs- oder Strafverfolgungsmechanismus etabliert, um mit Verbrechen umzugehen, die angeblich von anderen Gruppen begangen worden waren, darunter jene, die 1991 an die Macht kamen.
- **Verspätete Gerechtigkeit:** Der Prozess der Strafverfolgung des Derg durch das SPO-Programm dauerte etwa zwei Jahrzehnte. Das SPO wurde 1992 gegründet und übergab 2010 dem Parlament seinen Abschlussbericht. Einige der Gerichtsverfahren, etwa der Hauptprozess gegen die höchstrangigen Derg-Funktionäre, dauerten mehr als 12 Jahre bis zu ihrem Abschluss. Dieser Prozess wurde von der Afrikanischen Kommission der Menschenrechte und der Rechte der Völker (ACHPR) kritisiert, weil er eine Verletzung des Rechtes der Angeklagten auf einen Verfahrensabschluss innerhalb einer angemessenen Frist bedeutete.²¹⁷ Allerdings bemerkte der inzwischen verstorbene Ministerpräsident Melese Zenawi, der zum Zeitpunkt der Entscheidung zugleich Präsident der TGE war, ein Jahrzehnt nach der Entscheidung zur Strafverfolgung: „Ich glaube, dass wir uns irgendwie mehr vorgenommen hatten, als wir leisten konnten.“²¹⁸
- **Rechtsprechung gegen Abwesende:** Die äthiopischen Gerichtsverfahren waren, wie bereits erwähnt, Prozesse gegen abwesende Angeklagte. Es gibt in der Geschichte keinen anderen Strafprozess, der 2.188 Angeklagte in Abwesenheit strafrechtlich verfolgte. Das war das Ergebnis der Unfähigkeit oder Unwilligkeit der Regierung, die Auslieferung von Flüchtigen sicherzustellen. Die Tatsache, dass zahlreiche hochrangige Militär- und Zivilbeamte des Derg-Regimes in Simbabwe und in verschiedenen entwickelten Ländern leben, oft in luxuriösen Verhältnis-

²¹⁷ Siehe ACHPR, *Haregewoin Gabre-Selassie and IHRDA (on behalf of former Dergue officials) v. Ethiopia* (Urteil), 12. Oktober 2013, Comm. Nr. 301/2005, Paragraf 240.

²¹⁸ Siehe Kjetil Tronvoll, „The Quest for Justice or the Construction of Political Legitimacy: The Political Anatomy for the Red Terror Trials“, in Kjetil Tronvoll et al. (Hrsg.), *The Ethiopian Red Terror Trials: Transitional Justice Challenged*. Martlesham 2009, S. 84–95, hier S. 92.

sen, hat die Botschaft ausgesendet, dass der Strafverfolgungsprozess damit gescheitert ist, seine beabsichtigten Ziele zu erreichen.

- **Erinnerung und Erinnerungen:** Äthiopien hat keine nennenswerten offiziellen Anstrengungen unternommen, Gedenkstätten und Gedenkveranstaltungen zu schaffen, damit die Opfer und nachfolgende Generationen sich an die Gewalt erinnern und eine Kultur entwickeln, die eine Wiederholung solcher Gräueltaten verhindert. Auch wenn Opferverbände verdienstvolle Bemühungen unternahmen, beließ das Fehlen einer repräsentativeren, nationalen Kraftanstrengung, unparteiische Gedenkorte und -veranstaltungen zu schaffen und zu pflegen, die Öffentlichkeit im Dunkeln darüber, was während der Derg-Ära geschah. Die Wirkung dieses Versäumnisses ist noch auffälliger angesichts der Tatsache, dass Derg-Funktionäre fortwährend Memoiren verfassen, die keinerlei Reue zeigen und darauf abzielen, die begangenen Gewalttaten zu rechtfertigen.²¹⁹
- **Von der verhinderten Versöhnung zum nationalen Dialog:** Die Entscheidung der TGE im Jahr 1992, das SPO zu gründen, wurde unter Zurückweisung der Rufe nach nationaler Versöhnung oder eines Ansatzes, der Strafverfolgung und Versöhnung kombinieren würde, getroffen. So ist die aktuelle politische Landschaft in Äthiopien eine Manifestation zahlreicher verpasster Gelegenheiten, das Land in einem Prozess der nationalen Versöhnung dazu zu bringen, seine Meinungsverschiedenheiten zu diskutieren. Eine positive Entwicklung war in dieser Hinsicht die Gründung der bereits erwähnten Versöhnungskommission im Jahr 2019. Doch das Parlament löste die Versöhnungskommission im März 2022 auf. Sie konnte aufgrund ihrer mangelhaften Aufgabenstellung in zeitlicher und inhaltlicher Hinsicht bis zum März 2022 keine wirklich sinnvolle Arbeit verrichten – nur eine weitere verpasste Chance, Opfer und Täter zu versöhnen und das historische Unrecht in Äthiopien zu beheben. Im Januar 2022 startete Äthiopien einen weiteren Versuch mit einer neuen Aufarbeitungsinstitution: der mit der Proklamation Nr. 1265/2021 einberufenen Nationalen Dialogkommission.²²⁰ Sie trat an die Stelle der Versöhnungskommission, um durch die Wiederbelebung herabgewürdigter sozialer Werte endgültig einen nationalen Konsens und eine Kultur des Vertrauens herbeizuführen.²²¹ Die Ablösung der Versöhnungskommission durch die Dialogkommission erscheint als nicht wirklich gerechtfertigt, da die Erstere hätte erfüllen können, was für die Letztere vorgesehen ist. Die Effektivität der Dialogkommission mit Blick auf den dringend

219 Zu diesen Memoiren zählen: Fisseha Desta, *AbiyotunaTizitaye* [Meine Erinnerungen an die Revolution]. Los Angeles 2015; Fikreselasia Wogederes, *EgnanaAbiyotu* [Wir und die Revolution]. Los Angeles 2014. Zu den von Mitgliedern der Oppositionsparteien verfassten Memoiren, etwa von der Äthiopischen Revolutionären Volkspartei (EPRP), siehe Hiwot Teffera, *Tower in the Sky*. Addis Abeba 2012.

220 Proklamation Nr. 1265/2021 zur Gründung der Äthiopischen Nationalen Dialogkommission, in Kraft getreten am 13. Januar 2022.

221 Ebd., Präambel, Paragraph 3.

benötigten friedlichen und einvernehmlichen Neuanfang muss sich erst noch erweisen.

- **Schwere Menschenrechtsverletzungen:** Obwohl Äthiopien bedeutende Fortschritte hinsichtlich der Übernahme von Menschenrechtsgesetzen und der Gründung einschlägiger Institutionen gemacht hat, offenbart eine genauere Prüfung der äthiopischen Praxis erhebliche Abweichungen von den Versprechungen der Gesetzgebung. Vor allem hat es zahlreiche Vorwürfe gegeben, dass in verschiedenen Regionen Äthiopiens noch andere Kernverbrechen als die bereits verfolgten begangen worden seien.²²² Die Regierung hat diese Vorwürfe zumeist als politische Propaganda der Oppositionsparteien oder als feindliche Kampagnen zur Unterwanderung und Destabilisierung des Landes abgetan. Erst 2018 hat – zum ersten Mal in der äthiopischen Geschichte – eine amtierende Regierung öffentlich zugegeben, dass verbreitete und systematische Akte der Folter und des Terrors gegen die äthiopische Bevölkerung durch ihre eigenen Polizei- und Sicherheitskräfte begangen wurden.²²³ Doch dieses Eingeständnis und die Anerkennung staatlicher Kriminalität hat der Gewalt in Äthiopien kein Ende gesetzt. Auch zum Zeitpunkt der Niederschrift dieser Fallstudie setzte sich die Gewalt im Land unvermindert fort. Im Zusammenhang mit politischen Unruhen in der Oromia-Region wurden aus religiösen, ethnischen oder politischen Gründen Angriffe auf die Zivilbevölkerung durchgeführt.
- **Ein weiterer zerstörerischer Bürgerkrieg:** Dass sich Äthiopien heute wieder im Bürgerkrieg befindet, kann als Versagen der seit 1991 eingeführten Aufarbeitungsmechanismen angesehen werden. In dem am 4. November 2020 ausgebrochenen Krieg bekämpft die TPLF, im Jahr 1991 die Architektin des Übergangsprozesses, die Nationalen Verteidigungskräfte in einer Auseinandersetzung, die Letztere ursprünglich als Operation zur Wiederherstellung der Herrschaft des Rechts be-

222 Zu den erheblichen Vorwürfen zählen: 1) die Lage der Anuak, d. h. die fortgesetzte Begehung von Verbrechen gegen die Anuak-Gemeinden in Südwestäthiopien, angeblich seit 2003 begangen von den nationalen Verteidigungskräften Äthiopiens (ENDF); siehe Human Rights Watch, „Targeting the Anuak“, verfügbar unter: <http://www.hrw.org/reports/2005/03/23/targeting-anuak> (letzter Zugriff: 24.09.2019); 2) der Ogaden-Konflikt, in dem die angebliche Begehung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die ENDF berichtet wurde; siehe Human Rights Watch, „Collective Punishment: War Crimes and Crimes against Humanity in the Ogaden area of Ethiopia’s Somali Region“, 13. Juni 2008, verfügbar unter: <http://www.hrw.org/node/62176> (letzter Zugriff: 24.09.2020); 3) Die Vertreibung und Deportation von Angehörigen der ethnischen Gruppe der Amharen aus der Region Benishangul-Gumuz wurde überwiegend als ethnische Säuberung bezeichnet; siehe <http://www.ethiomeia.com/addis/5775.html> (letzter Zugriff: 24.09.2020); 4) Ein umfassender und systematischer Angriff auf Angehörige der Oromo wird von verschiedenen Organisationen wie Amnesty International berichtet; siehe z. B. Amnesty International, „Because I am Oromo: Sweeping repression in the Oromia region of Ethiopia“ (Amnesty International Report, 27. Oktober 2014), verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/en/documents/afr25/006/2014/en/> (letzter Zugriff: 24.09.2020).

223 Siehe die Rede von Ministerpräsident Abiy Ahmed vor dem Parlament, 1. Juli 2018, verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=wJnC2aX4jP8&t=8079s> (letzter Zugriff: 22.09.2020).

zeichnet hatte. Obwohl die spezifischen Gründe und Folgerungen dieses Krieges umstritten sind, ist offensichtlich, dass dieser Bürgerkrieg das Resultat einer seit drei Jahrzehnten währenden repressiven und unrepräsentativen Regierungsführung ist. Seine Wurzeln lassen sich in der Tat bis zu den undemokratischen Anfängen im Jahr 1991 zurückverfolgen.

Alles in allem war der nach dem Sturz des Derg in Äthiopien durchgeführte Aufarbeitungsprozess unvollständig, weil er die Notwendigkeit nicht in Betracht zog, wichtige Institutionen zu etablieren, welche die erhoffte Transformation der soziopolitischen Landschaft des Landes herbeigeführt hätten. Dem Prozess fehlte eine echte und unparteiische Anstrengung, das Land von seiner repressiven Vergangenheit abzukoppeln und seine Wunden zu heilen, um sicherzustellen, dass sich die Gewalt nicht wiederholt. Stattdessen war es eine verkappt parteiische Anstrengung, welche die Fortsetzung umfangreicher unterschwelliger Gewalt zuließ. Der unausgereifte Aufarbeitungsprozess ist nicht nur hinsichtlich seiner Konzeption und Umsetzung gescheitert, sondern hat das Land auch in den bewaffneten Konflikt zurückgestoßen.

Bibliografie

- Aalen, Lovise et al. *Ethiopian since Dergue: A decade of democratic pretension and performance*. London: Zed Books, 2002.
- Abdurrahmani, Bledar. „Transitional Justice in Albania: The Lustration Reform and Information on Communism Files.“ *Interdisciplinary Journal of Research and Development* 5(3). Durrës: Aleksandër Moisiu, 2018.
- Able, Richard L. *Politics by Other Means: Law in the Struggle against Apartheid, 1980–1994*. Cambridge: Cambridge University Press, 1997.
- Abraham, Kinfe. *Ethiopia From Bullets to the Ballot Box: the Bumpy Road to Democracy and the Political Economy of Transition*. Lawrenceville: The Red Sea Press Inc., 1994.
- Abraham, Manuela und Mariana Risso. „Llena de hondos silencios: Los debates en torno a la aprobación de la ley de Sitios de Memoria Histórica del Pasado Reciente No. 19.641.“ In *Servicio Paz y Justicia – SERPAJ Uruguay, Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2018*, 50–65. Montevideo: SERPAJ, 2018.
- ACHPR (Ethiopia). *Haregewoin Gabre-Selassie and IHRDA (on behalf of former Dergue officials) v. Ethiopia* (Urteil), 12. Oktober 2013, Comm. No. 301/2005.
- Achugar, Mariana, Amparo Fernández und Nicolás Morales. „(Re)presentando el pasado reciente: la última dictadura uruguaya en los manuales de historia.“ *Discurso & Sociedad* 5(2) (2011): 196–229.
- Adler, Sabine. „Umstrittene Erinnerungskultur: Erste Museen zur Hoxha-Diktatur in Albanien.“ *Deutschlandfunk*, 16.08.2017. Verfügbar unter: https://www.deutschlandfunk.de/umstrittene-erinnerungskultur-erste-museen-zur-hoxha.691.de.html?dram:article_id=393639 (letzter Zugriff: 14.01.2021).
- Acuña, Carlos H. und Catalina Smulovitz. „Guarding the Guardians in Argentina: Some Lessons about the Risks and Benefits of Empowering the Courts.“ In *Transitional Justice and the Rule of Law in New Democracies*, hrsg. von A. James McAdams, 93–122. Notre Dame and London: University of Notre Dame Press, 1997.
- Acuña, Carlos H. und Catalina Smulovitz. „Militares en la transición argentina: del gobierno a la subordinación constitucional.“ In *Juicio, castigos y memorias. Derechos humanos y justicia en la política argentina*, hrsg. von Carlos H. Acuña et al., 19–99. Buenos Aires: Ediciones Nueva Visión, 1995.
- Adorno, Theodor W. *Gesammelte Schriften*, vol. 10.2 Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1977.
- Ahlbrecht, Heiko. *Der Fall Pinochet (s): Auslieferung wegen staatsverstärkter Kriminalität?*. Baden-Baden: Nomos, 1999.
- Ainley, Kirsten. *Evaluating Transitional Justice: Accountability and Peacebuilding in Post-Conflict Sierra Leone*. London: Springer, 2015.
- Akhavan, Payam. „Justice and Reconciliation in the Great Lakes Region of Africa: The Contribution of the International Criminal Tribunal for Rwanda.“ *Duke Journal of Comparative & International Law* 7 (1997): 325–348.
- Alegría, Diego et al. (Hrsg.). *Poesía Chilena en Dictadura y Postdictadura*. Santiago: Universidad de Chile, Grajaje ediciones, 2020.
- Alfonsín, Raúl. *Memoria Política: Transición a la democracia y derechos humanos*. Buenos Aires: Fondo de Cultura Económica de Argentina, 2004.
- Alia, Ramiz. *Shpresa dhe zhgënjime*. Tiranë: Dituria, 1993.
- Allier Montaño, Eugenia. „Lugar de memoria: ¿un concepto para el análisis de las luchas memoriales? El caso de Uruguay y su pasado reciente.“ *Cuadernos del CLAEH* 2(31) (2008): 87–109.
- Allier Montaño, Eugenia. „Recordar para reparar: la imagen de los desaparecidos uruguayos en el ‚Memorial a los detenidos-desaparecidos‘.“ *ILCEA – Revue de l’Institut des langues et cultures d’Europe, Amérique, Afrique, Asie et Australie* 26 (2016): 1–21. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.4000/ilcea.3968> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Allo, Awol und Tesfaye, Beza. „Spectacles of illegality: mapping Ethiopia’s show trials.“ *African Identities* 13 (2015): 279–296.

- Aliçka, Ylljet. *Metamorfozae një kryeqyteti*. Berat: Onufri 2019.
- Aliçka, Ylljet. *La valse du bonheur*. Paris: L'Esprit du temps, 2019.
- Aliçka, Ylljet. *Les slogans de pierre*. N. N.: Edition Climates, 1999.
- Alonso, Fabiana. „La dictadura militar argentina (1976–1983) en los textos de Ciencias Sociales e Historia para el tercer ciclo de la Educación General Básica.“ In *Dictadura y Educación: Tomo 3: Los textos escolares en la historia argentina reciente*, hrsg. von Carolina Kaufmann, 227–245. Salamanca: FahrenHouse, 2018.
- Alonso, Jimena. „La prisión masiva y prolongada en perspectiva de género: Mujeres presas durante la dictadura uruguaya (1973–1985).“ In *El tiempo quieto: Mujeres privadas de libertad en Uruguay*, hrsg. von Natalia Montealegre Alegría, Graciela Sapriza, María Ana Folle Chavannes, 53–73. Montevideo: Facultad de Humanidades y Ciencias de la Educación, Universidad de la República, 2016.
- Alonso, Jimena und Fabiana Larrobla. „Memorias femeninas en el uruguay pos-dictadura.“ *Aletheia* 5(9) (2014): 1–14. Verfügbar unter: http://www.memoria.fahce.unlp.edu.ar/art_revistas/pr.6417/pr.6417.pdf (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Alonso, Jimena, Fabiana Larrobla und Mariana Risso. *Avanzar a tientas: Cronología de las luchas por verdad y justicia 1985–2015*. Montevideo: Scielo, 2016.
- Altuzarra, Cristancho. José Gabriel. „Memoria, oposición y subjetividad política en el cine argentino.“ *Imagofagia* 10 (2014): 1– 62.
- Ambos, Kai. „Zur ‚rechtlichen‘ Struktur der Repression und strafrechtlichen Vergangenheitsbewältigung in Argentinien: Ein Kommentar aus juristischer Sicht.“ In *Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika*, hrsg. von Detlef Nolte, 86–95. Frankfurt am Main: Vervuert, 1996.
- Ambos, Kai und Mohamed Othmann. *New Approaches in International Criminal Justice: Kosovo, East Timor, Sierra Leone & Cambodia*. Freiburg im Breisgau: Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, 2003.
- Amesti, Nadia et al. „La estructura del poder militar durante la dictadura.“ Montevideo: Universidad de la República del Uruguay, 2018. Verfügbar unter: <https://sitiosdememoria.uy/sites/default/files/2020-01/Estructura.pdf> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Amnesty International, „Äthopiens Ex-Diktator Mengistu nicht verhaftet.“ *AI-Journal* (Januar 2000). Verfügbar unter: <https://web.archive.org/web/20160304074225/http://www.amnesty.de/umleitung/2000/deu05/264?lang=de%26mimetype%3dtex%2fthtml> (letzter Zugriff: 24.11.2021).
- Amnesty International Publications, *Albania Political Imprisonment and the Law*. London: Shadowdean Limited, 1984.
- Amnesty International, *Safer to Stay Silent* (London, 2010). Verfügbar unter: https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/CBCBF4D4CFC49B494925779000199C1B-Full_Report.pdf (letzter Zugriff: 06.12.2021).
- Anonymus, „Clouds over Attempts to Reconcile with the Past.“ *The New Humanitarian*, 15. Dezember 2006. Verfügbar unter: <https://www.thenewhumanitarian.org/fr/node/229198> (Link nicht mehr verfügbar, letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Anonymus, „Gericht: Kein Foto von Ex-Terroristin.“ *Der Tagesspiegel*, 27. Mai 2007. Verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/gericht-kein-foto-von-ex-terroristin/827642.html> (letzter Zugriff: 22.03.2022).
- Anonymus, „The Senate Adopts the Report on Consolidation of the Genocide Memorial Sites.“ Verfügbar unter: https://www.parliament.gov.rw/newsdetail?tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Bnews%5D=16027&cHash=de69d119fd24304a4-de10b09a66272d0 (letzter Zugriff: 06.12.2021).
- Antonio Pereira. „Análisis de los informativos televisivos durante el proceso de aprobación de la ley de caducidad.“ *Cuaderno de Historia* 9 (2012): 125–149.

- APDH (Asamblea Permanente por los Derechos Humanos). Memoria, Verdad y Justicia: Herramientas para la comunicación desde los derechos humanos. Buenos Aires: Asamblea Permanente por los Derechos Humanos, 2019.
- Arapí, Lindita. *Schlüsselmädchen*. Berlin: Dittrich Verlag, 2013.
- Arapí, Lindita. *Wie Albanien albanisch wurde – Rekonstruktion des Albanienbildes*. Marburg: Tectum Verlag, 2006.
- Arce, Luz. *El Infierno*. Santiago: Editorial Planeta, 1993.
- Aronson, Jay D. „The Strengths and Limitations of South Africa’s Search for Apartheid-Era Missing Persons.“ *International Journal of Transitional Justice* 5(2) (2011): 262–81. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1093/ijtj/ijr013> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Asociación Madres de Plaza de Mayo. *Historia de las Madres de Plaza de Mayo*. Buenos Aires: Editorial de las Madres, 2003.
- Assmann, Aleida. *Erinnerungsräume: Formen und Wandlungen des kollektiven Gedächtnisses*. Munich: C. H. Beck, 2009.
- Assmann, Aleida. *Formen des Vergessens*. Göttingen: Wallstein, 2016.
- Auer, Kira. *Vergangenheitsbewältigung in Ruanda, Kambodscha und Guatemala: Die Implementierung normativer Ansprüche*. Baden-Baden: Nomos, 2014.
- Austin, C. Robert und Jonathan Ellison. „Post-Communist Transitional Justice in Albania.“ *East European Politics and Societies* 22(2) (2008): 373–401.
- Austin, C. Robert und Jonathan Ellison. „Albania.“ In *Transitional Justice in Eastern Europe and the Former Soviet Union: Reckoning with the communist past*, hrsg. von Lavinia Stan, 176–199. New York: Routledge, 2009.
- Baberowski, Jörg. *Verbrannte Erde: Stalins Herrschaft der Gewalt*. München: Fischer, 2019.
- Backer, David. „Watching a Bargain Unravel? A Panel Study of Victims’ Attitudes about Transitional Justice in Cape Town, South Africa.“ *International Journal of Transitional Justice* 4(3) (2010): 443–456. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1093/ijtj/ijq015>. (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Bagilishya, Déogratias. „Mourning and Recovery from Trauma: In Rwanda, Tears Flow Within.“ *Transcultural Psychiatry* 37(3) (2000): 337–353.
- Baines, Gary. „Site of Struggle: The Freedom Park Fracas and the Divisive Legacy of South Africa’s Border War/ Liberation Struggle.“ *Social Dynamics* 35(2) (2009): 330–344. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/02533950903076428> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Bajohr, Frank. „Holocaustforschung–Entwicklungslinien in Deutschland seit 1945.“ In *Aufarbeitung des Nationalsozialismus*, hrsg. von Magnus Brechtken, 122–142.
- Bakiner, Onur. *Truth Commissions: Memory, Power, and Legitimacy*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press, 2016.
- Balé, Cinthia. „Usos del archivo y políticas de la memoria: un análisis del proceso de ‚apertura‘ de los archivos militares en Argentina (2003–2015),“ *Nuevo Mundo Mundos Nuevos* (2018). Verfügbar unter: <http://journals.openedition.org/nuevomundo/73860> (letzter Zugriff: 11.04.2022); DOI: <https://doi.org/10.4000/nuevomundo.73860>.
- Balza, Martín Antonio. „Das Ziel rechtfertigt niemals die Mittel.‘ Fernsehansprache des Stabschefs des argentinischen Heeres“, General Martín Antonio Balza, vom 25.4.1995. In *Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika*, hrsg. von Detlef Nolte, 96–99. Frankfurt am Main: Vervuert, 1996.
- Barahona de Brito, Alexandra. *Human Rights and Democratization in Latin America: Uruguay and Chile*. Oxford: Oxford University Press, 1997.
- Barahona de Brito, Alexandra. „Truth, Justice, Memory, and Democratization in the Southern Cone.“ In *The Politics of Memory. Transitional Justice in Democratizing Societies*, hrsg. von Alexandra Barahona de Brito, Carmen González-Enríquez and Paloma Aguilar, 119–160. Oxford: Oxford University Press, 2001.

- Barbano, Rodrigo. „Wikipedia y derechos humanos: construyendo memoria en territorios digitales, in Servicio Paz y Justicia – SERPAJ Uruguay.“ *Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2018*. Montevideo: SERPAJ, 2018.
- Barrera, Giulia. „Of condors and judges: archival musings over a judicial investigation.“ *Archival Science* 9 (2009): 203–214.
- Bassiouni, M. Cherif. *International Criminal Law: International Enforcement*. Leiden: Martinus Nijhoff Publishers, 2008.
- Bauerkämper, Arnd. „Transnationale Dimensionen der ‚Vergangenheitsaufarbeitung‘.“ In *Aufarbeitung des Nationalsozialismus*, hrsg. von Magnus Brechtken, 20–37. Bonn: bpb, 2021.
- Behrendt, Urs. *Die Verfolgung des Völkermordes in Ruanda durch internationale und nationale Gerichte: zugleich ein Beitrag zu Inhalt und Funktion des Universalitätsprinzips bei der Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen*. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag, 2004.
- Beinart, William and Peter Delius. „The Historical Context and Legacy of the Natives Land Act of 1913.“ *Journal of Southern African Studies* 40(4) (2014): 667–688. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/03057070.2014.930623> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Berghoff, Hartmut. „Zwischen Verdrängung und Aufarbeitung: Die bundesdeutsche Gesellschaft und ihre nationalsozialistische Vergangenheit in den Fünfziger Jahren.“ *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 49 (1998): 96–114.
- Berhe, Aregawi. *A Political History of the Tigray People’s Liberation Front (1975–1991): Revolt, Ideology and Mobilisation in Ethiopia*. PhD diss., Amsterdam: Vrije Universiteit Amsterdam, 2009.
- Bertoia, Luciana. „La agenda de Memoria, Verdad y Justicia en tiempos de cambios: Tensiones, rupturas y continuidades en el discurso del gobierno macrista en torno al terrorismo de Estado.“ *Aletheia* 7(13) (2016). Verfügbar unter: http://www.memoria.fahce.unlp.edu.ar/art_revistas/pr.7622/pr.7622.pdf (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Besoky, Juan Luis. „Como dos extraños: dilemas del joven historiador frente al archive.“ *Hilos Documentales* 1(1) (2018). Verfügbar unter: <https://revistas.unlp.edu.ar/HilosDocumentales/article/view/5956/5332> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Bhandari, Ram Kumar. *The Role of Victims’ Organisations in Transition from Conflict: Families of the Disappeared in Nepal*. PhD diss., Hamburg: University of Hamburg 2011.
- Biberaj, Elez. *Albania in Transition: The Rocky Road to Democracy*. Boulder Colorado: Westview Press, 1998.
- Bickford, Louis. „Human Rights Archives and Research on Historical Memory: Argentina, Chile, and Uruguay.“ *Latin American Research Review* 35(2) (2000): 160–182.
- Bilbija, Ksenija and Leigh A. Payne. *Accounting for Violence: Marketing Memory in Latin America*. Durham: Duke University Press, 2011.
- Birantamije, Gérard. „Civil Society Organisations and Transitional Justice in Burundi: When Making is Resisting.“ In *Resistance and Transitional Justice*, hrsg. von Briony Jones und Julie Bernath, 77–100. London: Routledge, 2017.
- Bisset, Alison. *Truth Commissions and Criminal Courts*. Cambridge: Cambridge University Press, 2012.
- Blackie, Laura und Nicki Hitchcott. „I am Rwandan’: Unity and Reconciliation in Post-Genocide Rwanda.“ *Genocide Studies and Prevention: An International Journal* 12(1) (2018): 24–37.
- Boddy-Evans, Alistair. „Pass Laws During Apartheid.“ ThoughtCo, 2019. Verfügbar unter: <https://www.thoughtco.com/pass-laws-during-apartheid-43492> (letzter Zugriff: 02.11.2022).
- Boeninger, Edgardo. *Democracia en Chile: Lecciones para la Gobernabilidad*. Santiago: Editorial Andrés Bello, 1997.
- Boiani, Micaela et al. „Otro 20 de mayo.“ In Servicio Paz y Justicia – SERPAJ Uruguay, *Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2020*. Montevideo: SERPAJ, 2020.
- Bois, Francois du. „Judicial Selection in Post-Apartheid South Africa.“ *SSRN Scholarly Paper*. Rochester, New York: Social Science Research Network, 2006. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.2139/ssrn.2283148> (letzter Zugriff: 14.07.2021).

- Bonacker, Thorsten. „Global Victimhood: On the Charisma of the Victim in Transitional Justice Processes.“ *World Political Science* 9 (2013): 97–129.
- Bond, Patrick. *The Elite Transition: From Apartheid to Neoliberalism in South Africa*. Pluto Press, 2000.
- Bonner, Michelle D. „Never Again: Transitional Justice and Persistent Police Violence in Argentina.“ *International Journal of Transitional Justice* 8 (2014): 235–255.
- Bornkamm, Paul Christoph. *Rwanda's Gacaca Courts: Between Retribution and Reparation*. Oxford: Oxford University Press, 2012.
- Botschaft der Russischen Föderation in der Republik Südafrika. „On the Solemn Unveiling of the Soviet/Russian Section of the Wall of Names Freedom Park – Press Releases“, 13. Dezember 2018, verfügbar unter: https://russianembassyza.mid.ru/ru_RU/-/on-the-solemn-unveiling-of-the-soviet-russian-section-of-the-wall-of-names-freedom-park-13-december-2018?inheritRedirect=true&redirect=%2FRu_RU (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Bottinelli, Eduardo. „Las carreras políticas de los senadores en Uruguay: ¿Cambios o continuidades ante el triunfo de la izquierda?“ *Revista de Sociología e Política* 16(30) (2008): 29–43.
- Boxill, Bernard R. „The Morality of Reparation.“ *Social Theory and Practice* 2(1) (1972): 113–123.
- Brandstetter, Anna-Maria. „Contested Pasts: The Politics of Remembrance in Post-Genocide Rwanda.“ In *The Ortelius Lecture*, hrsg. von Netherlands Institute for Advanced Studies in the Humanities and Social Sciences / University of Antwerp. Wassenaar, 2010.
- Brannigan, Augustine und Nicholas A. Jones. „Genocide and the Legal Process in Rwanda: From Genocide Amnesty to the New Rule of Law.“ *International Criminal Justice Review* 19(2) (2009): 192–207.
- Brauman, Roy, Stephen Smith und Claudine Vidal. „Rwanda: Politique de terreur, privilege d'impunité.“ *Esprit* 266/267 (8/9) (2000): 147–161.
- Bravo, Nazareno. „H. I. J. OS. en Argentina: La emergencia de prácticas y discursos en la lucha por la memoria, la verdad y la justicia.“ *Sociológica* 27(76) (2012): 231–248.
- Brechtken, Magnus (Hrsg.). *Aufarbeitung des Nationalsozialismus: Ein Kompendium*. Göttingen: Wallstein, 2021.
- Broquetas, Magdalena. *Huellas de la repression: Identificación de centros de detención del autoritarismo y la dictadura (1968–1985)*. Montevideo: Centro Municipal de Fotografía, 2008.
- Broszat, Martin, Hans-Adolf Jacobsen und Helmut Krausnick. *Konzentrationslager, Kommissarbefehl, Judenverfolgung (Anatomie des SS-Staats, vol. 2)*. Olten und Freiburg im Breisgau: dtv, 1965.
- Brüne, Stefan. „Ideology, Government And Development: The People's Democratic Republic Of Ethiopia.“ *Northeast African Studies* 12(2) (1990) 189–199.
- Bubenzer, Ole. *Post-TRC Prosecutions in South Africa: Accountability for Political Crimes After the Truth and Reconciliation Commission's Amnesty Process*. Leiden und Boston: Brill, 2009.
- Buchheim, Hans. *Die SS – Das Herrschaftsinstrument: Befehl und Gehorsam (Anatomie des SS-Staates, Bd. 1)*. Olten und Freiburg im Breisgau: dtv, 1965.
- Buckley-Zistel, Susanne. „Remembering to Forget: Chosen Amnesia as Strategy for Local Co-Existence in Post-Genocide Rwanda.“ *Africa. The Journal of the International African Institute* 76(2) (2006): 131–150.
- Buckley-Zistel, Susanne. „Nation, narration, unification? The politics of history teaching after the Rwandan genocide.“ *Journal of Genocide Research* 11(1) (2009): 31–53.
- Buckley-Zistel, Susanne. „Vergangenes Unrecht aufarbeiten: Eine globale Perspektive.“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* (2013): 25–26. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/apuz/162889/vergangenes-unrecht-aufarbeiten-eine-globale-perspektive?p=all> (letzter Zugriff: 22.03.2022).
- Bühlmann, Marc Wolfgang et al. „Demokratiebarometer: Ein neues Instrument zur Messung von Demokratiequalität.“ *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 6 (2012): 115–159. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1007/s12286-012-0129-2> (last accessed 23.11.2021).
- Bulcha, Mekuria. „Genocidal Violence in the Making of Nation and State in Ethiopia.“ *African Sociological Review* 9(2) (2005): 1–54.

- Bulman, Gail. „Moving On? Memory and History in Griselda Gambaro's Recent Theater.“ *Studies in 20th & 21st Century Literature* 28(2) (2004): 379–395.
- Bundeszentrale für politische Bildung, *Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus*, Bde. 1 und 2. Bonn, 1999. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/shop/multimedia/dvd-cd/33945/gedenkstaetten-fuer-die-opfer-des-nationalsozialismus> (letzter Zugriff: 09.11.2021).
- Burbach, Roger. *The Pinochet Affair*. London und New York: Zed Books, 2003.
- Buriano, Ana. „Ley de Caducidad en Uruguay y esencia ético-política de la izquierda.“ *Perfiles Latinoamericanos* 38 (2011): 173–203.
- Buriano, Ana und Silvia Dutrénit. „A 30 años de la ley de caducidad uruguaya ¿Qué y cómo debemos conmemorar?.“ *Antíteses* 10(19) (2017): 351–375.
- Burnet, Jennie E. „Whose Genocide? Whose Truth? Representations of Victim and Perpetrator in Rwanda.“ In *Genocide, Truth, Memory and Representation*, hrsg. von Alexander Laban Hinton und Kevin Lewis O'Neill, 80–113. Durham: Duke University Press, 2009.
- Burnet, Jennie E. „Situating Sexual Violence in Rwanda (1990–2001): Sexual Agency, Sexual Consent, and the Political Economy of War.“ *African Studies Review* 55(2) (2012): 97–118.
- Burnet, Jennie E. „Rape as a Weapon of Genocide: Gender, Patriarchy, and Sexual Violence in the Rwandan Genocide.“ *Anthropology Faculty Publications* 13 (2015): 1–3.
- Burt, Jo-Marie, Gabriela Fried Amilivia und Francesca Lessa. „Civil Society and the Resurgent Struggle against Impunity in Uruguay (1986–2012).“ *The International Journal of Transitional Justice* 7 (2013): 306–327.
- Buruma, Ian. *Erbschaft der Schuld: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland und Japan*, übersetzt von Klaus Binder und Jeremy Gaines. München und Wien: Carl Hanser, 1994.
- Busquets, José Miguel und Andrea Delbono. „La dictadura cívico-militar en Uruguay (1973–1985): aproximación a su periodización y caracterización a la luz de algunas teorizaciones sobre el autoritarismo.“ *Revista de la Facultad de Derecho* 41 (2016): 61–102.
- Butka, Uran. *Lufta civile në Shqipëri 1943–1945*. Tiranë: ISKK, 2015.
- Caetano, Gerardo. „Los archivos represivos en los procesos de ‚justicia transicional‘: una cuestión de derechos.“ *Perfiles Latinoamericanos* 37 (2011): 9–32.
- Caetano, Gerardo. „Los archivos represivos y el debate sobre los criterios para su mejor utilización como instrumento de justicia y de derechos.“ *Claves. Revista de Historia* 3/5 (2017): 155–183.
- Caetano, Gerardo und José Rilla. *Breve historia de la dictadura (1973–1985)*. Montevideo: Grupo Editor, 1987.
- Calic, Marie-Janine. *Südosteuropa: Weltgeschichte einer Region*. München: bpb, 2016.
- Camay, Phiroshaw und Anne J. Gordon. „The National Peace Accord and Its Structures.“ Johannesburg: Co-operative for Research and Education, 2000. Verfügbar unter: <https://omalley.nelsonmandela.org/omalley/index.php/site/q/03lv02424/04lv03275/05lv03294/06lv03321.htm> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Carreras, Sandra und Barbara Potthast. *Eine kleine Geschichte Argentinien*s. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2013.
- Castro, Alicia. „Derechos humanos y delitos de lesa humanidad: Un análisis de la jurisprudencia de la Suprema Corte de Justicia sobre imprescribibilidad de delitos de la dictadura.“ *Revista de Derecho Público* 27 (2018): 7–34.
- Catoggio, María Soledad. „Activismos no violentos bajo dictaduras militares en Argentina y Chile: el Servicio de Paz y Justicia, 1974–1983.“ *Jahrbuch für Geschichte Lateinamerikas* 52 (2015): 291–314.
- Catoggio, María Soledad. „La última dictadura militar argentina (1976–1983): la ingeniería del terrorismo de Estado.“ In *Online Encyclopedia of Mass Violence* (2010). Verfügbar unter: http://www.massviolence.org/PdfVersion?id_article=485 (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Catsam, Derek. „Permanently Removed from Society: The Cradock Four, the TRC, Moral Judgments, Historical Truth, and the Dilemmas of Contemporary History.“ *Historia Actual Online*, 1. Januar 2005.
- Cavanna, Federico A. und Luis Fernando Cerri. „Enseñanza de historia reciente en Uruguay: pasado y laicidad en el juego de la identidad.“ *Archivos de Ciencias de la Educación* 3(3) (2009): 99–112. Verfügbar

- bar unter: http://www.fuentesmemoria.fahce.unlp.edu.ar/art_revistas/pr.4085/pr.4085.pdf (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- CELS – Centro de Estudios Legales y Sociales. *Derechos Humanos en la Argentina: Informe anual enero – diciembre 1998*. Buenos Aires: Centro de Estudios Legales y Sociales, 1999.
- CELS – Centro de Estudios Legales y Sociales. *Derechos Humanos en Argentina: Informe anual 2000*. Buenos Aires: Centro de Estudios Legales y Sociales, 2000.
- Centro de Derechos Humanos Universidad Diego Portales. *Informe anual sobre derechos humanos en Chile 2019* (2019). Verfügbar unter: <https://derechoshumanos.udp.cl/informe-anual/informe-anual-sobre-derechos-humanos-en-chile-2019-2/> (letzter Zugriff: 11.12.2022).
- Chandler, David. „Cambodia Deals with its Past: Collective Memory, Demonisation and Induced Amnesia.“ *Totalitarian Movements and Political Religions* 9 (2008): 355–369.
- Chapman, Audrey R. und Patrick Ball. „The Truth of Truth Commissions: Comparative Lessons from Haiti, South Africa, and Guatemala.“ *Human Rights Quarterly* 23(1) (2001): 1–43.
- Chapman, Audrey R. und Hugo van der Merwe. *Truth and Reconciliation in South Africa: Did the TRC deliver?*. Philadelphia: De Gruyter, 2008.
- Chargoña, Pablo. „Caso Elena Quinteros: El ex canciller de la dictadura y el Batallón 13 en el centro de las investigaciones.“ In *Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2004*, 119–125. Montevideo: SERPAJ, 2004.
- Chargoña, Pablo. „Avances, retrocesos y desafíos en la lucha judicial contra la impunidad.“ In *Luchas contra la impunidad. Uruguay 1985–2011*, hrsg. von Gabriela Fried und Francesca Lessa, 163–174. Montevideo: Trilce, 2011.
- Chargoña, Pablo, Leonardo Di Cesare und Fiorella Garbarino. „Después de la disolución del Grupo de Trabajo por Verdad y Justicia: Comentarios sobre la Ley No. 19.822 que comete la búsqueda de personas detenidas desaparecidas a la Institución Nacional de Derechos Humanos y Defensoría del Pueblo,“ Servicio Paz y Justicia – SERPAJ Uruguay, *Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2019*. Montevideo: SERPAJ, 2019: 70–78.
- Cherry, Janet. *Spear of the Nation: Umkhonto WeSizwe*. Athens: Ohio University Press, 2012. Verfügbar unter: <https://www.bookdepository.com/Spear-Nation-Umkhonto-weSizwe-Janet-Cherry/9780821420263> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Christie, Kenneth. *The South African Truth Commission*. Basingstoke, London und New York: Palgrave, 2000.
- Christodoulidis, Emiliós and Scott Veitch, (Hrsg.). *Lethé's Law. Justice: Law and Ethics in Reconciliation*. Oxford: Hart Publishing, 2001.
- Cingranelli, David L. und David L. Richards. „Das Menschenrechtsdatenprojekt von Cingranelli und Richards (CIRI).“ *Human Rights Quarterly* 32 (2010): 401–424. Verfügbar unter: https://www.researchgate.net/publication/236759507_The_Cingranelli_and_Richards_CIRI_Human_Rights_Data_Project. (letzter Zugriff: 23.11.2021).
- Clapham, Christopher. „Re-writing Ethiopian History.“ *Annales d'Éthiopie* 18(1) (2002): 37–54. Clark, Phil und Zachary D. Kaufman, (Hrsg.). *After Genocide: Transitional Justice, Post-Conflict Reconstruction and Reconciliation in Rwanda and Beyond*. London: Hurst, 2008.
- Clark, Phil. *The Gacaca Courts, Post-Genocide Justice and Reconciliation in Rwanda: Justice without Lawyers, Cambridge Studies in Law and Society*. Cambridge: Cambridge University Press, 2010.
- Clark, Phil. „Negotiating Reconciliation in Rwanda: Popular Challenges to the Official Discourse of Post-Genocide National Unity.“ *Journal of Intervention and Statebuilding* 8(4) (2014): 303–320.
- Clark, Phil. *Distant Justice: The Impact of the International Criminal Court on African Politics*. Cambridge: Cambridge University Press, 2018.
- Coleman, Max (Hrsg.). *A Crime Against Humanity: Analysing the Repression of the Apartheid State*. Cape Town: David Philip Pub, 1998.
- Collins, Cath. *Post-Transitional Justice: Human Rights Trials in Chile and El Salvador*. Pennsylvania: Pennsylvania State University Press, 2010.

- Collins, Cath, Katherine Hite und Alfredo Joignant. *Las políticas de la memoria en Chile: Desde Pinochet a Bachelet*. Santiago: Ediciones Universidad Diego Portales, 2013.
- Comblin, José. *The Church and the National Security State*. Maryknoll: Orbis Books, 1979.
- Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación. Informe (1991). Verfügbar unter: <https://bibliotecadigital.indh.cl/handle/123456789/170> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Comisión Nacional sobre Prisión Política y Tortura. Informe (2014). Verfügbar unter: <https://www.indh.cl/destacados-2/comision-valech/> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Comisión para la Paz. *Informe Final*. Montevideo: Comisión para la Paz, 2003.
- CONADEP – Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas. *Nunca Más: Informe de la Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas*. Buenos Aires: Editorial de la Universidad de Buenos Aires, 1984.
- Conferencia Episcopal Argentina. *Iglesia y Democracia en la Argentina: Selección de documentos del Episcopado Argentino*. Buenos Aires: Conferencia Episcopal Argentina, 2006.
- Conley, Bridget. *Memory from the Margins: Ethiopia's Red Terror Martyrs Memorial Museum*. London: Palgrave Macmillan, 2019.
- Contera, Cristina. „La educación superior en Uruguay.“ *Avaliação: Revista da Avaliação da Educação Superior* 13(2) (2008): 533–554.
- Conti, Diana. „La democracia y su respuesta a las violaciones a los Derechos Humanos el pasado.“ *Hechos y Derechos*, 8 (2001): 57–70.
- Cook, Susan E. *Genocide in Cambodia and Rwanda: New Perspectives*. New York: New Brunswick Transaction Publishers, 2006.
- Cornelißen, Christoph, Lutz Klinkhammer und Wolfgang Schwentker (Hrsg.). *Erinnerungskulturen: Deutschland, Italien und Japan seit 1945*. Frankfurt am Main: Fischer, 2003.
- Cornelißen, Christoph. „Vergangenheitsbewältigung – ein deutscher Sonderweg?“ In *Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit*, hrsg. von Katrin Hammerstein et. al., 21–36. Göttingen: Steiner, 2009.
- Cornelißen, Christoph. „Erinnerungskulturen, Version: 2.0.“ In *Docupedia-Zeitgeschichte*, 22.10.2012. Verfügbar unter: http://docupedia.de/zg/cornelissen_erinnerungskulturen_v2_de_2012 (letzter Zugriff: 22.03.2022).
- Crenzel, Emilio. „Dos prólogos para un mismo informe: El Nunca Más y la memoria de las desapariciones.“ *Prohistoria* 11 (2007): 49–60.
- Crenzel, Emilio. „Argentina's National Commission on the Disappearance of Persons: Contributions to Transitional Justice.“ *The International Journal of Transitional Justice* 2 (2008): 173–191.
- Crenzel, Emilio. „The Crimes of the Last Dictatorship in Argentina and its Qualification as Genocide: A Historicization.“ *Global Society* (2019).
- Cunha, Luiz Cláudio. *Operación Cóndor: El secuestro de los uruguayos. Un reportaje del tiempo de la dictadura*. Montevideo: SERPAJ, 2017.
- Dahlmanns, Erika. „New Community, Old Tradition: The Intore Warrior as a Symbol of the New Man. Rwanda's Itorero-Policy of Societal Recreation.“ *Modern Africa: Politics, History and Society* 1 (2015): 113–151.
- Dallaire, Roméo. *Shake Hands with the Devil: The Failure of Humanity in Rwanda*. Toronto: Random House, 2003.
- Daniels, Nicola. „Ex-Prisoners' Association Upset over Robben Island Council ‚Meeting Snub.‘“ *Independent Online*, 27. Januar 2020. Verfügbar unter: <https://www.iol.co.za/capetimes/news/ex-prisoners-association-upset-over-robben-island-council-meeting-snob-41497561> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Davies, Robert und Dan O'Meara. „Total Strategy in Southern Africa: An Analysis of South African Regional Policy since 1978.“ *Journal of Southern African Studies* 11(2) 1. April 1985: 183–211. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/03057078508708096> (letzter Zugriff: 14.07.2021).

- Dávila, Mireya, et al. „The Chilean Experience.“ In *Memory of Nations: Democratic Transition Guide*. Prague: CEVRO, 2019. Verfügbar unter: <http://www.cevro.cz/pdf.php?id=24299> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- de Amézola, Gonzalo. „Currículo oficial y memoria: El pasado reciente en la escuela argentina.“ *Enseñanza de las ciencias sociales* 7 (2008): 47–55.
- de Amézola, Gonzalo. „Una educación por el repudio: La formación ciudadana con el ejemplo de la dictadura militar 1976–1983 en escuelas secundarias de Argentina.“ *CLIO: History and History teaching* 41 (2015). Verfügbar unter: <http://clio.rediris.es/n41/articulos/mono/MonAmezola2015.pdf> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- de Diego, José Luis. *Campo intelectual y campo literario en la Argentina (1970–1986)*. (PhD diss., Universidad Nacional de La Plata, 2000). Verfügbar unter: <http://www.memoria.fahce.unlp.edu.ar/tesis/te.150/te.150.pdf> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Definitions of Power of Provisional Military Administration Council and of its Chairman. Proclamation No.2 /1974, entered into force 15 September 1974.
- de Giorgi, Álvaro. „El ‚Nunca Más‘ uruguayo. Política ritual hacia el pasado reciente en el gobierno del Frente Amplio.“ *Izquierdas* 42 (2018): 63–96.
- de Greiff, Pablo. *Report of the Special Rapporteur on the promotion of truth, justice, reparation and guarantees of non recurrence, Mission to Uruguay*. UN-Menschenrechtsrat, 27. Sitzung, A/HRC/27/56/Add. 2, New York: Vereinte Nationen, 2014.
- de Greiff, Pablo (Hrsg.). *The Handbook of Reparations*. Oxford: Oxford University Press, 2006. Deguefe, Tafara. *Minutes of an Ethiopian Century*. Addis Ababa: Shama Books, 2006.
- de Lame, Danielle. *Une colline entre mille: Transformations et blocages du Rwanda rural*. Tervuren: Musée Royal de l’Afrique Centrale, 1996.
- de León Orpi, Walter. „Juan María Bordaberry: el dictador latinoamericano condenado por delitos de lesa humanidad.“ In *Luchas contra la impunidad: Uruguay 1985–2011*, hrsg. von Gabriela Fried und Francesca Lessa, 175–187. Montevideo: Trilce, 2011.
- Demasi, Carlos. „La trasmisión del pasado traumático: Enseñanza de la dictadura y debate social en Uruguay.“ *ILCEA – Revue de l’Institut des langues et cultures d’Europe, Amérique, Afrique, Asie et Australie* 26 (2016): 1–14. Verfügbar unter: <http://journals.openedition.org/ilcea/3959> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Demasi, Carlos und Jaime Yaffé (Hrsg.). *Vivos los llevaron... Historia de la lucha de Madres y Familiares de Uruguayos Detenidos Desaparecidos (1976–2005)*. Montevideo: Trilce, 2002.
- Denbel, Jima Dilbo. „Transitional Justice in the Context of Ethiopia.“ *International Letters of Social and Humanistic Science* 10 (2013): 73–83. Verfügbar unter: <https://www.scipress.com/ILSHS.10.73.pdf> (letzter Zugriff: 24.11.2021).
- Department of Justice (Südafrika). Draft Regulations for TRC Victims – Education and Medical Assistance (2011). Verfügbar unter: <https://static.pmg.org.za/docs/110411regulations-TRC.pdf> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Department of Justice (Südafrika). Regulations relating to assistance to victims in respect of higher education and training: Promotion of National Unity and Reconciliation Act of 1995 (2014). Verfügbar unter: <https://www.justice.gov.za/legislation/notices/2014/20141103-gg38157-gon852-trc.pdf> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Department of Justice and Constitutional Development (Südafrika). Regulations regarding reparations to victims. No. R. 1660 (2003). Verfügbar unter: https://www.justice.gov.za/trc/legal/20031112-gg25695_nn1660.pdf (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Dervishi, Kastriot. *Sigurimi i Shtetit 1944–1991: Historia e policisë politike të regjimit komunist*. Tiranë: Shtëpia Botuese 55, 2012.
- Dervishi, Kastriot. *Internimi dhe burgimi komunist në Shqipëri*. Tiranë: Shtëpia Botuese 55, 2016a. Dervishi, Kastriot. *Vrasjet në kufi në vitin 1990*. Tiranë: ISKK, 2016b.
- Des Forges, Alison. *Leave None to Tell the Story: Genocide in Rwanda*. New York: Human Rights Watch, 1999.

- Desta, Fisseha. *AbiyotunaTizitaye*. Los Angeles: Tsehai Publishers, 2015.
- de Waal, Alex. „AlemBekagn: the African Union’s accidental human rights memorial.“ *African Affairs* 112 (447) (2013): 191–215.
- Diamint, Rut. „Streitkräfte und Demokratie.“ In *Argentinien nach Menem: Wandel und Kontinuität*, hrsg. von Peter Birle und Sandra Carreras, 313–339. Frankfurt am Main: Vervuert, 2002.
- Diamint, Rut. „La historia sin fin: el control civil de los militares en Argentina.“ *Nueva Sociedad* 213 (2008): 95–111.
- Díaz, José Pedro. „Uruguay: Medios de comunicación y Estado/gobierno: Descubriendo la cenicienta.“ In *¿Por qué nos odian tanto? Estado y medios de comunicación en América Latina* (Bogotá: Centro de Competencia en Comunicación para América Latina/Friedrich Ebert Stiftung, 2010): 245–261.
- Diner, Dan und Gotthard Wunberg (Hrsg.). *Restitution and Memory: Material Restoration in Europe*. New York und Oxford: Berghahn, 2007.
- Dinka, Tesfaye. *Ethiopia during the Derg Years: An Inside Account*. Los Angeles: Tsehai Publishers, 2016.
- Diz, María Luisa. „Teatro x la Identidad: Un escenario para las Abuelas de Plaza de Mayo.“ *Reflexión Académica en Diseño y Comunicación* XXI(42) (2020): 228–234.
- Domenella Amadio, Ana Rosa. „Novelas sobre la dictadura cívico-militar en los ochenta y treinta años después.“ *Revista Huella de la Palabra* 12 (2018): 14–29.
- Doughty, Kristin. „Law and the architecture of social repair: gacaca days in post-genocide Rwanda.“ *Journal of the Royal Anthropological Institute* 21(2) (2015): 419–437.
- Drumbl, Mark A. „Rule of Law Amid Lawlessness: Counselling the Accused in Rwanda’s Domestic Genocide Trials.“ *Colombia Human Rights Law Review* 29 (1997–1998): 545–639.
- Dubois, Olivier. „Rwanda’s national criminal courts and the International Tribunal.“ *International Review of the Red Cross* 79(828) (1997): 717–730.
- du Bois-Pedain, Antje. *Transitional Amnesty in South Africa*. Cambridge: Cambridge University Press, 2007.
- Dvořáková, Vladimira und Anđelko Milardović. *Lustration and Consolidation of Democracy and the Rule of Law in Central and Eastern Europe*. Zagreb: Political Science Research Centre Zagreb, 2007.
- Dwertmann, Eva. *The Reparation System of the International Criminal Court: Its Implementation, Possibilities and Limitations*. Leiden: Brill, 2010.
- Echternkamp, Jörg. „Die Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen.“ Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/199413/die-verfolgung-nationalsozialistischer-gewaltverbrechen> (letzter Zugriff: 22.03.2022).
- Eckel, Jan und Claudia Moisel (Hrsg.). *Universalisierung des Holocaust? Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in internationaler Perspektive*. Göttingen: Wallstein, 2008.
- Edmonds, Amy. „Moral Authority and Authoritarianism: The Catholic Church and the Military Regime in Uruguay.“ *Journal of Church and State* 56(4) (2014): 644–669.
- Eeden, Elize S. van. „South Africa’s Revised History Curriculum on Globalism and National Narratives in Grade 12 Textbooks.“ *Historia* 55, no. 1 (Mai 2010): 110–124.
- Eichmüller, Andreas. „Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen durch westdeutsche Justizbehörden seit 1945: Eine Zahlenbilanz.“ *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 56 (2008): 621–640.
- Elbasani, Arolda und Artur Lipinski. „Transitional Justice in Albania: Historical Burden, Weak Civil Society and Conflicting Interests.“ In *Transitional Justice and Civil Society in the Balkans*, hrsg. von Olivera Simić und Zala Volčič, 105–121. New York: Springer, 2013.
- El Masri, Samar, Tammy Lambert und Joanna R. Quinn (Hrsg.). *Transitional Justice in Comparative Perspective: Preconditions for Success*. Cham: Palgrave Macmillan, 2020.
- Encuesta Bicentenario 2019. (Santiago, Universidad Católica de Chile, 2019). Verfügbar unter: <https://encuestabicentenario.uc.cl/> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Engstrom, Par und Gabriel Pereira. „From Amnesty to Accountability: Ebb and Flow in the Search for Justice in Argentina.“ In *Amnesty in the Age of Human Rights Accountability: Comparative and Internatio-*

- nal Perspectives*, hrsg. von Fancesca Lessa und Leigh A. Payne. Cambridge: Cambridge University Press, 2012.
- Erebara, Rudi. *Epika eyjeve të mëngjesit* [The Epos of the Morning Stars]. Tiranë: Ombra GVG, 2016.
- Errandonea, Jorge. „Justicia transicional en Uruguay.“ *Revista Instituto Interamericana de Derechos Humanos* 47 (2008): 13–69.
- Eser, Albin, et al. (Hrsg.). *Strafrecht in Reaktion auf Systemunrecht: Vergleichende Einblicke in Transitionsprozesse*. 14 Bde. Berlin: Duncker & Humblot, 2000–2012.
- Evans, Christine. *The Right to Reparation in International Law for Victims of Armed Conflict*. Cambridge: Cambridge University Press, 2012.
- Fähnders, Till. „Khieu Samphan gibt sich ahnungslos.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16. August 2021, 8.
- Feld, Claudia. *Del estrado a la pantalla: Las imágenes del juicio e los ex comandantes en Argentina*. Madrid: Siglo XXI Editores, 2002.
- Feld, Claudia. „Memoria colectiva y espacio audiovisual: Historia de las imágenes del juicio a las ex Juntas Militares (1985–1998).“ In *La imposibilidad del olvido. Recorridos de la memoria en Argentina, Chile y Uruguay*, hrsg. von Bruno Groppo und Patricia Flier: 103–114. La Plata: Al Margen/Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine, 2001.
- Ferrara, Anita. *Assessing the Long-Term Impact of Truth Commissions: The Chilean Truth and Reconciliation Commission in Historical Perspective*. Oxford und New York: Routledge, 2015.
- Ferrari, Damián. *Memoria Abierta: Una experiencia de Coordinación Interinstitucional para facilitar el acceso a la información sobre Derechos Humanos*. Minneapolis: 2005. Verfügbar unter: http://www.memoriaabierta.org.ar/materiales/pdf/utilizando_cooperacion.pdf (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- FHC (Äthiopien). *SPO v. Colonel Mengistu Hailemariam et al.* (revidierte Anklageschrift), 28. November 1995, Akte Nr. 1/87.
- FHC (Äthiopien). *SPO v. Dagnenet Ayalew et al.* (Anklageschrift), 23. Dezember 1997, Akte Nr. 13/90.
- FHC (Äthiopien). *SPO v. Tesfaye Belayneh et al.*, (Anklageschrift), 23. Dezember 1997, Akte Nr. 34/89.
- FHC (Äthiopien). *SPO v. Teshome Kebede et al.* (Anklageschrift), 23. Dezember 1997, Akte Nr. 931/89.
- FHC (Äthiopien). *SPO v. Getahun Zenebe Woldeselassie et al.* (revidierte Anklageschrift), 16. Juni 1999, Akte Nr. 962/89.
- FHC (Äthiopien). *SPO v. Colonel Tesfaye Woldeselassie Eshetie et al.* (Anklageschrift), 8. Oktober 2000, Akte Nr. 206/93.
- FHC (Äthiopien). *SPO v. Hailu Burrayyu Sima et al.* (Gerichtsurteil) 31. Oktober 2005, Akte Nr. 03119.
- FHC (Äthiopien). *SPO v. Legesse Asfaw et al.*, (Gerichtsurteil), 4. März 2008, Akte Nr. 03116.
- Fichtelberg, Aaron. *Hybrid Tribunal: A Comparative Examination*. New York: Springer, 2015.
- Fierro, Jorge. „¿Otra película sobre la dictadura? El relato del pasado reciente en el cine uruguayo“ *Brecha* (15.05.2020). Verfügbar unter: <https://brecha.com.uy/otra-pelicula-sobre-la-dictadura/.7> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Filippini, Leonardo. „Reconocimiento y justicia penal en el caso Gelman.“ *Anuario de Derechos Humanos* (2012): 185–193.
- Fischer, Bernd-Jürgen. *Albania at War, 1939–1945*. West Lafayette, Indiana: Purdue University Press, 1999.
- Fischer, Thomas. „Die Tupamaros in Uruguay: Das Modell der Stadtguerrilla.“ In *Die RAF und der linke Terrorismus*, Bd. 2, hrsg. von Wolfgang Kraushaar, 736–750. Hamburg: Hamburger Edition, 2006.
- Forbes, David. „Investigation 168: Long Road to No Justice for TRC Victims.“ *Daily Maverick*, 21. November 2020. Verfügbar unter: <https://www.dailymaverick.co.za/article/2020-11-21-long-road-to-no-justice-for-trc-victims/> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- François, Etienne und Hagen Schulze (Hrsg.). *Deutsche Erinnerungsorte*, Bde. 1–3. München: C. H. Beck, 2001.
- Freedom Park. „Freedom Park Annual Report 2018–2019.“ 2019. Verfügbar unter: https://static.pmg.org.za/Freedom_Park_Annual_Report_201819_Final.pdf (letzter Zugriff: 14.07.2021).

- Freedom Park. „The History of the Park.“ Verfügbar unter: <https://www.sahistory.org.za/place/freedom-park> (Link nicht mehr verfügbar, letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Freeman, Mark. *Necessary Evils: Amnesties and the Search for Justice*. Cambridge: Cambridge University Press, 2009.
- Frei, Norbert (Hrsg.). *Transnationale Vergangenheitspolitik: Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg*. Göttingen: Wallstein, 2006.
- Frei, Norbert. *Vergangenheitspolitik: Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. Munich: Ullstein, 2012.
- Fried Amilivia, Gabriela. „Sealing and Unsealing Uruguay’s Transitional Politics of Oblivion: Waves of Memory and the Road to Justice, 1985–2015.“ *Latin American Perspectives* 43(6) (2016): 103–123.
- Fried Amilivia, Gabriela, Francesca Lessa und Felipe Michelini. „Uruguay: El Cóndor en la bruma.“ In *A 40 años del condor: De las coordinaciones represivas a la construcción de las políticas públicas regionales en derechos humanos*, hrsg. von Javier Palummo, Pedro Rolo Benetti and Luciana Vaccotti, 157–203. Buenos Aires: IPPDH, 2015. Verfügbar unter: <http://www.raadh.mercosur.int/wp-content/uploads/2015/06/A-40-a%C3%B1os-del-C%C3%B3ndor.pdf> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Frieslaar, Geraldine. „Education and Preservation of Sites of Conscience.“ In *Memory of Nations. Democratic Transition Guide: The South African Experience*. CEVRO, 2020. Verfügbar unter: [http://www.cevro.cz/web_files/soubory/democracy-guide/democracy-guide-2019/MN-DTG%202019%20-%20\(12\)%20The%20South%20African%20Experience.pdf](http://www.cevro.cz/web_files/soubory/democracy-guide/democracy-guide-2019/MN-DTG%202019%20-%20(12)%20The%20South%20African%20Experience.pdf) (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Fuchs, Ruth. *Staatliche Aufarbeitung von Diktatur und Menschenrechtsverbrechen in Argentinien: Die Vergangenheitspolitik der Regierungen Alfonsín (1983–1989) und Menem (1989–1999) im Vergleich*. Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde, 2003.
- Fuentes, Claudio. „The Unlikely Outcome: Transitional Justice in Chile 1990–2008.“ In *After Oppression*, hrsg. von Vesselin Popovski, 116–142.
- Fujii, Lee. *Killing Neighbors: Webs of Violence in Rwanda*. New York: Cornell University Press, 2011.
- Gahima, Gerald. *Transitional Justice in Rwanda: Accountability for Atrocity*. New York: Routledge, 2013.
- Galain Palermo, Pablo. „Uruguay.“ In *Injusticia de Transición: Informes de América Latina, Alemania, Italia y España*, hrsg. von Kai Ambos, Ezequiel Malarino und Gisela Elsner, 391–414. Berlin und Montevideo: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009.
- Galain Palermo, Pablo. „La justicia de transición en Uruguay: Un conflicto sin resolución.“ *Revista de Derecho* 6 (2011): 109–153.
- Ganzenmüller, Jörg (Hrsg.). *Recht und Gerechtigkeit: Die strafrechtliche Aufarbeitung von Diktaturen in Europa*. Köln: C. H. Beck, 2017.
- García, Martina Eva. „Archivo, Testimonios y Memorias en Uruguay.“ *Aletheia* 10/20 (2020): 1–13. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.24215/18533701e051> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- García, Victoria. „Testimonio y ficción en la Argentina de la postdictadura: Los relatos del sobreviviente-testigo.“ *Revista Chilena de Literatura* 93 (2016): 73–100.
- Gargiulo Silvarriño, Liliana und Fabián Hernández Muñiz. „Archivos y derechos humanos en Uruguay. Estado de la cuestión. La Secretaría de Derechos Humanos para el Pasado Reciente de la Presidencia de la República Oriental del Uruguay: génesis y acciones archivísticas actuales.“ *Informatio* 23(1) (2018): 95–117.
- Garretón, Manuel Antonio. *La posibilidad democrática en Chile*. Santiago: Flacso Chile, 1988.
- Garzón Valdés, Ernesto. „El Terrorismo de Estado (El problema de su legitimación e ilegitimidad).“ *Revista de Estudios Políticos (Nueva Época)* 65 (1989): 35–55.
- Geschichte der Gegenwart, Wallstein Verlag. Verfügbar unter: <https://www.wallstein-verlag.de/reihen/geschichte-der-gegenwart.html> [Buchreihe].
- Geschichte der Gegenwart: Beiträge zur öffentlichen Debatte. Verfügbar unter: <https://geschichtedergegenwart.ch> (Weblog).

- Gauteng Provincial Government. „Gauteng Provincial Government Annual Report 2017–2018,“ 2018. Verfügbar unter: https://provincialgovernment.co.za/entity_annual/400/2018-gauteng-gauteng-growth-and-development-agency-ggda-annual-report.pdf (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Gevers, Christopher. „Prosecuting the Crime Against Humanity of Apartheid: Never, Again.“ *African Yearbook of International Humanitarian Law*, 2018. Verfügbar unter: https://www.academia.edu/39736593/Prosecuting_the_Crime_Against_Humanity_of_Apartheid_Never_Again (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Giambruno, Rafael. „A mitad de camino: El gobierno de izquierda ante el desarrollo de políticas reparatorias en Uruguay (1985–2015).“ In Servicio Paz y Justicia – SERPAJ Uruguay, *Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2016* (Montevideo: SERPAJ, 2016), 76–83.
- Ginzberg, Victoria. „Quién es el nieto 130: La historia de Javier Matías Darroux Mijalchuk.“ *Página/12* (14.06.2019).
- Girmachew, Alemu, Charles Schaefer and Kjetil Tronvoll. *The Ethiopian Red Terror Trials: Transitional Justice Challenged*. Suffolk: Woodbridge, 2009.
- Glos, Walter und Jonila Godole. „Albanien: Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit, Länderbericht.“ *Konrad-Adenauer-Stiftung*, Dezember 2017. Verfügbar unter: https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=21700176-c5c0-ecc8-0c12-66e59964e5a0&groupId=252038 (letzter Zugriff: 14.01.2021).
- Godole, Jonila. *Gazetaria shqiptare në tranzicion*. Tiranë: Papirus, 2014.
- Godole, Jonila und Sonila Danaj. „Who died? The Role of Journalists in Framing Collective Memory in Albania.“ In *Media Transformation and Collective Memory in Albania*, hrsg. von Godole und Danaj. Tiranë: IDMC, 2015.
- Godole, Jonila. „Albanien: Deutschland als Musterland.“ *bbp*, 2016. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/225357/albaniendeutschland-als-musterland> (letzter Zugriff: 31.10.2020).
- Godole, Jonila. „Das Erbe der kommunistischen Diktatur in Albanien.“ In *Disziplinieren und Strafen*, hrsg. von Jörg Baberowski et al., 293–311. Berlin: Campus Verlag, 2021.
- Godole, Jonila und Valbona Bezati. „Në shërbim të popullit – Politikat kufitare në Shqipërinë komuniste.“ In *Profile të armikut të popullit në diktaturë, Verëffentlichung der Konferenzbeiträge vom 17.–18. Mai 2019*, 13–32. Tiranë: Onufri, 2021. Verfügbar unter: https://issuu.com/aidssh/docs/profilet_e_armikut_t_popullit (11.10.2022).
- Goldsmith, Jack und Stephen D. Krasner. „The Limits of Idealism.“ *Daedalus* 132(47) (2003): 47–63.
- González Baica, Soledad und Mariana Riso Fernández (Hrsg.). *Las Laurencias: Violencia sexual y de género en el terrorismo de Estado uruguayo*. Montevideo: Trilce, 2012.
- González de Oleaga, Marisa. „¿La memoria en su sitio? El museo de la Escuela de Mecánica de la Armada.“ *Kamchatka: Revista de análisis cultural* 13 (2019): 117–162.
- Goswinkler, Dieter und Johannes Masing (Hrsg.). *Die Verfassungen in Europa 1789–1949*. München: C. H. Beck, 2006.
- Gready, Paul. „Novel Truths: Literature and Truth Commissions.“ *Comparative Literature Studies* 46(1) (2009): 156–76.
- Gready, Paul. *The Era of Transitional Justice: The Aftermath of the Truth and Reconciliation Commission in South Africa and Beyond*. New York: Routledge, 2010.
- Grupo de Investigación en Antropología Forense (GIAF Uruguay). *Investigaciones Arqueológicas sobre Detenidos Desaparecidos en la última dictadura cívico-militar*. Informes de Actividades (Montevideo: GIAF, 2006 ff.).
- Grupo de Investigación en Antropología Forense (GIAF Uruguay). *Investigaciones antropológicas sobre Detenidos Desaparecidos en la última dictadura cívico-militar. Informe de actividades año 2011–2012* (Montevideo: GIAF 2012).

- Guembe, María José. „Die Suche nach Wahrheit vor den Gerichten.“ In *Experimente mit der Wahrheit: Rechtssysteme im Wandel und die Prozesse der Wahrheitsfindung und Versöhnung. Documenta11_Plattform2*, hrsg. von Okwui Enwezor et al., 261–272. Ostfildern: Hatje Cantz, 2002.
- Guembe, María José. „Reopening of Trials for Crimes Committed by the Argentine Military Dictatorship.“ *Sur – International Journal on Human Rights* 3 (2005): 115–131.
- Guembe, María José. „Economic Reparations for Grave Human Rights Violations.“ In *The Handbook of Reparations*, hrsg. von Pablo de Greiff, 21–47. Oxford: Oxford University Press, 2006.
- Guglielmucci, Ana. „Transición política y reparación a las víctimas del terrorismo de estado en la Argentina: algunos debates pendientes.“ *Taller. Revista de Sociedad, Cultura y Política en América Latina* 4(5) (2015): 24–42.
- Guianze, Mirtha. „La Ley de Caducidad, las luchas por la Justicia y por la jurisdicción universal de los derechos humanos en Uruguay.“ In *Luchas contra la impunidad. Uruguay 1985–2011*, hrsg. von Gabriela Fried und Francesca Lessa, 189–202. Montevideo: Trilce, 2011.
- Guyer, Sara. „Rwanda’s Bones.“ *Boundary 2* 36(2) (2009): 155–175.
- Guzman Bouvard, Marguerite. *Revolutionizing Motherhood: The Mothers of the Plaza de Mayo* Wilmington: S. R. Books, 1994.
- Hahn-Godeffroy, Emily. *Die südafrikanische Truth and Reconciliation Commission*. Baden-Baden: Nomos, 1998.
- Haile, Dadimos. *Accountability for Crimes of the Past and the Challenges of Criminal Prosecution: The Case of Ethiopia*. Leuven: Leuven University Press, 2000.
- Haile-Selassie, Teferra. *The Ethiopian Revolution 1974–1991: From a Monarchical Autocracy to a Military Oligarchy*. London: Kegan Paul International, 1997.
- Harden, Blaine. „Rebel leaders Pledges Coalition Government, then Free Elections.“ *The Washington Post*, 29. Mai 1991. Verfügbar unter: <https://www.washingtonpost.com/archive/politics/1991/05/29/rebel-leader-pledges-coalition-government-then-free-elections/a5818143-9397-470d-a1b2-b44e28e9e98d/> (letzter Zugriff: 20.03.2020).
- Harris, Paul. „Spin’ on Boer Atrocities.“ *The Guardian*, 9. Dezember 2001, sec. World news. Verfügbar unter: <http://www.theguardian.com/world/2001/dec/09/paulharris.theobserver> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Haschke, Peter. *The Political Terror Scale (PTS) Codebook*. Ashville, 2017. Verfügbar unter: <https://www.politicalterrorscale.org/Data/Files/PTS-Codebook-V100.pdf> (letzter Zugriff: 23.11.2021).
- Hatzfeld, Jean. *Life Laid Bare: The Survivors in Rwanda Speak*. New York: Other Press, 2007. Hatzfeld, Jean. *The Antelope’s Strategy: Living in Rwanda After the Genocide*. New York: Picador, 2010.
- Hauck, Kuno und Rainer Huhle. „20 Jahre *Madres de Plaza de Mayo*: Geschichte, Selbstverständnis und aktuelle Arbeit der *Madres de Plaza de Mayo* in Argentinien.“ In *Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika*, hrsg. von Detlef Nolte, 108–127. Frankfurt am Main: Vervuert, 1996.
- Havel, Vaclav. „New Years’ Address to the Nation.“ In *The Art of the Impossible*. New York, 1984.
- Hayner, Priscilla B. „Past Truths, Present Dangers: The Role of Official Truth Seeking in Conflict Resolution and Prevention.“ In *International Conflict Resolution after the Cold War*, hrsg. von Paul Stern und Daniel Druckman, 338–382. Washington DC.: National Academy Press, 2000.
- Hayner, Priscilla B. *Unspeakable Truths: Facing the Challenge of Truth Commissions*. New York und London: Routledge Chapman & Hall, 2002.
- Hayner, Priscilla B. *Unspeakable Truths: Transitional Justice and the Challenge of Truth Commissions*. New York: Routledge, 2010.
- Herf, Jeffrey. *The Jewish Enemy: Nazi Propaganda during World War II and the Holocaust*. Cambridge: Harvard University Press, 2006.
- Heinz, Wolfgang S. „Militär und Demokratie.“ In *Argentinien: Politik, Wirtschaft, Kultur und Außenbeziehungen*, hrsg. von Detlef Nolte und Nikolaus Werz, 225–240. Frankfurt am Main: Vervuert, 1996.
- Heinz, Wolfgang S. „Determinants of Gross Human Rights Violations by State and State-sponsored Actors in Uruguay 1960–1990.“ In *Determinants of Gross Human Rights Violations by State and State-sponsored*

- Actors in Brazil, Uruguay, Chile, and Argentina 1960–1990*, hrsg. von Wolfgang S. Heinz und Hugo Frühling, 219–387. Den Haag, Boston und London: M. Nijhoff cop., 1999.
- Hemmerling, Mario. *Vergangenheitsaufarbeitung im postautoritären Argentinien: Ein Beitrag zur Reaktion des Verfassungsrechts und der Verfassungsgerichtsbarkeit auf staatlich gesteuertes Unrecht im Lichte völkerrechtlicher Verpflichtungen*. Baden-Baden: Nomos, 2011.
- Henze, Paul. *Rebels and separatist in Ethiopia: regional resistance to a Marxist Regime*. RAND Corporation, 1985.
- Henze, Paul B. *Layers of Time: A history of Ethiopia*. New York: Palgrave, 2000.
- Higher Education Institutions Administration (Äthiopien). Proclamation No.109/1977 in Kraft getreten am 13. Januar 1977, Article 3(1).
- Hinton, Alexander Laban. *Transitional Justice: Global Mechanisms and Local Realities After Genocide and Mass Violence*. New Brunswick: Rutgers University Press, 2010.
- Hitchcott, Nicki. „Seeing the Genocide against the Tutsi through someone else’s eyes: Prosthetic memory and Hotel Rwanda.“ *Memory Studies* (zuerst online 2020).
- Hoeres, Peter. *Krieg der Philosophen: Die deutsche und die britische Philosophie im Ersten Weltkrieg*. Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2004.
- Hoeres, Peter. „Vom Paradox zur Eindeutigkeit: Der 8. Mai in der westdeutschen Erinnerungskultur.“ In *Der 8. Mai 1945 im Geschichtsbild der Deutschen und ihrer Nachbarn*, hrsg. von Bernd Heidenreich, Evelyn Brockhoff und Andreas Rödder, 47–58. Wiesbaden: Hessische Landeszentrale für politische Bildung, 2016.
- Hoeres, Peter. „Der Versailler Vertrag: Ein Frieden, der kein Frieden war.“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* 15 (2019): 38–44. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/apuz/288788/versailler-vertrag-ein-frieden-der-kein-frieden-war?p=all> (letzter Zugriff: 22.03.2022).
- Hoeres, Peter. *Zeitung für Deutschland: Die Geschichte der FAZ*. München und Salzburg: Benevento, 2019.
- Hoffmann, Deborah und Frances Reid. *A Long Night’s Journey into Day*, 2000.
- Hola, Barbora und Hollie Brehm. „Punishing Genocide: A Comparative Empirical Analysis of Sentencing Laws and Practices at the International Criminal Tribunal for Rwanda (ICTR), Rwandan Domestic Courts, and Gacaca Courts.“ *Genocide Studies and Prevention: An International Journal* 10(3) (2016): 59–80.
- Hola, Barbora und Alette Smeulers. „Rwanda and the ICTR – Facts and Figures.“ In *Elgar Companion to the International Criminal Tribunal for Rwanda (ICTR)*, hrsg. von Alette Smeulers und Annemarie de Brouwer, 44–76. Glos: Edward Elgar Publishing Ltd, 2016.
- Horne, Cynthia M. „Lustration, Transitional Justice, and Social Trust in Post-Communist Countries: Repairing or Wresting the Ties that Bind?“ *Europe-Asia Studies* 66(2) (2014): 225–254. Verfügbar unter: <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/09668136.2014.882620> (letzter Zugriff: 09.11.2021).
- Hoxha, Çelo. *Krimet e komunistëve gjatë luftës 1941–1945*. Tiranë: ISKK 2014.
- Hoxha, Nexhmije. *Përjetime dhe meditime në jetën time politike*. Tirana: Ilar, 2019.
- Hughes, James und Denisa Kostovicova. *Rethinking Reconciliation and Transitional Justice after Conflict*. Abingdon: Routledge, 2018.
- Huikuri, Salla. *The Institutionalization of the International Criminal Court*. Cham: Palgrave Macmillan, 2019.
- Human Rights Watch. „Evil Days: 30 Years of War and Famine in Ethiopia.“ Report of African Watch, September 1991. Verfügbar unter: <https://www.hrw.org/sites/default/files/reports/Ethiopia919.pdf> (letzter Zugriff: 20.03.2020).
- Human Rights Watch. „Decision to Deny ANC Leaders Amnesty Applauded.“ Human Rights Watch, 1999. Verfügbar unter: <https://www.hrw.org/news/1999/03/03/decision-deny-anc-leaders-amnesty-applauded> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Human Rights Watch und Amnesty International. „Truth and Justice: Unfinished Business in South Africa.“ Amnesty International / Human Rights Watch Briefing Paper, 2003. Verfügbar unter: <https://www.hrw.org/legacy/background/africa/truthandjustice.htm> (letzter Zugriff: 14.07.2021).

- Human Rights Watch. *Law and Reality: Progress in Judicial Reform in Rwanda* (New York, 2008) Human Rights Watch. *Justice Compromised – The Legacy of Rwanda’s Community-Based Gacaca Courts*, 31. Mai 2011. Verfügbar unter: https://www.hrw.org/sites/default/files/reports/rwanda0511webwcover_0.pdf. (letzter Zugriff: 22.03.2022).
- Huntington, Samuel. *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*. London: University of Oklahoma Press, 1991.
- Huyse, Luc und Mark Salter. *Traditional Justice and Reconciliation after Violent Conflict: Learning from African Experiences*. Stockholm: International Institute for Democracy and Reconciliation, 2008.
- Huyse, Luc. *Transitional Justice after War and Dictatorship: Learning from European Experiences 1945–2010. Abschlussbericht Januar 2013*. Brussels: CEGES SOMA, 2013.
- Ibreck, Rachel. „The politics of mourning: Survivor contributions to memorials in post-genocide Rwanda.“ *Memory Studies* 3(4) (2010): 330–343.
- Ibreck, Rachel. „The Time of Mourning: The Politics of Commemorating the Tutsi Genocide in Rwanda.“ In *Public Memory, Public Media, and the Politics of Justice*, hrsg. von Philip Lee und Pradip Thomas, 98–121. London: Palgrave Macmillan, 2012.
- ICTR, *Key Figures of ICTR Cases*. Verfügbar unter: <https://unictr.irmct.org/sites/unictr.org/files/publications/ictcr-key-figures-en.pdf> (letzter Zugriff: 24.11.2021).
- IDMC. *(Non)rehabilitation of Political Persecuted in the Process of Transitional Justice in Albania 1991–2018*. Tiranë: IDMC, 2019.
- IDMC. *Filmat e Kinostudios pasuri kombëtare apo propagandë?* Tiranë: IDMC, 2019.
- Idrizi, Idris. „Zwischen politischer Instrumentalisierung und Verdrängung: Die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus in Öffentlichkeit, Geschichtspublizistik und Historiografie im postkommunistischen Albanien.“ *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (2014). Berlin: Metropol, 2014.
- Idrizi, Idris. *Herrschaft und Alltag im albanischen Spätsozialismus 1976–1985*. Berlin und Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2019.
- IJR. „SA Reconciliation Barometer Report.“ Cape Town: Institute for Justice and Reconciliation, 2019. Verfügbar unter: <http://www.ijr.org.za/home/wp-content/uploads/2019/12/800108-IJR-Barometer-Report-2019-final-web.pdf> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Ingelaere, Bert. *Does the Truth Pass Across Fire without Burning? Transitional Justice and its Discontents in Rwanda’s Gacaca Courts*. Antwerpen: Management IoDPa Discussion Paper, 2007.
- International Journal of Transitional Justice*. Mission statement. Verfügbar unter: <https://academic.oup.com/ijtj/pages/About> (letzter Zugriff: 22.03.2022).
- Jallow, Hassan Bubacar. „The Contribution of the International Criminal Tribunal for Rwanda to the Development of International Criminal Law.“ In *After Genocide: Transitional Justice, Post-Conflict Reconstruction and Reconciliation in Rwanda and Beyond*, hrsg. von Phil Clark und Zachary D. Kaufman, 261–279. London: Hurst, 2008.
- Jansen, Jonathan. „Rethinking Education Policy Making in South Africa: Symbols of Change, Signals of Conflict.“ In *Educational in Retrospect: Policy and Implantation 1990–2000*, hrsg. von Andre Kraak und Michael Young, 40–57. Pretoria: HSRC Press, 2001.
- Jeffery, Renee und Hun Joon Kim. *Transitional Justice in the Asia-Pacific*. New York: Cambridge University Press, 2015.
- Jelin, Elisabeth. „The Politics of Memory: The Human Rights Movement and the Construction of Democracy in Argentina.“ *Latin American Perspectives* 21(2) (1994): 38–58.
- Jelin, Elisabeth. „La política de la memoria: El movimiento de Derechos Humanos y la construcción democrática en argentina.“ In *Juicio, castigos y memorias. Derechos humanos y justicia en la política argentina*, hrsg. von Carlos H. Acuña et al., 103–146. Buenos Aires: Ediciones Nueva Visión, 1995.
- Jelin, Elisabeth. „Memorias en conflict.“ *Puentes* 1(1) (2000): 6–13.
- Jelin, Elisabeth. „Introducción: Gestión política, gestión administrativa y gestión histórica: Ocultamientos y descubrimientos de los archivos de la represión.“ In *Los archivos de la represión: Documentos, memo-*

- ría y verdad*, hrsg. von Ludmila da Silva Catela und Elizabeth Jelin, Madrid: Siglo XXI editores, 2002, 1–13.
- Jelin, Elisabeth. *State Repression and the Labors of Memory*. Minnesota: University of Minnesota Press, 2003.
- Jensen, Silvina und María Lorena Montero. „Prisión política y destierro en la Argentina dictatorial: Materiales y preguntas para la construcción de nuevos objetos de estudio.“ In *Izquierdas* 26 (2016): 99–122.
- Jeßberger, Florian und Julia Geneuss (Hrsg.). *Zehn Jahre Völkerstrafgesetzbuch*. Baden-Baden: Nomos, 2013.
- Jeßberger, Florian und Gerhard Werle. *Völkerstrafrecht*. Tübingen: Mohr Siebeck, 52020.
- Joignant, Alfredo und Pedro Güell (Hrsg.). *Notables, Tecnócratas y Mandarines: Elementos de sociología de las elites en Chile (1990–2010)*. Santiago: Ediciones Universidad Diego Portales, 2011.
- Jones, Bruce D. *Peacemaking in Rwanda: The Dynamics of Failure*. Boulder, CO: Lynne Rienner, 2001.
- Jones Daniel, Santiago Luján und Analía Quintáns. „De la resistencia a la militancia: las Iglesias evangélicas en la defensa de los derechos humanos (1976–1983) y el apoyo al matrimonio igualitario (2010) en Argentina.“ *Espiral, Estudios sobre Estado y Sociedad* XX/59 (2014): 109–142.
- Jones, Nicholas A. *The Courts of Genocide: Politics and the Rule of Law in Rwanda and Arusha*. New York: Routledge, 2010.
- Jorda, Romana. *El Reflejo de la Dictadura en el cine chileno*. Vienna: Universität Wien, 2011. Verfügbar unter: https://www.academia.edu/33028751/Romana_Jorda_El_reflejo_de_la_dictadura_en_el_cine_chileno (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Judges Matter. „The Make-Up Of South Africa’s Judiciary.“ 29. März 2017. Verfügbar unter: <https://www.judgesmatter.co.za/opinions/south-africa-judges/> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Jureit, Ulrike und Carsten Schneider. *Gefühlte Opfer: Illusionen der Vergangenheitsbewältigung*. Stuttgart: Klett-Cotta, 2010.
- Kadare, Ismail. *Die Verbannte*. Frankfurt am Main: S. Fischer, 2017. Kadare, Ismail. *Kur sunduesit grinden*. Tiranë: Onufri, 2018.
- Kaitesi, Usta. *Genocidal Gender and Sexual Violence: The legacy of the ICTR, Rwanda’s ordinary courts and gacaca courts*. PhD Thesis: Utrecht University, 2013.
- Kaleck, Wolfgang, Michael Ratner, Tobias Singelstein und Peter Weiss (Hrsg.). *International Prosecution of Human Rights Crimes*. Berlin und New York: Springer, 2006.
- Kaleck, Wolfgang. *Kampf gegen die Straflosigkeit: Argentinien’s Militärs vor Gericht*. Berlin: Wagenbach, 2010.
- Kalo, Isuf. *Blloku: Rrëfimi i mjekut personal të Enver Hoxhës*. Tirana: UET Press, 2019.
- Kamatalli, Jean Marie. „The Challenge of Linking International Criminal Justice and National Reconciliation: the Case of the ICTR.“ *Leiden Journal of International Law* 16(1) (2003): 115–133.
- Kaminsky, Anna (Hrsg.). *Orte des Erinnerns: Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR*. Berlin: Ch. Links, 2016.
- Kant, Immanuel. *Werke in zwölf Bänden*, Bd. 8. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1977.
- Kaufman, Stuart J. „South Africa’s Civil War, 1985–1995.“ *South African Journal of International Affairs* 24, Nr. 4 (2. Oktober 2017): 501–521. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/10220461.2017.1422012> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Kebede, Messay. „The Civilian left and the Radicalization of Dergue.“ *Journal of Developing Societies* 24(2) (2008): 159–182.
- Keller, Sven. „Er bleibt – aber wie? Der Obersalzberg als Hitler-Ort.“ In *Aufarbeitung des Nationalsozialismus*, hrsg. von Magnus Brechtken, 284–316.
- Kerbusch, Ernst-J. „Die Wahlen vom 28. November 1971 in Uruguay.“ *Verfassung und Recht in Übersee* 5 (1972): 387–398.
- Kim, Hun Joon. *Expansion of Transitional Justice Measures: A Comparative Analysis of its Causes*. PhD diss., Minnesota, 2008.
- King, Elisabeth. „From classrooms to conflict in Rwanda.“ *African Affairs* 114(454) (2014): 156–158. King, Peter John. „Comparative Analysis of Human Rights Violations under Military Rule in Argentina, Brazil, Chile, and Uruguay.“ *Statistical Abstract of Latin America* 27 (1989): 1043–1065.

- Kittel, Manfred. *Die Legende von der „Zweiten Schuld“: Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer*. Frankfurt am Main und Berlin: Ullstein, 1993.
- Kittel, Manfred. *Nach Nürnberg: „Vergangenheitsbewältigung“ in Japan und Westdeutschland 1945 bis 1968*. München: De Gruyter Oldenbourg, 2004.
- Klein, Herbert S. „La Seguridad Nacional y la destrucción de regímenes democráticos en América Latina.“ *Políticas de la Memoria* 18 (2018/2019): 49–63.
- Klumpp, Guido. *Vergangenheitsbewältigung durch Wahrheitskommissionen – das Beispiel Chile*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag, 2001.
- Knabe, Hubertus. *Die Täter sind unter uns: Über das Schönreden der SED-Diktatur*. Berlin: Propyläen, 2007.
- Knabe, Hubertus. *Die unterwanderte Republik: Stasi im Westen*. Berlin: Propyläen, 1999.
- Knigge, Volkhard und Norbert Frei. *Verbrechen erinnern: Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*. München: C. H. Beck, 2002.
- Knoch, Habbo. „Gedenkstätten.“ In *Docupedia-Zeitgeschichte*, 11. September 2018. Verfügbar unter: http://docupedia.de/zg/Knoch_gedenkstaetten_v1_de_2018 (letzter Zugriff: 24.11.2021).
- Knust, Nandor. *Strafrecht und Gacaca: Entwicklung eines pluralistischen Rechtsmodells am Beispiel des ruandischen Völkermordes*. Berlin: Duncker & Humblot, 2011.
- Kogon, Eugen. *Der SS-Staat: Das System der deutschen Konzentrationslager*. München: dtv, 1946.
- Kohl, Christine von. *Albanien*. München: Beck Verlag, 2003.
- Koselleck, Reinhart. „Gibt es ein kollektives Gedächtnis?“ *Divinatio* 19 (2004): 23–28.
- Korman, Remi. „The Tutsi Body in the 1994 Genocide: Ideology, Physical Destruction, and Memory.“ In *Destruction and Human Remains: Disposal and Concealment in Genocide and Mass Violence*, hrsg. von Jean-Marc Dreyfus und Elisabeth Anstett, 226–242. Manchester: Manchester University Press, 2014.
- Krasniqi, Afrim. „Trajtimi i të kaluarës në raport krahasues: Shqipëria dhe Evropa Lindore.“ In *Të mohuar nga regjimi*. Tiranë: AIDSSH, 2020.
- Kretsi, Georgia. *Verfolgung und Gedächtnis in Albanien: Eine Analyse postsozialistischer Erinnerungsstrategien*. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, 2007.
- Kroh, Jens. *Transnationale Erinnerung: Der Holocaust im Fokus geschichtspolitischer Initiativen*. Frankfurt am Main: Campus, 2008.
- Kutzner, Maximilian. „Tagungsbericht: HT 2018: Gespaltene Erinnerung und Elitenkontinuitäten. Posttotalitäre Gesellschaften im Vergleich, 25.09.2018–28.09.2018 Münster.“ *H-Soz-Kult*, 2. November 2018. Verfügbar unter: <http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7923>. (letzter Zugriff: 22.03.2022).
- Labuschagne, Pieter. „Balancing the Past and the Future in South Africa: A Spatial Analysis of the Apartheid Museum as an Instrument for Dealing with a Contested Past.“ *South African Journal of Art History* 27 (2012).
- Lahiff, Edward et al. „Land Redistribution and Poverty Reduction in South Africa.“ *Programme for Land and Agrarian Studies*, University of the Western Cape, 2008.
- Lamb, Guy. „Dismantling of the State Security Apparatus.“ In *Memory of Nations: Democratic Transitions Guide – The South African Experience*, hrsg. von CEVRO, 7–17. CEVRO, 2020.
- Lame, Qemal. *Kur shembeshin themelet*. Tiranë: Onufri, 2014.
- Lame, Qemal. *Dritëhijet e kohës: Letërsia dhe arti në diktaturë: Përndjekja e Ismail Kadaresë*. Tiranë: Neraida, 2020.
- Landkammer, Joachim. *Erinnerungsmanagement: Systemtransformation und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich*. München: Wilhelm Fink, 2006.
- Laplante, Lisa J. „The plural justice aims of reparations.“ In *Transitional Justice Theories*, hrsg. von Susanne Buckley-Zistel, Teresa Koloma Beck, Christian Braun und Friederike Mieth, 40–66. New York: Routledge, 2014.
- Larraín, Hernán und Ricardo Núñez (Hrsg.). *Las Voces de la Reconciliación*. Santiago: Intituto de Estudios de la Sociedad, 2013.

- Larrobla, Carla und Fabiana Larrobla. „Las investigaciones históricas de la Universidad de la República.“ *ILCEA – Revue de l’Institut des langues et cultures d’Europe, Amérique, Afrique, Asie et Australie* 26 (2016): 1–11. Verfügbar unter: <https://journals.openedition.org/ilcea/3950> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Lau, Carola. *Erinnerungsverwaltung, Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur nach 1989: Institute für nationales Gedenken im östlichen Europa im Vergleich*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2017.
- Laucero, Malena. „Los Centros clandestinos: Núcleo duro de la Política Terrorista del Estado. In Servicio Paz y Justicia – SERPAJ Uruguay.“ In *Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2016*, 84–99. Montevideo: SERPAJ, 2016.
- Laucero, Malena und Efraín Olivera. „Memoria y sitios de memoria: el pasado en disputa, in Servicio Paz y Justicia – SERPAJ Uruguay.“ In *Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2019*, 100–114. Montevideo: SERPAJ, 2019.
- Lazzara, Michael. *Chile in Transition: The Poetics and Politics of Memory*. Gainesville: De Gruyter, 2006.
- Leese, Daniel. *Maos langer Schatten: Chinas Umgang mit der Vergangenheit*. München: C. H. Beck, 2020.
- Lemarchand, Rene. *The Dynamics of Violence in Central Africa*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press, 2009.
- Lenton, Diana et al. „Huellas de un genocidio silenciado: Los indígenas en Argentina.“ *Conceptos* 90 (2015): 119–142.
- Lessa, Alfonso. *La revolución imposible: Los Tupamaros y el fracaso de la vía armada en el Uruguay del siglo XX*. Montevideo: Fin de Siglo, 2010.
- Lessa, Francesca und Gabriela Fried. „Las múltiples máscaras de la impunidad: la Ley de Caducidad desde el Sí Rosado hasta los desarrollos recientes.“ In *Luchas contra la impunidad. Uruguay 1985–2011*, hrsg. von Gabriela Fried und Francesca Lessa, 31–44. Montevideo: Trilce, 2011.
- Lessa, Francesca und Leigh A. Payne (Hrsg.). *Amnesty in the Age of Human Rights Accountability: Comparative and International Perspectives*. Cambridge: Cambridge University Press, 2012.
- Lessa, Francesca. „Elusive Justice, Changing Memories and the Recent Past of Dictatorship and Violence in Uruguay: An Analysis of the 2012 Public Act in the Gelman Case.“ *International Journal for Conflict and Violence* 8/1 (2014): 75–90.
- Lessa, Francesca. „¿Justicia o impunidad? Cuentas pendientes a treinta años del retorno a la democracia.“ *ILCEA – Revue de l’Institut des langues et cultures d’Europe, Amérique, Afrique, Asie et Australie* 26 (2016): 1–16. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.4000/ilcea.3874> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Lessa, Francesca. *Justice without Borders: Accountability for Plan Condor Crimes in South America*. Oxford: University of Oxford, Latin American Centre, 2016. Verfügbar unter: https://www.lac.ox.ac.uk/sites/default/files/lac/documents/media/policy_brief_eng.pdf (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Lessa, Francesca und Elin Skaar. „Uruguay: Halfway towards accountability.“ In *Transitional Justice in Latin America. The uneven road from impunity towards accountability*, hrsg. von Elin Skaar, Jemima García-Godos und Cath Collins, 77–102. London und New York: Routledge, 2017.
- Levy, Daniel und Natan Sznaider. *Erinnerung im globalen Zeitalter: Der Holocaust*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2001.
- Lewthwaite, Gilbert A. „Rebels pledge democracy in Ethiopia: U. S.-brokered talks end in agreement after fall of capital.“ *The Baltimore Sun*, 29. Mai 1991. Verfügbar unter: http://Articles.baltimoresun.com/1991-05-29/news/1991149072_1_addis-ababa-ethiopians-eprdf (letzter Zugriff: 20.03.2020).
- Licklider, Roy. „The Ethics of Advice: Conflict Management vs. Human Rights in Ending Civil Wars.“ *Journal of Human Rights* 7(4) (2008): 376–387.
- Liscano, Carlos. *Ejercicio de la Impunidad: Sanguinetti y Batlle contra Gelman*. Montevideo: Ediciones del Caballo Perdido, 2004.
- Lleshanaku, Luljeta. *Kinder der Natur*. Wien: Edition Korrespondenzen, 2010.
- Lleshanaku, Luljeta. *Negative Space*. New York: New Directons Publishing, 2018.
- Lodge, Tom. „State of Exile: The African National Congress of South Africa, 1976–86.“ *Third World Quarterly* 9, 1 (1987): 1–27.

- Logman, Timothy und Theoneste Rutagengwa. „Memory and Violence in Postgenocide Rwanda.“ In *States of Violence, Politics, Youth and Memory in Contemporary Africa*, hrsg. von Edma G. Bay und Donald L. Donham, 236–260. Charlottesville und London: University of Virginia Press, 2006.
- Longman, Timothy. „Limitations to Political Reform: The Undemocratic Nature of Transition in Rwanda.“ In *Remaking Rwanda: State-Building and Human Rights after Mass Violence*, hrsg. von Scott Straus und Lars Waldorf, 25–48. Wisconsin: Wisconsin University Press, 2011.
- Longman, Timothy. *Memory and Justice in Post-Genocide Rwanda*. Cambridge: Cambridge University Press, 2017.
- López Mazz, José. „The concealment of bodies during the military dictatorship in Uruguay (1973–84).“ In *Human remains and identification: Mass violence, genocide, and the “forensic turn,”* hrsg. von Élisabeth Anstett und Jean-Marc Dreyfus, 83–97. Manchester: Manchester University Press, 2015.
- Lorenz, Frederico Guillermo. „¿De quién es el 24 de Marzo? Las luchas por la memoria del golpe de 1976.“ In *Las conmemoraciones: Las disputas en las fechas „in-felices“*, hrsg. von Elisabeth Jelin, 53–100. Madrid: Siglo XXI Editores, 2002.
- Lorenz, Frederico Guillermo. *Archivos de la represión y memoria en la República Argentina (2007)*. Verfügbar unter: <http://www.historizarelpasadovivo.cl/downloads/archivoargentina.pdf> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Lübbe, Hermann. „Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewusstsein.“ *Historische Zeitschrift* 236 (1983): 579–599.
- Lübbe, Hermann. *Vom Parteigenossen zum Bundesbürger – über beschwiegene und historisierte Vergangenheiten*. München: Wilhelm Fink, 2007.
- Lubonja, Fatos. *Në vitin e shtatëmbëdhjetë: Ditar burgu 1990–1991*. Tiranë, 1994. Lubonja, Fatos. *Ridënimi* (1996).
- Madres y Familiares de Detenidos Desaparecidos. *El Referendum desde Familiares*. Montevideo: MFDD, 1990.
- Madres y Familiares de Detenidos Desaparecidos. *A todos ellos: Informe de Madres y Familiares de Uruguayos Detenidos Desaparecidos*. Montevideo: MFDD, 2004.
- Magendzo, Abraham und María Isabel Toledo. „Educación en Derechos Humanos: curriculum historia y ciencias sociales del 2o año de enseñanza media. subunidad ‚regimen militar y transición a la democracia.‘“ *Valdivia, Revista Estudios pedagógicos XXXV*. (2009): 139–154. Verfügbar unter: <http://revistas.uach.cl/index.php/estped/article/view/3262> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Magnarella, Paul J. „The Background and Causes of the Genocide in Rwanda.“ *Journal of International Criminal Justice* 3(4) (2005): 801–822.
- Magome, Mogomotsi. „South Africa Probes Apartheid-Era Death in Police Custody.“ AP NEWS, 3. Februar 2020. Verfügbar unter: <https://apnews.com/article/0a4ea5b33bcef3c5d044d801d30173a7> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Mahllokwane, James. „Gallows Museum Still Not Open to Public for Safety Reasons.“ *Independent Online*, 2018. Verfügbar unter: <https://www.iol.co.za/pretoria-news/gallows-museum-still-not-open-to-public-for-safety-reasons-14419781> (Link nicht mehr verfügbar, letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Maier, Julio B. J. „Die strafrechtliche Aufarbeitung von staatlich gesteuertem Unrecht in Argentinien.“ *Zeitschrift für die Gesamte Strafrechtswissenschaft* 107 (1995): 143–156.
- Mallinder, Louise. *Amnesty, Human Rights and Political Transitions: Bridging the Peace and Justice Divide*. London: Hart Publishing, 2008.
- Mallinder, Louise. „Indemnity, Amnesty, Pardon and Prosecution Guidelines in South Africa.“ *Working Paper No. 2. Beyond Legalism*. Belfast: Institute of Criminology and Criminal Justice, Queens University, 2009.
- Mallinder, Louise. „Uruguay’s Evolving Experience of Amnesty and Civil Society’s Response.“ *Working Paper No. 4 from Beyond Legalism: Amnesties, Transition and Conflict Transformation*. Belfast: Institut of Criminology and Criminal Justice, Queen’s University, 2009.

- Mamdani, Mahmood. *When Victims Become Killers: Colonialism, Nativism, and the Genocide in Rwanda*. Princeton: Princeton University Press, 2001.
- Marchesi, Alberto Aldo. „Las lecciones del pasado“, *memoria y ciudadanía en los informes „nunca más“*. Informe final del concurso: Culturas e identidades en América Latina y el Caribe. Programa Regional de Becas CLACSO, 2001. Verfügbar unter: <http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/becas/2000/marchesi.pdf> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Marchesi, Alberto Aldo. „¿Guerra o Terrorismo de estado? Recuerdos enfrentados sobre el pasado reciente uruguayo.“ In *Las conmemoraciones: Las disputas en las fechas „in-felices“*, hrsg. von Elizabeth Jelin, 101–147. Madrid: Siglo XXI, 2002.
- Marín Suárez, Carlos und Azul Cordo. „Políticas de memoria en Uruguay: entre el control, la acción y la pasión.“ In *Servicio Paz y Justicia – SERPAJ Uruguay, Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2015*, 39–47. Montevideo: SERPAJ, 2015.
- Marius, Jorge Leonel und Juan Francisco Bacigalupe. *Sistema Electoral y Elecciones Uruguayas 1925–1998*, Montevideo: KAS, 1998.
- Markakis, John. „Garrison Socialism: the Case of Ethiopia.“ *MERIP Reports*, 79, Juni 1979. Markarian, Vania. „Uruguayan Exiles and Human Rights: From Transnational Activism to Transitional Politics, 1981–1984.“ *Anuario de Estudios Americanos* 64 (2007): 111–140.
- Markarian, Vania. „Los documentos del pasado reciente como materiales de archivo: Reflexiones desde el caso uruguayo.“ *Contemporanea – Historia y problemas del siglo XX 7/7* (2016): 178–190.
- Martínez Guidolin, Virginia. *Políticas de Memoria del pasado reciente en las ciudades de Montevideo y Buenos Aires*. MA thesis, Montevideo: Universidad de la República de Uruguay, Facultad de Ciencias Sociales, 2015.
- Martínez, Virginia. *Los fusilados de abril ¿Quién mató a los comunistas de la 20?* Montevideo: Ediciones del caballo perdido, 2002.
- Martínez, Virginia. *Tiempos de Dictadura: Hechos, voces, documentos: La represión y la resistencia día a día*. Montevideo: Ediciones de la Banda Oriental, 2006.
- Mary, Kayitesi-Blewitt. „Funding Development in Rwanda: The Survivors’ Perspective.“ *Development in Practice* 16(3/4) (2006): 316–321.
- Mason, Randall. „Conserving Rwandan Genocide Memorials.“ *The Journal of Preservation Technology* 50(2/3) (2019): 17–26.
- Masotta, Carlos. „Imágenes recientes de la ‚Conquista del Desierto‘: Problemas de la memoria en la impugnación de un mito de origen.“ *Runa. Archivo para las ciencias del hombre XXVI* (2006): 225–245.
- May, Eva-Lotte. „Die südafrikanische Wahrheits- und Versöhnungskommission: Wahrheit, Versöhnung und Gerechtigkeit.“ In *Amnesie, Amnestie oder Aufarbeitung? Zum Umgang mit autoritären Vergangenheiten und Menschenrechtsverletzungen*, hrsg. von Susanne Pickel und Siegmund Schmidt, 245–286. Wiesbaden: Springer VS, 2009.
- Maza, Gonzalo de la. „De la elite civil a la elite política: Reproducción del poder en contextos de democratización.“ *Polis* (Santiago) 12(36) (2013), 67–100. Verfügbar unter: https://www.scielo.cl/scielo.php?pid=S0718-65682013000300004&script=sci_abstract (Link nicht mehr verfügbar, letzter Zugriff: 11.04.2022).
- McCarthy, Conor. *Reparations and Victim Support in the International Criminal Court*. Cambridge: Cambridge University Press, 2012.
- McDonald, Ronald H. „Redemocratization in Uruguay.“ In *Liberalization and Redemocratization in Latin America*, hrsg. von George A. Lopez und Michael Stohl, 173–189. New York, Westport und London: Greenwood Press, 1987.
- McDonald, Ronald H. und Martin Weinstein. „Balancing Growth and Democracy in Uruguay.“ In *Latin American Politics and Development*, hrsg. von Howard J. Wiarda und Harvey F. Kline, 295–311. Boulder: Westview Press, 2000.
- Meier, Christian. *Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns: Vom öffentlichen Umgang mit schlimmer Vergangenheit*. München: Siedler, 2010.

- Melvern, Linda. *Conspiracy to Murder: The Rwandan Genocide*. London: Verso, 2006.
- Melvern, Linda. *A People Betrayed: The role of the West in Rwanda's Genocide*. London: Zed Books, 2019.
- Melvin, Jennifer. „Correcting history: mandatory education in Rwanda.“ *Journal of Human Rights in the Commonwealth* 1(2) (2013): 14–22.
- Memoria Abierta. *Guía de archivos útiles para la investigación judicial de delitos de lesa humanidad*. Buenos Aires: Memoria Abierta, 2011.
- Memoria para Armar, uno. *Testimonios coordinados por el Taller Género y Memoria ex-Presas Políticas*. Montevideo: Senda, 2001.
- Memoria para Armar, dos. *¿Quién se portó mal? Selección de Testimonios coordinados por el Taller Género y Memoria ex-Presas Políticas*. Montevideo: Senda, 2002.
- Memoria para Armar, tres. *Selección de Testimonios coordinados por el Taller Género y Memoria ex-Presas Políticas*. Montevideo: Senda, 2003.
- Merino, Marcia Alejandra. *Mi Verdad: Mas allá del horror, yo acuso*. Santiago: Impreso ATG SA, 1993.
- Meta, Beqir und Ermal Frasherri. *Mbi sistemin e burgjeve, internimit dhe punës së detyruar gjatë regjimit komunist në Shqipëri*. Tiranë: AIDSSH, 2018.
- Metekia, Tadesse S. „Violence Against and Using the Dead: Ethiopian Dergue Cases.“ *Human Remains and Violence* 4(1) (2018): 76–92.
- Metekia, Tadesse S. „Punishing Core Crimes in Ethiopia: Analysis of the Domestic Practice in Light of and in Comparison, with Sentencing Practices at the UNICTs and the ICC.“ *International Criminal Law Review* 1 (2019): 160–190.
- Metekia, Tadesse S. *Prosecution of Core Crimes in Ethiopia: Domestic Practice vis-à-vis international standards*. Leiden: Brill, 2021.
- Mgbako, Chi Adanna. „Ingando Solidarity Camps: Reconciliation and Political Indoctrination in Post-Genocide Rwanda.“ *Harvard Human Rights Journal* 18 (2005): 201–224.
- Michelini, Felipe. „La experiencia del Cono Sur en materia de comisiones de la verdad.“ In *Verdad y Justicia: Homenaje a Emilio F. Mignone*, hrsg. von Juan E. Méndez, Martín Abregú und Javier Mariezcurrena, 173–206. San José de Costa Rica: Instituto Interamericano de Derechos Humanos, 2001.
- Mihr, Anja. *Regime Consolidation and Transitional Justice: A comparative Study of Germany, Spain and Turkey*. New York: Cambridge University Press, 2018.
- Mihr, Anja, Gert Pickel und Susanne Pickel (Hrsg.). *Handbuch Transitional Justice: Aufarbeitung von Unrecht – hin zur Rechtsstaatlichkeit und Demokratie*. Wiesbaden: Springer VS, 2018.
- Milkias, Paulos. „Mengistu Haile Mariam: Profile of a Dictator.“ *Ethiopian Review* 4(1) (1994): 57–59.
- Miller, Alicia und Vanina Berghella. „Una mirada sobre el periodismo de investigación en la Argentina.“ In *¿Qué periodismo se hace en Argentina? Perspectivas locales y globales*, hrsg. von Konrad Adenauer-Stiftung, 75–108. Buenos Aires: Konrad Adenauer-Stiftung, 2018.
- Ministerio de Educación y Cultura. Comisión Nacional de Repatriación. *Programa de la Comisión Nacional de Repatriación: Salud – Vivienada – Trabajo: Año 1986*. Montevideo: MEC, 1986.
- Mirza, Roger. „Memoria y representación en la escena uruguaya: 1968–2013.“ *Nuestro Tiempo* 19 (2014): 5–42.
- Mirza, Roger und Gustavo Remedi (Hrsg.). *La dictadura contra las tablas: Teatro uruguayo e historia reciente*. Montevideo: Biblioteca Nacional, 2009.
- Mitchell, Neil und James McCormick. „Economic and Political Explanations of Human Rights Violations.“ *World Politics* 40(4) (1988): 476–498.
- Mohale, Gabi. „A People's Guide to Archives and Democracy.“ *Daily Maverick*, 21. September 2020.
- Montero, Ana Soledad. „La scène de débat autour de l'annulation de la Loi de caducité de la préention punitive de l'État en Uruguay (2011): positionnements présidentiels et enjeux politiques.“ *ILCEA – Revue de l'Institut des langues et cultures d'Europe, Amérique, Afrique, Asie et Australie* 26 (2016). Verfügbar unter: <https://journals.openedition.org/ilcea/3923> (letzter Zugriff: 11.04.2022), 1–15.
- Mulleti, Fatbardha. *Saga e dhimbjes*. Tiranë: ISKK, 2018.

- Munck, Gerardo L. *Authoritarianism and Democratization: Soldiers and Workers in Argentina, 1976–1983*. University Park: Penn State University Press, 1998.
- Museo de la Memoria y los Derechos Humanos, Archivo Audiovisual (2016).
- Mussi, Francesca. „The South African TRC and Its Narrative Legacies.“ In *Literary Legacies of the South African TRC*, 1–39. Cham: Palgrave Macmillan, 2020. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-030-43055-9_1 (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Nahum, Benjamín. *Manual de Historia del Uruguay, Tomo II: 1903–2000*. Montevideo: Banda Oriental, 2004.
- Nattrass, Jill. *The South African Economy: Its Growth and Change*. Oxford: Oxford University Press, 1988.
- Navia, Patricio und Arturo Arriagada. *Intermedios: Medios y Democracia en Chile*. Santiago: Universidad Diego Portales, 2013.
- Ndahinda Mukwiza, Felix. „Debating and Litigating Post-Genocide Reparations in the Rwandan Context.“ In *Reparations for Victims of Genocide, War Crimes and Crimes against Humanity*, hrsg. von Carla Ferstman und Mariana Goetz, 629–655. Leiden: Brill Nijhoff, 2020.
- Ndoja, Leka und Alvin Saraci. *Akte gjyqësore politike gjatë komunizmit në Shqipëri: Bashkimi Demokratik Shqiptar 1946*. Tiranë: ISKK, 2015.
- Neumann, Ulfrid und Paulo Abrao. *Transitional Justice: Das Problem gerechter strafrechtlicher Vergangenheitsbewältigung*. Frankfurt am Main: PL Academic Research, 2014.
- Newbury, Catharine. *The Cohesion of Oppression: Clientship and Ethnicity in Rwanda, 1860–1960*. New York: Colombia University Press, 1988.
- Nietzsche, Friedrich. *Unzeitgemäße Betrachtungen: Zweites Stück: Vom Nutzen und Nachtheil der Historie für das Leben (Kritische Studienausgabe, Bd. 1)*, hrsg. von Giorgio Colli und Mazzino Montinari. München: dtv, 1999.
- Nino, Carlos Santiago. *Radical Evil on Trial*. New Haven und London: Yale University Press, 1996.
- Nissen, Sylke. „The Eurobarometer and the Process of European Integration.“ *Quality & Quantity* 48(2) (2014): 713–727.
- Nohlen, Dieter. „Uruguay.“ In *Handbuch der Dritten Welt, Bd. 2: Südamerika*, hrsg. von Dieter Nohlen und Franz Nuscheler, 477–509. Bonn: Dietz, 1992.
- Nohlen, Dieter. „Uruguay.“ In *Elections in the Americas. A Data Handbook, Vol. II South America*, hrsg. von Dieter Nohlen, 487–534. Oxford: Oxford University Press, 2005.
- Nolte, Detlef. „Verantwortungsethik versus Gesinnungsethik: Menschenrechtsverletzungen und Demokratisierung in Südamerika.“ In *Politische Gewalt in Lateinamerika*, hrsg. von Thomas Fischer und Michael Kennech, 291–309. Frankfurt am Main: Vervuert, 2000.
- Nora, Pierre (Hrsg.). *Realms of Memory: Rethinking the French Past*. Chicago: Columbia University Press, 1998.
- Nora, Pierre (Hrsg.). *Erinnerungsorte Frankreichs*. München: C. H. Beck, 2005.
- Novaro, Marcos und Vincente Palermo. *La Dictadura Militar 1976/1983: Del Golpe de Estado a la Restauración Democrática*. Buenos Aires, Barcelona und Mexico: Paidós, 2003.
- Novick, Peter. *The Holocaust in American Life*. Boston: Houghton Mifflin Company, 1999.
- Nsanzuwera, Francois-Xavier. „The ICTR Contribution to National Reconciliation.“ *Journal of International Criminal Justice* 3(4) (2005): 944–949.
- NURC (Ruanda). *National Policy of Unity and Reconciliation*. Kigali, 2007.
- NURC (Ruanda). *Strategic Plan of Itorero ry'Igihugu 2009–2012*. Kigali, 2009.
- NURC (Ruanda). *Understanding Itorero Ry'igihugu*. Kigali, 2011.
- NURC (Ruanda). *Histoire du Rwanda: des origines à la fin du xxe siècle*. Kigali, 2011.
- Nyseth Brehm, Hollie, Christopher Uggen und Jean-Damascène Gasanabo. „Genocide, Justice, and Rwanda's Gacaca Courts.“ *Journal of Contemporary Criminal Justice* 30(3) (2014): 333–352.
- Odendaal, Andries. *A Crucial Link: Local Peace Committees and National Peacebuilding*. Washington, D.C.: USIP, 2013. Verfügbar unter: <https://bookstore.usip.org/browse/book/9781601271815/A%20Crucial%20Link> (letzter Zugriff: 14.07.2021).

- O'Donnell, Guillermo und Philippe C. Schmitter. *Transitions from Authoritarian Rule, Vol. 4: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*. Baltimore: John Hopkins University Press, 1986.
- Olásolo, Héctor. *International Criminal Law: Transnational Criminal Organizations and Transitional Justice*. Boston: Brill, 2018.
- Olivera, Raúl und Sara Méndez. *Secuestro en la embajada: El caso de la maestra Elena Quinteros*. Montevideo: Fundación Editorial El Perro y la Rana, 2004.
- Olivera, Raúl. „Memoria, verdad y justicia en Uruguay: la gestión del pasado en un escenario de luces y sombras.“ *ILCEA – Revue de l'Institut des langues et cultures d'Europe, Amérique, Afrique, Asie et Australie* 26 (2016): 1–22. Verfügbar unter: <http://journals.openedition.org/ilcea/3905> (letzter Zugriff: 11.04.2022); DOI: 10.4000/ilcea.3905.
- Olsen, Tricia und Leigh Payne. *Transitional Justice in Balance: Comparing Processes, Weighing Efficacy*. Washington: Cambridge University Press, 2010.
- Orentlicher, Diane F. „Settling Accounts: The Duty To Prosecute Human Rights Violations of a Prior Regime.“ *The Yale Law Journal* 100 (1991): 2537–2615. Verfügbar unter: <https://digitalcommons.law.yale.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=7376&context=yjlj> (letzter Zugriff: 23.11.2021).
- Orentlicher, Diane. *That Someone Guilty Be Punished: The Impact of the ICTY in Bosnia*. New York: ICTY, 2010.
- Ortiz, María Luisa. „Acceso público a la información y archivos sobre terrorismo de estado.“ In *Acceso Público a la Memoria*. Santiago: Corporación Parque por la Paz, Villa Grimaldi, 2009.
- Ostertag, Thomas. *Der gezähmte Diktator: Die Wirkung von Menschenrechtsverfahren auf das Repressionslevel in Autokratien*. Berlin: De Gruyter Oldenbourg, 2017.
- Pagenstecher, Cord. „Der lange Weg zur Entschädigung.“ 2. Juni 2016. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/ns-zwangsarbeit/227273/der-lange-weg-zur-entschaedigung> (letzter Zugriff: 22.03.2022).
- Pagès, Joan und Jesús Marolla. „La historia reciente en los currículos escolares de Argentina, Chile y Colombia: Desafíos de la educación para la ciudadanía desde la Didáctica de las Ciencias Sociales.“ *Historia y Memoria* 17 (2018): 153–184.
- Palmás Zaldua, Luz et al. „Memoria, verdad y justicia: Rasgos de un cambio de época en el discurso, las sentencias y las políticas.“ In *Derechos humanos en la Argentina. Informe 2017*, 145–179. Centro de Estudios Legales y Sociales (CELS). Buenos Aires: Siglo veintiuno editores/CELS, 2017.
- Palmás Zaldua, Luz et al. „Las políticas de memoria, verdad y justicia a cuarenta años del golpe.“ In *Derechos humanos en la Argentina. Informe 2016*, 25–56. Centro de Estudios Legales y Sociales (CELS). Buenos Aires: Siglo veintiuno editores/CELS, 2016.
- Palmer, Nicola. *Courts in Conflict: Interpreting the Layers of Justice in Post-Genocide Rwanda*. Oxford: Oxford University Press, 2015.
- Parliament of South Africa. „Commission for the Promotion and Protection of the Rights of Cultural, Religious and Linguistic Communities Act (Act No. 19 of 2002).“ 2002. Verfügbar unter: https://www.gov.za/sites/default/files/gcis_document/201409/a19-02.pdf (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Parliament of South Africa. „Constitution of the Republic of South Africa (Act 200 of 1993).“ 1993. Verfügbar unter: <https://www.gov.za/documents/constitution/constitution-republic-south-africa-act-200-1993> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Parliament of South Africa. „No. 58 of 2008: Provision of Land and Assistance Amendment Act, 2008.“ 2008. Verfügbar unter: https://www.gov.za/sites/default/files/gcis_document/201409/3178821.pdf (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Parliament of South Africa. „Promotion of National Unity and Reconciliation Act (Act 34 of 1995).“ 1995. Verfügbar unter: https://www.gov.za/sites/default/files/gcis_document/201409/act34of1995.pdf (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Parliamentary Committee on Reparations. „Final Report.“ 2003. Verfügbar unter: <https://pmg.org.za/committee-meeting/2624/> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Pan, Jorge Eduardo. „Una brecha a la impunidad.“ *Revista de IELSUR* 9 (1994): 7–18.

- Pellegrino, Adela. „Aspectos demográficos, 1963–1985.“ In *El Uruguay de la dictadura (1973–1985)*, hrsg. von Carmen Appratto et al., 181–192. Montevideo: Banda Oriental, 2004.
- Pells, Kirrily. „Rights are everything we don't have: Clashing Conceptions of Vulnerability and Agency in the Daily Lives of Rwandan Children and Youth.“ *Children's Geographies* 10(4) (2012): 427–440.
- Peralta, Ariela. „El caso Gelman y los desafíos a la Ley de Caducidad.“ In *Luchas contra la impunidad: Uruguay 1985–2011*, hrsg. von Gabriela Fried und Francesca Lessa, 203–215. Montevideo: Trilce, 2011.
- Pereira, Antonio. „Análisis de los informativos televisivos durante el proceso de aprobación de la ley de caducidad.“ *Cuaderno de Historia* 9 (2012): 125–149.
- Peshkëpia, Gëzim und Agron Tufa. „Vila e Hoxhës, Muze për krimet e komunizmit!“, *Panorama*, 6. September 2013. Verfügbar unter: <http://www.panorama.com.al/vila-e-enver-hoxhes-muze-per-krimet-e-komunizmit/> (letzter Zugriff: 30.01.2021).
- Phakathi, Sizwe und Hugo Van der Merwe. „The Impact of the TRC's Amnesty Process on Survivors of Human Rights Violations.“ In *Truth and Reconciliation: Did the TRC Deliver?*, hrsg. von Audrey R. Chapman und Hugo van der Merwe. Pennsylvania: Pennsylvania University Press, 2009.
- Phillipps-Treby, Walter und Jorge Tiscornia. *Vivir en Libertad*. Montevideo: Editorial Banda Oriental, 2003.
- Pion-Berlin, David. „The Fall of Military Rule in Argentina: 1976–1983.“ *Journal of Interamerican Studies and World Affairs* 27(2) (1985): 55–76.
- Pion-Berlin, David. „To Prosecute or to Pardon? Human Rights Decisions in the Latin American Southern Cone.“ *Human Rights Quarterly* 16(1) (1994): 105–130.
- Pipa, Arshin. *Stalinizmi Shqiptar: Anatomia e një patologjie politike*. Tiranë: ISKK & Princi, 2007.
- Plaut, Martin. „Ethiopia's Oromo Liberation Front.“ *Review of African Political Economy* 33(109) (2006): 587–593.
- Pllumi, At Zef. *Rrno vetëm për me tregue*. Tiranë: Shtëpia Botuese 55, 2006.
- Pohlandt-McCormick, Helena. „I Saw a Nightmare...‘ Violence and the Construction of Memory (Soweto, June 16, 1976).“ *History and Theory* 39(4) (2000): 23–44.
- Popovski, Vesselin und Mónica Serrano. *After Oppression: Transitional Justice in Latin America and Eastern Europe*. O. O., 2012.
- Portugheis, Rosa Elsa (Hrsg.). *Documentos del Estado terrorista*. Buenos Aires: Ministerio de Justicia y Derechos Humanos de la Nación. Secretaría de Derechos Humanos, 2012. Verfügbar unter: http://www.jus.gob.ar/media/1129178/41anmdocumentos_del_estado_terrorista.pdf (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Pottier, Johan. *Re-Imagining Rwanda: Conflict, Survival and Disinformation in the Late Twentieth Century*. Cambridge: Cambridge University Press, 2002.
- President's Fund (Südafrika). „President's Fund Annual Report 2019–2020.“ 2020. Verfügbar unter: <https://www.justice.gov.za/reportfiles/other/presfund-anr-2019-20.pdf> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Prodger, Matt. „Albania Seeks to Compensate Political Prisoners.“ *BBC News*, 23.07.2004. Verfügbar unter: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/3917293.stm> (letzter Zugriff: 11.01.2021).
- Prouveze, Remy und Nadia Bernaz. „International and domestic prosecutions.“ In *The Pursuit of International Criminal Justice, Vol. I: A World Study on Conflicts, Victimization, and Post-Conflict Justice*, hrsg. von M. Cherif Bassiouni. Antwerpen: Intersentia, 2010.
- Prunier, Gérard. *The Rwanda Crisis: History of a Genocide*. New York: Colombia University Press, 1997.
- Prunier, Gérard. *Africa's World War: Congo, the Rwandan Genocide, and the Making of a Continental Catastrophe*. Oxford: Oxford University Press, 2009.
- Prunier, Gérard. *From Genocide to Continental War: The Congolese Conflict and the Crisis of Contemporary Africa*. London: Hurst, 2009.
- Puddington, Arch et al. (Hrsg.). *Freedom in the World 2017: The Annual Survey of Political Rights and Civil Liberties*. New York: Freedom House, 2019. Verfügbar unter: https://freedomhouse.org/sites/default/files/202002/Freedom_in_the_World_2017_complete_book.pdf (letzter Zugriff: 23.11.2021).
- Purdeková, Andrea. „Rwanda's Ingando camps: Liminality and the reproduction of power.“ *Refugee Studies Centre, University of Oxford Working Paper* 80 (2011).

- Purdeková, Andrea. „Civic Education and Social Transformation in Post-Genocide Rwanda: Forging the Perfect Development Subjects.“ In *Rwanda Fast Forward: Social, Economic, Military and Reconciliation*, hrsg. von Maddalena Campioni und Patrick Noack, 192–213. New York: Palgrave Macmillan, 2012.
- Puwana, Zukiswa und Rita Kesselring. „Persistent Injuries, the Law and Politics: The South African Victims’ Support Group Khulumani and Its Struggle for Redress.“ In *Advocating Transitional Justice in Africa: The Role of Civil Society*, hrsg. von Jasmina Brankovic und Hugo Van der Merwe, 2018.
- Qazimi, Azem. *Procesi i asgjësimit të fesë në komunizëm*. Tiranë: ISKK, 2012.
- Quaritsch, Helmut. „Über Bürgerkriegs- und Feind-Amnestien.“ In *Der Staat* 31 (1992): 389–418.
- Radseck, Michael. „Das argentinische Militär: Vom Machtfaktor zum Sozialfall?“ In *Argentinien heute: Politik – Wirtschaft – Kultur*, hrsg. von Klaus Bodemer, Andrea Pagni und Peter Waldmann, 83–103. Frankfurt am Main: Vervuert, 2002.
- Rauch, Janine. „Police Transformation and the South African TRC.“ Centre for the Study of Violence and Reconciliation, 2004.
- Reichel, Peter. *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland: Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*. München: Beck’sche Reihe, 2001.
- Reinhard, Wolfgang. „Geschichte als Delegitimation.“ *Jahrbuch des Historischen Kollegs* (2002): 27–37.
- Remedi, Gustavo (Hrsg.). *Otros lenguajes de la memoria: teatro uruguayo contemporáneo e historia reciente*. Montevideo: Ediciones Universitarias, 2017.
- República Oriental del Uruguay, Junta de Comandantes en Jefe. *La Subversion: Las Fuerzas Armadas al Pueblo Oriental*, Bd. I. Montevideo 1977.
- Reta, Demelash Shiferaw. *National Prosecution and Transitional Justice: The Case of Ethiopia*. PhD diss., University of Warwick School of Law, 2014.
- Reussner, Eva M. *Publikumsforschung für Museen: Internationale Erfolgsbeispiele*. Bielefeld: Transcript, 2010.
- Reyntjens, Filip. „Rwanda, Ten Years on: From Genocide to Dictatorship.“ *African Affairs* 103(411) (2004): 177–210.
- Reyntjens, Filip. „Constructing the truth, dealing with dissent, domesticating the world: Governance in post-genocide Rwanda.“ *African Affairs* 110(438) (2011): 1–34.
- Rhodes James, Robert (Hrsg.). *Winston S. Churchill: His Complete Speeches 1897–1963, Volume VII. 1943–1949*. New York und London: Chelsea House, 1974.
- Rial, Juan. „Militares y Redemocratización.“ *Cuadernos de Marcha* II/8 (1986): 26–39.
- Rico, Álvaro (Hrsg.). *Investigación histórica sobre Detenidos Desaparecidos: En cumplimiento del artículo 4 de la Ley No. 15.848*, 5 Bde. Montevideo: IMPO, 2007.
- Rico, Álvaro (Hrsg.). *Investigación histórica sobre la dictadura y el terrorismo de Estado en el Uruguay 1973–1985*, 3 Bde. Montevideo: Universidad de la República Oriental del Uruguay – Comisión Sectorial de Investigación Científica, 2008.
- Rieff, David. *In Praise of Forgetting: Historical Memory and Its Ironies*. New Haven und London: Yale University Press, 2017.
- Risso, Mariana und Manuela Abrahan. „Desde el fondo del tiempo otro tiempo: Apuntes sobre el proceso de identificación y recuperación para la memoria de los espacios represivos del terrorismo de Estado uruguayo.“ *Aletheia* 8/16 (2018). Verfügbar unter: <http://aletheiaold.fahce.unlp.edu.ar/numeros/numero-16/dossier/desde-el-fondo-del-tiempo-otro-tiempo-1.-apuntes-sobre-el-proceso-de-identificacion-y-recuperacion-para-la-memoria-de-los-espacios-represivos-del-terrorismo-de-estado-uruguayo> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Robben Island Museum. „2019 Robben Island Museum Annual Report.“ 2020. Verfügbar unter: <https://www.robben-island.org.za/download/annual-report-2019-2020/> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Roberts, Jaine. „The Hidden Epidemic Amongst Former Miners: Silicosis, Tuberculosis and the Occupational Diseases in Mines and Works Act in the Eastern Cape, South Africa.“ *Health Systems Trust and SA Dept of Health*, o. D.

- Robinson, Darryl und Gillian MacNeil. „The Tribunals and the Renaissance of International Criminal Law: Three Themes.“ *American Journal of International Law* 110(2) (2016): 191–211.
- Rödder, Andreas. *21.0 – Eine kurze Geschichte der Gegenwart*. München: C. H. Beck, 2015.
- Roht-Arriaza, Naomi. *Impunity and Human Rights in International Law and Practice*. New York: Oxford University Press, 1995.
- Roht-Arriaza, Naomi. „Reparations in the Aftermath of Repression and Mass Violence.“ In *My Neighbor, My Enemy: Justice and Community in the Aftermath of Mass Atrocity*, hrsg. von Eric Stover und Harvey M. Weinstein, 121–139. Cambridge: Cambridge University Press, 2004.
- Roht-Arriaza, Naomi und Javier Mariezcurrena (Hrsg.). *Transitional Justice in the Twenty-First Century: Beyond Truth versus Justice*. Cambridge: Cambridge University Press, 2006.
- Roht-Arriaza, Naomi. „Reparations and Economic, Social, and Cultural Rights.“ In *Justice and Economic Violence in Transition*, hrsg. von Dustin Sharp, 109–138. New York: Springer, 2013.
- Romano, Cesare, André Nollkaemper und Jann K. Kleffner (Hrsg.). *Internationalized Criminal Courts and Tribunals: Sierra Leone, East Timor, Kosovo and Cambodia*. Oxford: Oxford University Press, 2004.
- Rombouts, Heidy. *Victim Organisations and the Politics of Reparation: a case study of Rwanda*. Antwerp: Intersentia, 2004.
- Rombouts, Heidy und Stef Vandeginste. „Reparation for Victims in Rwanda: Caught Between Theory and Practice.“ In *Out of the Ashes: Reparation for Victims of Gross and Systematic Human Rights Violations*, hrsg. von Karl De Feyter, Stephan Parmentier, Marie Bossuyt und Peter Lemmes. Antwerpen: Intersentia, 2005.
- Roniger, Luis. „Olvido, memoria colectiva e identidades: Uruguay en el contexto del Cono Sur.“ In *La imposibilidad del olvido: Recorridos de la memoria en Argentina, Chile y Uruguay*, hrsg. von Bruno Groppo und Patricia Flier, 151–178. La Plata: Al Margen/Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine, 2001.
- Roszkowski, Wojciech. *Communist Crimes: A Legal and Historical Study*. Radom: Polish Institute of National Remembrance, 2016.
- Rotberg, Robert I. „Truth Commissions And The Provision Of Truth, Justice, And Reconciliation.“ In *Truth v. Justice*, hrsg. von Robert I. Rotberg und Dennis F. Thompson, 1–21. Princeton: Princeton University Press, 2010.
- Rubio, Graciela. *La enseñanza del pasado reciente en Chile: Educación en Derechos Humanos en Chile*. Santiago: Red de Equipos de Educación en DDHH, 2014.
- Ruderer, Stephan. *Das Erbe Pinochets: Vergangenheitspolitik und Demokratisierung in Chile 1990–2006*. Göttingen: Wallstein, 2010.
- Ruderer, Stephan. „Between Religion and Politics: The Military Clergy during the Dictatorships of the Late Twentieth Century in Argentina and Chile.“ *Journal of Latin American Studies* 47(3) (2015): 463–489.
- Ruderer, Stephan und Veit Strassner. „Ecumenism in National Security Dictatorships: Ecumenical Experiences in the Southern Cone.“ In *A History of the Desire for Christian Unity*, Bd. III, hrsg. von Alberto Meloni. Paderborn: Brill Verlag, i. E.
- Rugege, Sam und Aimé M. Karimunda. „Domestic Prosecution of International Crimes: The Case of Rwanda.“ In *Africa and the International Criminal Court*, Bd. 1., hrsg. von Gerhard Werle, Lovell Fernandez und Moritz Vormbaum, 79–116. Den Haag: Springer, 2014.
- Ruiz, Marisa. *La piedra en el zapato. Amnistía y la dictadura uruguaya: La acción de Amnistía Internacional en los sucesos de mayo de 1976 en Buenos Aires*. Montevideo: Universidad de la República, 2006.
- Rusconi, Gian Enrico. *Deutschland – Italien, Italien – Deutschland: Geschichte einer schwierigen Beziehung von Bismarck bis zu Berlusconi*, übersetzt von Antje Peter. Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2006.
- Sabrow, Martin (Hrsg.). *Erinnerungsorte der DDR*. München: C. H. Beck, 2009.
- Safferling, Christoph. *Völkerstrafrechtspolitik: Praxis des Völkerstrafrechts*. Berlin: Springer, 2014.

- Santamaria, Yves. „Afro communism: Ethiopia, Angola, and Mozambique.“ In *The Black Book of Communism: Crimes, Terror, Repression*, hrsg. von Matthew Kramer, 683–704. Cambridge: Harvard University Press, 1999.
- Saraçi, Alvin. *Konfiskimi i pronës dhe grabitja e arit 1944–1955*. Tiranë: ISKK, 2012.
- Sarasin, Philipp. *1977: Eine kurze Geschichte der Gegenwart*. Berlin: Suhrkamp, 2021.
- Sarkin, Jeremy. „Transitional Justice and the Prosecution Model: The Experience of Ethiopia.“ *Law, Democracy & Development* 2(3) (1999): 253–266.
- Sarkin, Jeremy. „An Evaluation of the South African Amnesty Process.“ In *Truth and Reconciliation in South Africa: Did the TRC Deliver?*, hrsg. von Hugo van der Merwe und Audrey R. Chapman. Pennsylvania: Pennsylvania University Press, 2009. Verfügbar unter: <https://papers.ssrn.com/abstract=1367167> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Savage, Michael. „The Imposition of Pass Laws on the African Population in South Africa 1916–1984.“ *African Affairs* 85 (339) (1986): 181–205.
- Schabas, William. *The UN international criminal tribunals: The former Yugoslavia, Rwanda and Sierra Leone*. Cambridge: Cambridge University Press, 2006.
- Schabas, William. *The International Criminal Court: A Commentary on the Rome Statute*. Oxford: Oxford University Press, 2010.
- Schelotto, Magdalena. „La dictadura cívico-militar uruguaya (1973–1985): la construcción de la noción de víctima y la figura del exiliado en el Uruguay post-dictatorial.“ *Questões do tempo presente* (2015). Verfügbar unter: <https://doi.org/10.4000/nuevomundo.67888> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Schelotto, Magdalena. „La dictadura cívico-militar uruguaya (1973–1985): militarización de los poderes del estado, transición política y contienda de competencias.“ *Diacronie: Studi di Storia Contemporanea* 24 (4) (2015). Verfügbar unter: <http://journals.openedition.org/diacronie/3808>; DOI: 10.4000/diacronie.3808 (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Schimmel, Noam. *Advancing International Human Rights Law Responsibilities of Development NGOs: Respecting and Fulfilling the Right to Reparative Justice for Genocide Survivors in Rwanda*. New York: Palgrave Macmillan, 2020.
- Schindel, Estela. „Die Präsenz der Vergangenheit im urbanen Raum: Erinnerungsorte in Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay.“ *Lateinamerika Analysen* 9 (2004): 155–180.
- Schindel, Estela. „Verschwunden, aber nicht vergessen: Die Konstruktion der Erinnerung an die Desaparecidos.“ In *Argentinien heute: Politik – Wirtschaft – Kultur*, hrsg. von Klaus Bodemer, Andrea Pagni und Peter Waldmann, 105–134. Frankfurt am Main: Vervuert, 2002.
- Schmitt, J. Oliver. „Albanien tut sich schwer mit der Bewältigung seiner Vergangenheit.“ *Neue Zürcher Zeitung*, 23.07.2012. Verfügbar unter: <https://www.nzz.ch/albanien-tut-sich-schwer-mit-der-bewaeltigung-seiner-vergangenheit-1.17382475?reduced=true> (letzter Zugriff: 21.01.2021)
- Seligmann, Michael. „Uruguay: Volksbewegung und Parlamentarismus.“ In *Vom Elend der Metropolen*, hrsg. von Dietmar Dirmoser et al., 269–281. Hamburg: Junius, 1990.
- Selimovic, Johanna Mannergren. „Making peace, making memory: peacebuilding and politics of remembrance at memorials of mass atrocities.“ *Peacebuilding* 1(3) (2013): 334–348.
- Sempol, Diego. „HIJOS Uruguay: Identidad, protesta social y memoria generacional.“ In *El pasado en el futuro: los movimientos juveniles*, hrsg. von Elizabeth Jelin und Diego Sempol, 185–212. Buenos Aires: Siglo XXI, 2006.
- Sempol, Diego. „HIJOS Uruguay: A 20 años de un ensayo de memoria generacional.“ *Cuadernos de Aletheia* 2 (2016): 53–60.
- Servicio Paz y Justicia, Uruguay, *Informe: Derechos humanos en Uruguay (1988)*. Montevideo: SERPAJ, 1988.
- Servicio Paz y Justicia, Uruguay, *Uruguay Nunca Más: Informe sobre la violación a los Derechos Humanos (1972–1985)*. Montevideo: SERPAJ, 1989.
- Servicio Paz y Justicia, Uruguay, *Uruguay Nunca Más: Human Rights Violations (1972–1985)*, übersetzt von Elizabeth Hampsten. Philadelphia: Temple University Press, 1992.

- Servicio Paz y Justicia, Uruguay, *Derechos Humanos en el Uruguay: Informe 2004*. Montevideo: SERPAJ, 2004.
- Sharnak, Debbie. „The Gelman Case and the Legacy of Impunity in Uruguay.“ In *40 Years are Nothing: History and memory of the 1973 coups d'état in Uruguay and Chile*, hrsg. von Pablo Leighton und Fernando López. Cambridge: Cambridge Scholars Publishing, 2015, 33–55.
- Shaw, Mark. „Point of Order: Policing the Compromise.“ In *SA Review 7: The Small Miracle: South Africa's Negotiated Settlement.*, hrsg. von Steven Friedman und Doreen Atkinson. Johannesburg: Ravan Press, 1994.
- Shehu, Bashkim. *Fjalor udhëzues për misterine dosjeve*. Tiranë: Toena, 2015.
- Shehu, Bashkim. *Loja, shembja e qiellit*. Tiranë: Toena, 2013.
- Shifaw, Dawit. *The Diary of Terror: Ethiopia 1974–1991*. Bloomington: Trafford Publishing, 2012.
- Sitze, Adam. *The Impossible Machine: A Genealogy of South Africa's Truth and Reconciliation Commission*. Ann Arbor: University of Michigan Press, 2013.
- Skaar, Elin. *Human Rights Violations and the Paradox of Democratic Transition: A Study of Chile and Argentina*. Bergen: Chr. Michelsen Institute, 1994.
- Skaar, Elin. „Un análisis de las reformas judiciales de Argentina, Chile y Uruguay.“ *América Latina Hoy* 34 (2003): 147–186.
- Skaar, Elin. „Argentina: Truth, Justice, and Reconciliation.“ In *Roads to Reconciliation*, edited by Elin Skaar, Siri Gloppen and Astri Suhrke, 157–175. Lanham und Maryland: Lexington Books, 2005.
- Skaar, Elin. „Uruguay: Reconstructing peace and democracy through transitional justice.“ In *After Violence: Transitional Justice, Peace, and Democracy*, hrsg. von Elin Skaar, Camila Gianella und Trine Eide, 67–95. New York: Routledge, 2015.
- Skaar, Elin, Trine Eide und Camila Gianella Malca. *After Violence: Transitional Justice, Peace and Democracy*. New York: Routledge 2015.
- Skweyiya Commission. „Report of the Commission of Enquiry into Complaints by Former African National Congress Prisoners and Detainees.“ 1992. Verfügbar unter: <https://omalley.nelsonmandela.org/index.php/site/q/03lv02424/04lv02730/05lv02731/06lv02869.htm> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Smulovitz, Catalina. „The Past is Never Dead: Accountability and Justice for Past Human Rights Violations in Argentina.“ In *After Oppression*, hrsg. von Vesselin Popovski, 64–85.
- South African History Online. „Apartheid Museum – Johannesburg.“ Verfügbar unter: <https://www.sahistory.org.za/place/apartheid-museum-johannesburg> (letzter Zugriff: 27.11.2020).
- South African Parliamentary Portfolio Committee of Arts, Culture, Science and Technology. „Visit to Vlakplaas from 14 to 16 December 2001.“ 2002.
- Sparks, Allister. *The Mind of South Africa: The Story of the Rise and Fall of Apartheid*. Johannesburg: Jonathan Ball Publishers, 2006.
- Special Prosecutor's Office. *ጸም ያዘለ ዶሴ፣ በጊዜያዊ ወተደራዊ ደርግ ወይም መንግስት ነባሉት በንጹሃን ዜጎች ላይ የተፈጸመ የወን ል ዘገባ*. Addis Ababa: Far-East Trading P. L. C., 2010.
- Stan, Lavinia, ed. *Transitional Justice in Eastern Europe and the Former Soviet Union: Reckoning with the Communist Past*. London: Routledge, 2009.
- Stan, Lavinia und Nadya Nedelsky (Hrsg.). *Encyclopedia of transitional justice*, Bd. 1. Cambridge: Cambridge University Press, 2013.
- Sterio, Milena. „The Yugoslavia and Rwanda Tribunals: A Legacy of Human Rights Protection and Contribution to International Criminal Justice.“ In *The Legacy of Ad Hoc Tribunals in International Criminal Law: Assessing the ICTY's and the ICTR's Most Significant Legal Accomplishments*, hrsg. von Michael Scharf und Milena Sterio, 11–24. Cambridge: Cambridge University Press, 2019.
- Stern, Steve J. *Memorias en Construcción: Los retos del pasado presente en Chile*. Santiago: Museo de la Memoria y los Derechos Humanos, 2013.
- Stickler, Mercedes. „Brief: Land Redistribution in South Africa.“ In *Focus on Land in Africa*, ohne Datum. Verfügbar unter: <http://www.focusonland.com/fola/en/countries/brief-land-redistribution-in-south-africa/>.

- Straßner, Veit. „La lucha continúa! – Der Kampf um die Erinnerungen an die Verschwundenen der argentinischen Militärdiktatur.“ *Totalitarismus und Demokratie: Zeitschrift für internationale Diktatur- und Freiheitsforschung* 3 (2006): 345–386.
- Straßner, Veit. *Die offenen Wunden Lateinamerikas: Vergangenheitspolitik im postautoritären Argentinien, Uruguay und Chile*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2007.
- Straßner, Veit. „Markt, Menschenrechte und Moral, (Neue) Herausforderungen für die Kirche im Cono Sur seit den 1990er Jahren (Argentinien, Uruguay und Chile).“ In *Einstürzende Mauern: Das Jahr 1989/90 als Epochenjahr in der Geschichte des Weltchristentums*, hrsg. von Klaus Koschorke, 291–314. Wiesbaden: Friedrich Verlag, 2009.
- Straßner, Veit. „Uruguay.“ In *Kirche und Katholizismus seit 1945. Bd. 6: Lateinamerika und Karibik*, hrsg. von Johannes Meier und Veit Straßner, 433–446. Paderborn: Schöningh, 2009.
- Straßner, Veit. „From Victimhood to Political Protagonism: Victim Groups and Associations in the Process of Dealing with a Violent Past.“ In *Victims of International Crimes: An Interdisciplinary Discourse*, hrsg. von Thorsten Bonacker und Thomas Safferling, 331–344. Den Haag: Springer, 2013.
- Straßner, Veit. „Vergangenheitspolitik, Transitional Justice und Versöhnung: Begriffliche und konzeptionelle Annäherungen.“ In *Handbuch Transitional Justice*, hrsg. von Anja Mihr, Gert Pickel und Susanne Pickel, 201–231, 218–226. Wiesbaden: Springer, 2018.
- Straßner, Veit. „‘Falsos cristianos’ – Die progressive Kirche Lateinamerikas in der Sichtweise ihrer politischen Gegner.“ In *Religion als Ressource befreiender Entwicklung. 50 Jahre nach der 2. Konferenz des lateinamerikanischen Episkopats in Medellín: Kontinuitäten und Brüche*, hrsg. von Margit Eckholt, 99–120. Ostfildern: Grünewald, 2019.
- Straus, Scott. „How many perpetrators were there in the Rwandan genocide? An estimate.“ *Journal of Genocide Research* 6(1) (2004): 85–98.
- Straus, Scott. *The Order of Genocide: Race, Power, and War in Rwanda*. Ithaca und London: Cornell University Press, 2006.
- Tadeo Fuica, Beatriz. „Presencias y ausencias: Uruguay y los documentales sobre hijos (des) aparecidos.“ *Cine Documental* (2015): 169–196.
- Taylor, Christopher. „The Cultural Face of Terror in the Rwandan Genocide of 1994.“ In *Annihilating Difference: The Anthropology of Genocide*, hrsg. von Alexander Laban Hinton, 137–179. Berkeley: University of California Press, 2002.
- Teeger, Chana und Vered Vinitzky-Seroussi. „Controlling for Consensus: Commemorating Apartheid in South Africa.“ *Symbolic Interaction* 30, 1 (2007): 57–78. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1525/si.2007.30.1.57> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Tegegn, Melakou. „Mengistu’s Red Terror.“ *African Identities* 10(3) (2012): 249–263.
- Teitel, Ruti G. *Transitional Justice*. Oxford: Oxford University Press, 2000.
- Tessema Marshet, T. *Prosecution of Politicide in Ethiopia: The Red Terror Trials*. Den Haag: Asser Printing Press, 2018.
- Theissen, Gunnar. „Object of Trust and Hatred: Public Attitudes toward the TRC.“ In *Truth and Reconciliation in South Africa: Did the TRC Deliver?*, hrsg. von Audrey R. Chapman und Hugo van der Merwe, 191–216. Pennsylvania: Pennsylvania University Press, 2009.
- Theurer, Karina. „Durch Referenden bestätigte Amnestiegesetze in Fällen gewaltsamen Verschwindenlassens unvereinbar mit der Amerikanischen Menschenrechtskonvention: Das Urteil des Inter-Amerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte in der Sache Gelman v. Uruguay.“ In *Europäische Grundrechte-Zeitschrift* (2012): 682–693.
- Thomas, Paul und Kristin Skinstad van der Kooij. „The history syllabus in post-genocide Rwanda.“ *Cogent Education* 5(1) (2018): 154–195.
- Thompson, Susan. *Whispering Truth to Power: Everyday resistance to reconciliation in postgenocide Rwanda, Africa and the Diaspora: History, Politics, Culture*. Wisconsin: University of Wisconsin Press, 2013.

- Thoms, Oskar, et al. *The Effects of Transitional Justice Mechanisms: A Summary of Empirical Research Findings and Implications for Analysts and Practitioners*. Ottawa: CEPI, 2008. Verfügbar unter: <https://www.files.ethz.ch/isn/103597/FullText.pdf>, 68–77 (letzter Zugriff: 23.11.2021).
- Tiba, Firew K. „Mass Trials and Modes of Criminal Responsibility for International Crimes: The Case of Ethiopia.“ In *The Hidden Histories of War Crimes Trials*, hrsg. von Kevin Jerry Heller und Gerry Simpson, 310–311. Oxford: Oxford University Press, 2013.
- Tironi, Eugenio und Guillermo Sunkel. *Modernización de las Comunicaciones y Democratización Política*. Revista Estudios Públicos. Santiago: Centro de Estudios Públicos, 1993.
- Tiruneh, Andargachew. *The Ethiopian Revolution, 1974–1987: A transformation from aristocratic to a totalitarian autocracy*. Cambridge: Cambridge University Press, 1993.
- Todorov, Tzvetan. *Los usos de la Memoria*. Santiago: Museo de la Memoria y los Derechos Humanos, 2013.
- Toggia, Pietro. „The Revolutionary Endgame of Political Power: The Genealogy of ‚Red Terror‘ in Ethiopia.“ *African Identities* 10(3) (2012): 265–280.
- Tola, Babile. *To kill the Generation: The Red Terror in Ethiopia*. Washington DC: Free Ethiopian Press, ²1989.
- Torras, Verónica, Luz Palmás Zaldúa und Marcela Perelman. *Memoria, verdad y justicia como política de Estado: Análisis de políticas públicas implementadas durante los gobiernos kirchneristas (2003–2015) respecto de los delitos de lesa humanidad ocurridos en la última dictadura argentina*. Friedrich Ebert-Stiftung Argentina, Análisis No. 11–2016/September 2016.
- TRC (Südafrika). *Truth and Reconciliation Commission Final Report*. Bd. 6, 2003. Verfügbar unter: https://www.justice.gov.za/trc/report/finalreport/vol6_s5.pdf.
- TRC (Südafrika). *Truth and Reconciliation Commission Final Report*, n. d.
- TRC (Südafrika). *Truth and Reconciliation Commission Final Report*, Volume 6, 2003.
- TRC (Südafrika). *Truth and Reconciliation Commission of South Africa Final Report*, Bd. 1, 1998. Verfügbar unter: <http://choicereviews.org/review/10.5860/CHOICE.37-1803> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- TRC (Südafrika). *Truth and Reconciliation Final Report*, Bd. 2, 1998. <https://www.justice.gov.za/trc/report/finalreport/Volume%202.pdf> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Tronvoll, Kjetil. „The Quest for Justice or the Construction of Political Legitimacy: The Political Anatomy for the Red Terror Trials.“ In *The Ethiopian Red Terror Trials: Transitional Justice Challenged*, hrsg. von Kjetil Tronvoll et al., 84–95. Martlesham: James Currey, 2009.
- Trutkowski, Dominik. *Die ausgehandelten Revolutionen: Politische Kommunikation in Parlament und Öffentlichkeit beim Umbruch zur Demokratie in Spanien und Polen*. Düsseldorf: Droste, 2021.
- Tshishonga, Ndwakhulu. „Cadre Deployment and Its Implications on Service Delivery in South Africa: A Human Development Capability Approach.“ *Journal of Public Administration* 49(3) (2014).
- Tufa, Agron. *Mërkuna e zezë*. Berat: Onufri, 2007.
- Tufa, Agron. *Fabula rasa*. Tirana: Ideart, 2004.
- Turner, Simon. „Making Good Citizens from Bad Life in Post-Genocide Rwanda.“ In *Development and Change* 45(3) (2014): 415–433. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1111/dech.12093> (letzter Zugriff: 27.04.2022).
- United Nations, *Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment*. Angenommen und freigegeben zur Ratifizierung und zum Beitritt durch Resolution 39/46 der UN-Vollversammlung vom 10. Dezember 1984, in Kraft getreten am 26. Juni 1987 in Übereinstimmung mit Artikel 27 (1). Verfügbar unter: <https://www.ohchr.org/en/professionalinterest/pages/cat.aspx> (letzter Zugriff: 24.11.2021).
- United Nations. *Guidance Note of the Secretary-General: United Nations Approach to Transitional Justice*, März 2010. Verfügbar unter: <https://digitallibrary.un.org/record/682111> (letzter Zugriff: 09.11.2021).
- United Nations, Resolution der Generalversammlung, angenommen am 16. Dezember 2005, Anhang, 7–9. Verfügbar unter: <https://www.ohchr.org/en/instruments-mechanisms/instruments/basic-principles-and-guidelines-right-remedy-and-reparation> (letzter Zugriff: 24.11.2021).

- United Nations, Wirtschafts- und Sozialrat, Menschenrechtskommission. *The Administration of Justice and the Human Rights of Detainees*. Revidierter Abschlussbericht von Mr. Joinet aufgrund des Beschlusses 1996/119 der Unterkommission vom 2. Oktober 1997. Verfügbar unter: https://digitallibrary.un.org/record/245520/files/E_CN.4_Sub.2_1997_20_Rev.1-EN.pdf (Link nicht mehr verfügbar, letzter Zugriff: 09.11.2021.)
- United Nations, Wirtschafts- und Sozialrat, Menschenrechtskommission. *Promotion and Protection of Human Rights*, 8. Februar 2005. Verfügbar unter: <https://digitallibrary.un.org/record/541829>.
- Universidad Alberto Hurtado, Programa de investigación interdisciplinar en memoria y derechos Humanos. *Guía de Archivos de Memoria y Derechos Humanos en Chile* (2017). Verfügbar unter: https://drive.google.com/file/d/0B7drZJJ_NeStOXBwbWntZlZLd2c/view (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- UN-Sicherheitsrat, *Resolution 955* (8. November 1994). Verfügbar unter: https://www.humanrights.ch/cms/upload/pdf/100916_SC_Res_955.pdf (letzter Zugriff: 24.11.2021).
- Valdéz, Patricia. „Tiempo Óptimo‘ para la Memoria.“ In *La imposibilidad del olvido. Recorridos de la memoria en Argentina, Chile y Uruguay*, hrsg. von Bruno Groppo und Patricia Flier, 63–82. La Plata: Al Margen/ Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine, 2001.
- Vandeginste, Stef. „Reparation pour les victimes de genocide, de crimes contre l'humanité et de crimes de guerre au Rwanda.“ *L'Afrique des Grands Lacs Annuaire 2000–2001* (2000–2001): 5–20.
- Van der Merwe, Hugo. *Assessing the Impact of Transitional Justice: Challenges for Empirical Research*. Washington D. C.: USIPP, 2009.
- Van der Merwe, Hugo. „Evaluation of the Health Sector Hearing: Conceptualising Human Rights and Reconciliation.“ Centre for the Study of Violence and Reconciliation, 2000. Verfügbar unter: <http://www.csvr.org.za/docs/trc/evaluation.pdf> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Van der Merwe, Hugo. „Prosecutions, Pardons and Amnesty: The Trajectory of Transitional Accountability in South Africa.“ In *Critical Perspectives in Transitional Justice*, hrsg. von Nicola Palmer, Phil Clark und Danielle Granville, 443–457. Cambridge: Intersentia Cambridge, 2012.
- Van der Merwe, Hugo. „What Did the TRC Teach South Africa about Democratic Citizenship?“ In *The Limits of Transition: The South African Truth and Reconciliation Commission 20 Years On*, hrsg. von Mia Swart, 169–185. Brill Nijhoff, 2017.
- Van der Merwe, Hugo und Guy Lamb. *Transitional Justice and DDR: The Case of South Africa*. International Center for Transitional Justice, 2011. Verfügbar unter: <https://www.ictj.org/publication/transitional-justice-and-ddr-case-south-africa-brief>.
- Van der Merwe, Hugo und Kathleen Sensabaugh. „Truth, Redress and Reconciliation: Evaluating Transitional Justice from Below.“ In *Rethinking Reconciliation: Evidence from South Africa*, hrsg. von Kate Lefkoe-Everett, Rajen Govender und Donald Foster, 25–44. Cape Town: HSRC Press, 2016.
- Van Dyke, Jon. „The Fundamental Human Right to Prosecution and Compensation.“ *Denver Journal of International Law and Policy* 29 (2000–2001): 77–100.
- Vargas Cárdenas, Andrea. *Referéndum y plebiscito en Uruguay: Mecanismos de aplicación de la consulta popular y ejercicio en casos destacados*. Santiago and Valparaíso: Biblioteca del Congreso Nacional de Chile, Asesoría Técnica Parlamentaria: 2020. Verfügbar unter: https://obtienearchivo.bcn.cl/obtienearchivo?id=repositorio/10221/28313/1/Referendum__plebiscito_y_consulta_popular_en_Uruguay_Rev_BH.pdf (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Vázquez Bevilacqua, Mauricio. „A diez años de la creación del Sistema Nacional de Archivos en Uruguay: Análisis de la Ley 18220.“ *Revista de la Facultad de Derecho* 44 (2018): 1–32. Verfügbar unter: <http://dx.doi.org/10.22187/rfd2018n44a6> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Vázquez, Inés et al. *Luchar Siempre: Las Marchas de la Resistencia 1981–2003*. Buenos Aires: Editorial de Las Madres, 2004.
- Vegh Weis, Valeria. „The Relevance of Victims' Organizations in the Transitional Justice Process: The Case of the Grandmothers of Plaza de Mayo in Argentina.“ *Intercultural Human Rights Law Review* 12 (2017): 1–70. Verfügbar unter: https://www.researchgate.net/publication/314472205_The_Relevance_of_Vic

- tim's_Organizations_in_Transitional_Justice_Processes_The_Case_of_'Abuelas_De_Plaza_De_Mayo'_i-n_Argentina per cent20Vegh per cent20Weis.pdf (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Vorbisky, Horacio. *El Vuelo*. Buenos Aires: Planeta, 1995.
- Vestal, Theodore M. *Ethiopia: A Post-Cold War African State*. Westport: Praeger Publishers, 1999. Vickers, Miranda. *The Albanians: A Modern History*. New York: I. B. Taurus, 2001.
- Vidal, Claudine. „Les commémorations du génocide au Rwanda.“ *Temps Modernes* 56(613) (2001): 1–46.
- Viebach, Julia. „Aletheia and the Making of the World: Inner and Outer Dimensions of Memorials in Rwanda.“ In *Memorials in Times of Transition*, hrsg. von Susanne Buckley-Zistel und Stefanie Schaefer, 69–94. Antwerpen: Intersentia, 2014.
- Viebach, Julia. „Mediating ‚absence-presence‘ at Rwanda’s genocide memorials: of care-taking, memory and proximity to the dead.“ *Critical African Studies* 12(2) (2020): 237–269.
- Viebach, Julia. „Of other times: Temporality, memory and trauma in post-genocide Rwanda.“ *International Review of Victimology* 25(3) (2019): 277–301.
- Viebach, Julia. „Principle 3: The duty to preserve memory.“ In *The United Nations Principles to Combat Impunity: A Commentary*, hrsg. von Frank Haldemann und Thomas Unger, 71–78. Oxford: Oxford University Press, 2018.
- Vital Brasil et al. „Reparación simbólica en América Latina como Política de Estado: La experiencia de asistencia a víctimas en Brasil y la Argentina.“ *Territorios Clínicos de la Memoria* (2019). Verfügbar unter: <https://tecmered.com/reparacion-simbolica-en-america-latina-como-politica-de-estado/> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Vitalis, Natalia. *Educación Secundaria, censura cultural y dictadura: La expulsión de los enemigos: docentes y textos* (Avances de Investigación). Montevideo: Facultad de Humanidades y Ciencias de la Educación, Universidad de la República, 2011.
- Vorpsi, Ornela. *Das ewige Leben der Albaner*. Wien: Paul Zsolnay Verlag 2007.
- Vorpsi, Ornela. *Il paese dove non si muore mai*. Zürich: Scalo, 2004.
- Vuuren, Hennie van. *Apartheid Guns and Money: A Tale of Profit*. London: Hurst, 2018.
- Waal, Mandy de. „Jacques Pauw on Vlakplaas’ Apartheid Assassin, Dirk Coetzee.“ *Daily Maverick*, 8. März 2013. Verfügbar unter: <https://www.dailymaverick.co.za/article/2013-03-08-jacques-pauw-on-vlakplaas-apartheid-assassin-dirk-coetzee/>.
- Wahyuningroem, Sri Lestari. „Towards Post-Transitional Justice: The Failures of Transitional Justice and the Roles of Civil Society in Indonesia.“ *Journal of Southeast Asian Human Rights* 3(1) (2019): 124–154. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.19184/jseahr.v3i1.11497>.
- Waldorf, Lars. „Revisiting Hotel Rwanda: genocide ideology, reconciliation, and rescuers.“ *Journal of Genocide Research* 11(1) (2009): 101–125.
- Warner, Rachel. „The Workers’ Party of Ethiopia.“ *A Report Prepared by the Federal Research Division of the Library of Congress under an Interagency Agreement*. (Washington DC, 12 October 1984): 1–17. Verfügbar unter: <https://apps.dtic.mil/sti/pdfs/ADA303418.pdf> (letzter Zugriff: 07.06.2022)
- Waschik, Klaus. „Wo ist Trotzki? Sowjetische Bildpolitik als Erinnerungskontrolle in den 1930er Jahren.“ In *Das Jahrhundert der Bilder. Band 1: 1900 bis 1949*, hrsg. von Gerhard Paul, 252–259. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2009.
- Weber, Max. „Die ‚Objektivität‘ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis.“ *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 19 (1904): 22–87.
- Weinrich, Harald. *Lethé: Kunst und Kritik des Vergessens*. München: C. H. Beck, 1997.
- Weinstein, Martin. *Uruguay: Democracy on the Crossroads*. Boulder und London: Westview, 1988.
- Weismantel, Jan. *Das „Recht auf Vergessenwerden“ im Internet nach dem „Google-Urteil“ des EuGH. Begleitung eines offenen Prozesses*. Berlin: Duncker & Humblot, 2017. *Policing and Society* 4(2) (1994): 99–117. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/10439463.1994.9964687> (last accessed: 14.07.2021).
- Werle, Gerhard und Moritz Vormbaum. *Transitional Justice: Vergangenheitsbewältigung durch Recht*. Berlin: Springer VS, 2018.

- Welp, Yanina und Nadja Braun Binder. „Initiativen und Referenden in Lateinamerika.“ In *Jahrbuch für direkte Demokratie 2017*, hrsg. von Nadja Braun Binder et al. Baden-Baden: Nomos, 2017, 60–85.
- Weschler, Lawrence. *A Miracle, a Universe: Settling Accounts with Torturers*. New York: Penguin, 1990.
- Weschler, Lawrence. „Introduction.“ In *Uruguay Nunca Más. Human Rights Violations, 1972–1985*, Servicio Paz y Justicia, Uruguay, übersetzt von Elizabeth Hampsten, xv–xxix. Philadelphia: Temple University Press, 1992.
- Wibabara, Charity. *Gacaca Courts versus the International Criminal Tribunal for Rwanda and National Courts*. Baden-Baden: Nomos, 2014.
- Wibel, Jacob. „The State of Scholarship on the Ethiopian Red Terror.“ In *Documenting the Red Terror: Bearing Witness to Ethiopia's Lost Generations*, ERTDRC, 89–96. Ottawa: ERTDRC North America Inc, 2012.
- Wieselhaus-Brahm, Eric. *Truth Commissions and Transitional Societies: The Impact on Human Rights and Democracy*. London and New York: Routledge, 2010.
- Wijkman, Anders. „European Parliament Delegation to Observe Federal and Regional Parliamentary Elections in Ethiopia: A Report, 12.–17. Mai 2005.“ (Juni 2005), Annex C, 1. Verfügbar unter: http://www.europarl.europa.eu/intcoop/election_observation/missions/2004-2009/20051505_ethiopia.pdf (letzter Zugriff: 20.03.2020).
- Wikinski, Mariana. „Testimonio y experiencia traumática: la declaración ante la justicia.“ In *Experiencias en salud mental y derechos humanos. Aportes desde la política pública*, hrsg. von Ministerio de Justicia y Derechos Humanos de la Nación. Secretaría de Derechos Humanos, 134–141. Buenos Aires: Ministerio de Justicia y Derechos Humanos de la Nación. Secretaría de Derechos Humanos, 2015.
- Williams, Paul. *Memorial Museums: The Global Rush to Commemorate Atrocities*. Oxford: Berg, 2007.
- Wolfrum, Edgar. „Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg: Berichte zur Geschichte der Erinnerung.“ In *Verbrechen erinnern: Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*, hrsg. von Volkhard Knigge und Norbert Frei, 133–149. München: C. H. Beck, 2002.
- Wogederes, Fikreselaise. *EgnanaAbiyotu?* Los Angeles: Tsehai Publishers, 2014.
- Wolde Giorgis, Dawit. *Red Tears: War, Famine and Revolution in Ethiopia*. Trenton: The Red Sea Press, 1989.
- World Bank. „The World Bank in South Africa: Overview.“ Text/HTML, 2019. Verfügbar unter: <https://www.worldbank.org/en/country/southafrica/overview> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Xhemalaj, Fatmiroshe. „Kurrikula e histories dhe ndryshimet e saj në Shqipëri 1990–2020.“ In *Reflektimi i periudhës komuniste në kurrikulën e historisë*. Tiranë: IDMC, 2020.
- Young, James. *The Texture of Memory: Holocaust Memorials and Meaning*. New Haven: Yale University Press, 1993.
- Žagar, Mitja. „Rethinking Reconciliation: The Lessons from the Balkans and South Africa.“ *Peace and Conflict Studies* 17(1) (2010): 144–175.
- Zanatta, Loris. *La larga agonía de la Nación Católica: Iglesia y dictadura en la Argentina*. Buenos Aires: Sudamericana, 2015.
- Zehnder, Bruno. *Immunität von Staatsoberhäuptern und der Schutz elementarer Menschenrechte – der Fall Pinochet*. Berlin: Nomos, 2003.
- Zewde, Bahru. „The history of the Red Terror: Contexts and Consequences.“ In *The Ethiopian Red Terror Trials: Transitional Justice Challenged*, hrsg. von Kjetil Tronvoll et al. Martlesham: James Currey, 2009.
- Zewde, Bahru. *A History of Modern Ethiopia: 1855–1991*. Oxford: James Currey Ltd, ²2001. Zewde, Bahru. *The Quest for Socialist Utopia: the Ethiopian Student Movement c.1960–1974*. Addis Ababa: Addis Ababa University Press, 2014.
- Zorbas, Eugenia. „What does reconciliation after genocide mean? Public transcripts and hidden transcripts in post-genocide Rwanda.“ *Journal of Genocide Research* 11(1) (2009): 127–147.